Der wachsenden Kriegsgefahr begegnen Seite 9 1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 10 vom 7. März 1980 14. Jahrgang 1 DM

Neuer Inflationsschub rollt an

Teuerung senkt Lebensstandard

Keinen Lohnraub zulassen!

DORTMUND.— „Sicher in die achtziger Jahre!" Immer schriller werden solche und ähnliche Slogans anläßlich der bevorstehenden Landtagswahlen im Frühjahr und der Bundestagswahl im Oktober. Schon für die ersten Monate der achtziger Jahre ist zumindest eines sicher: Die Preise werden weiter steigen, die Lebenshaltungskosten werden weiter wachsen, schneller noch als im letzten Jahr!

Heute kostet der Liter Superbenzin auf der Autobahn durchschnittlich bereits 1,20 Mark, 15 Pfennig mehr als im Juni 1979. Allein in diesem Jahr, das noch keine drei Monate alt ist, haben die Ölmultis bei den Benzinpreisen bereits dreimal zugeschlagen. Der größte Kraftstoffverteiler in der Bundesrepublik, die Aral AG, bereitet schon den nächsten Schritt vor, drei bis vier Pfennig mehr pro Liter. Die „Konkurrenz" wird nachziehen, einen knappen Monat später wiederholt sich das Spiel.

Um die gleiche Ölmenge wie im letzten Jahr zu kaufen, muß der Verbraucher 20 Milliarden Mark zusätzlich auf den Tisch blättern. Die Gaspreise werden bis April 1981 um knapp zwei Drittel gestiegen sein.

Der öffentliche Nahverkehr, in Sonderheit Bundesbahn und Post, bitten ab 1. März erneut zur Kasse. Die Fahrt mit dem Postbus wird um durchschnittlich 9,3 Prozent teurer. Die Bundesbahn spricht von vierprozentigen Preiserhöhungen. Tatsache aber ist, daß diese Zahl zwar rechnerisch stimmen mag, daß aber die tatsächliche Mehrbelastung für Schüler, Lehrlinge, eben für alle, die mit dem Zug zur Arbeit fahren, entschieden größer sind. Die Tageszeitung „Die Neue" spricht von 16,6 Prozent.

Ebenfalls am 1. März wird Kohle (11 Prozent) und Strom (3,1 Prozent bei RWE) teurer.

Zusätzliche Belastung für die Haushaltskassen der Werktätigen bewirken die im Namen der Stabilität gefaßten kreditpolitischen Beschlüsse der Bundesbank. Die Erhöhung der Leitzinsen zieht eine Erhöhung der Kreditzinsen nach sich, die bei sämtlichen laufenden Krediten in Kraft tritt.

Zum Auftakt der 64. Frankfurter Frühlingsmesse kündigte Martin Grüner, parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium die Erhöhung der Arbeitslosenzahlen um 100 000 bis 200 000 an. Der Wirtschaftswissenschaftler Dr. Rödl wies im „Handelsblatt" darauf hin, daß in diesem Jahr voraussichtlich mehr Betriebe zusammenbrechen werden als 1979.

Die Unternehmerschaft, die bislang schon den Metallern eine echte Lohnerhöhung verweigerte, hat für die eigenen Kassen die Erzeugerpreise kräftig und ungeniert erhöht und damit ihren Beitrag für das weitere Anheizen der Inflation geleistet. Die Industriepreise stiegen um knappe 8 Prozent, die Preise für Nichteisenmetalle gar um 14 Prozent.

Auch der Großhandel machte seinen Schnitt bei der allgemeinen Teuerungswelle. Allein von Januar auf Februar war dort ein Preisschub von 1,9 Prozent zu verzeichnen. Damit sind dort die Preise im Jahresvergleich um 11 Prozent gestiegen.

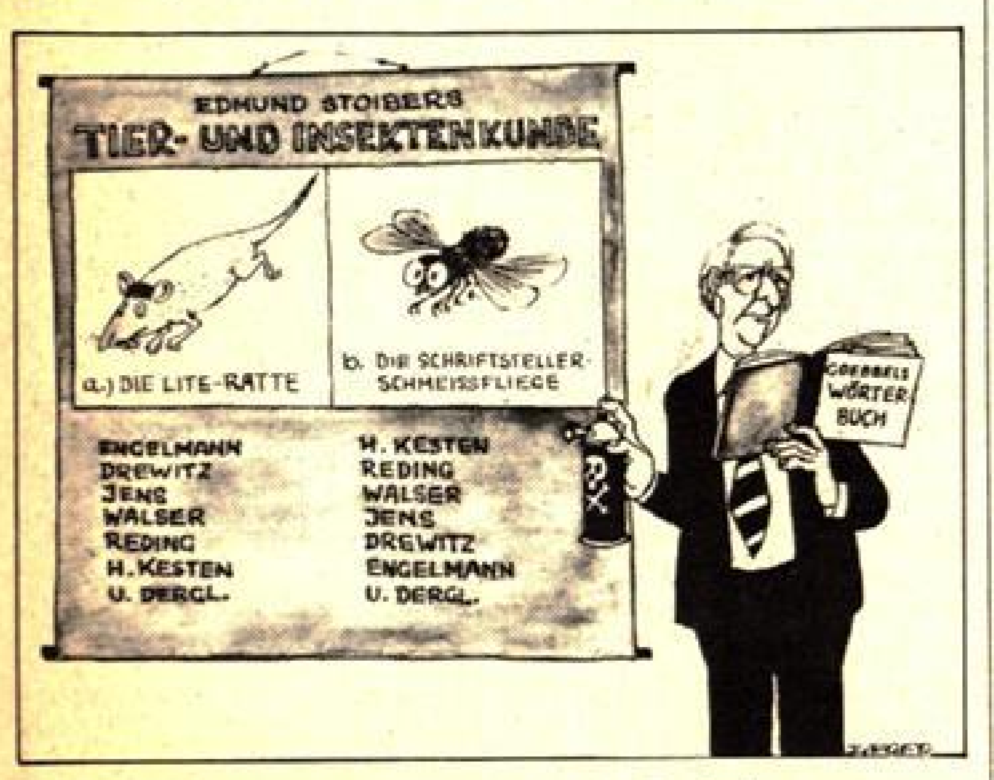
Da die bereits abgeschlossenen bzw. angestrebten Tarifabschlüsse jeweils unter 7 Prozent liegen dürften, verdienen die Unternehmer doppelt an den Werktätigen. Einmal erhöhen sich ihre Profite aufgrund des Lohnabbaus, zum anderen füllen sich ihre Kassen durch die Teuerung im Konsumsektor. In beiden Fällen sind die Werktätigen die Quelle des Unternehmerreichtums.

Für sie heißt es, den Spieß umzudrehen. Es geht nicht an, daß die kleine Unternehmerminderheit auf Kosten der Mehrheit der Bevölkerung immer wohlhabender wird. Die Werktätigen müssen sich vor allem über echte Lohnerhöhungen gegen einen Abbau des Lebensstandards schützen.

Strauß wegen Volksverhetzung angezeigt

Die Sprache von Hitler und Goebbels

MÜNCHEN.— Bernt Engelmann, als „Ratte und Schmeißfliege" von Strauß und Stoiber bezeichnet, ist vom Kongreß des Verbandes deutsche Schriftsteller ohne Gegenstimmen in seinem Amt als Vorsitzender bestätigt worden. Engelmann hat Strauß inzwischen wegen Volksverhetzung und Beleidigung angezeigt. Strauß seinerseits hat mittlerweile gegenüber eine Wochenzeitung zugeben müssen, Offizier für wehrgeistige Führung gewesen zu sein.



Der Gewerkschaftszeitung „Druck und Papier" entnommen.

Sofortige Wiedereinstellung **der beiden entlassenen RGO-Betriebsräte von Hoesch Union forderten am Samstag, den 1. März auf einer großen Solidaritätsveranstaltung in Dortmund etwa 500 Teilnehmer. Neben zahlreichen aktiven Gewerkschaftern, demokratisch gesinnten Menschen, RGO-Mitgliedern beteiligten sich auch einige bekannte fortschrittliche Künstler an dieser sehr erfolgreich verlaufenen Veranstaltung. In der Arbeit des Solidaritätskomitees, das auch diese Versammlung organisierte, gab es bereits von guten Erfolgen zu berichten (siehe auch Artikel auf dieser Seite und Seite 3).**

Entlassene RGO-Betriebsräte bei Hoesch

Gemeinsamer Kampf um Wiedereinstellung

DORTMUND.— Außer den beiden bisher durchgeführten Solidaritätsveranstaltungen mit den entlassenen Betriebsräten Siemon und Bömer wurden vom Solidaritätskomitee und zahlreichen gewerkschaftlichen Aktivisten schon viele Aktionen organisiert, um eine kämpfende Front für die Wiedereinstellung zu organisieren.

In verschiedenen Betrieben und gewerkschaftlichen Gremien wurden Unterschriften zur Protestresolution des Solidaritätskomitees gesammelt mit bisher sehr guten Ergebnissen. Zahlreiche gewerkschaftliche Gruppen drückten durch Schreiben und Resolutionen ihre Solidarität aus, und erklärten ihre Bereitschaft, aktiv mitzumachen. Ebenso eine ganze Reihe bekannter Persönlichkeiten.

Ausdruck dieser wachsenden Solidaritätsbewegung ist auch die Berichterstattung in der Presse und in Medien, wo dem Fall wachsende Aufmerksamkeit gewidmet wird, Artikel und Leserbriefe erscheinen, auch im Fernsehen berichtet wird. Und der Ton dieser Berichterstattung ist sachlicher geworden, erwähnt die Tatsachen, während es sich zu Beginn offensichtlich um von rechten Betriebsräten bestellte Berichterstattung handelte — die angeblichen Streiks gegen die RGO-Betriebsräte waren die erste innerbetriebliche „spontane" Aktion gewesen, von der es in der Presse Bilder gab.

Ebenso auch innerhalb der gewerkschaftlichen Gremien von Hoesch und der IG Metall, wo sich jetzt die Stimmen mehren, die die Entlassung kritisieren, sei es von Kollegen, die noch einmal nachgedacht haben, oder von solchen, die angesichts der Bewegung den Mut finden, ihre Meinung zu sagen.

Nazi-Verbrecher Heinrichsohn auf freiem Fuß

Anfang der Woche ist der im Lischka-Prozeß zu sechs Jahren Freiheitsstrafe wegen Beihilfe zum Mord verurteilte ehemalige Bürgermeister Heinrichsohn (CSU) gegen Kaution aus der Haft entlassen worden.

Nach der Urteilsverkündung waren zunächst alle drei Verurteilten in Freiheit geblieben. Später wurden sie auf Intervention des Staatsanwalts in Haft genommen — wegen Fluchtgefahr (das Urteil ist noch nicht rechtskräftig). Nun hätten „bayrische Bürger" — so die Rundfunknachrichten am Montag — eine Kaution in Höhe von 200 000 Mark für Heinrichsohn hinterlegt.

Ganz offensichtlich bleiben ihm seine Parteifreunde, die sich noch heute des verhaßten Nazi-Jargons bedienen, bis hinter die Gefängnismauern treu. Heinrichsohn gehört hinter Gitter, wie alle Nazi-Verbrecher!

Preussag produziert Bleivergiftung

Warum wird Schnipkoweit nicht gefeuert?

GOSLAR.— Seit Jahren schon beträgt der Blei- und Cadmiumgehalt des Bodens um Goslar ein vielfaches der zulässigen Grenzwerte. Seit Jahrzehnten enthält das im Nordharz angebaute Obst und Gemüse weit mehr Schwermetalle als gesetzlich erlaubt sind. Seit langem schon ist die Bevölkerung der Region, vor allem die Kinder, den heimtückischen und gefährlichen Giften Blei und Cadmium schutzlos ausgeliefert.

Das zuständige niedersächsische Regierungsmitglied, Hermann Schnipkoweit, wußte das alles längst. Doch war das für ihn kein Grund, die Bevölkerung über die Gefahren aufzuklären oder gar Sicherheitsvorkehrungen zu treffen. Noch vor der Fernsehkamera im Rahmen des Magazins „Monitor" stritt er die vom Freiburger Öko-Institut recherchierten Fakten dreist ab und beschönigte die Situation auf geradezu verbrecherische Art und Weise.

Manch einem Zuschauer mag sich die Frage aufgedrängt haben, auf welche Art und Weise der Preussag-Konzern, der die Verseuchung verschuldet hat, dem Minister verbunden ist.

Daß der unter Albrecht dienende Minister urplötzlich seine Taktik geändert hat und auf einmal Landesmittel zur Umsiedlung zur Verfügung stellt, beweist deutlich, daß die Vorwürfe der Umweltschützer voll den Tatsachen entsprechen.

In höchstem Maße skandalös ist allerdings, daß Albrecht offenbar entschlossen ist, Schnipkoweit zu halten, obwohl an seiner Verantwortung für die Bleiverseuchung nicht zu deuteln ist (weitere Informationen auf der letzten Seite).



Kinder, den heimtückischen und gefährlichen Giften Blei und Cadmium schutzlos ausgeliefert.

Kommentar

Anfang letzter Woche stellte die DWK ihren offiziellen Antrag auf Errichtung einer Atommüllfabrik in Hessen. Das war im Grunde nur noch eine formale Sache. Denn zu diesem Zeitpunkt hatten die Atombosse schon längst die feste Zusage von Ministerpräsident Börner (SPD) für den Bau in der Tasche. Ja, Börner hatte geradezu darum gebeten, daß sich die Bosse doch bitteschön einen Platz in Hessen für den Bau ihrer Wiederaufbereitungsanlage suchen möchten.

Atomprogramm — 2. Stufe

Es gehört wahrhaftig nicht viel Phantasie dazu, sich vorzustellen, welch eitle Freude in den Konzernetagen des AKW-Bauers Siemens oder der westdeutschen Energiekonzerne über die „mutige" Entscheidung Börners herrschte. Denn immerhin hat er nicht weniger getan, als das ins Stochen geratene Bonner Energieprogramm wieder in Schwung zu bringen.

Das wurde denn auch Ende der Woche deutlich, als Kanzler Schmidt die Chefs der Länderregierungen nach Bonn holte, um neue Richtlinien für die Entsorgung von AKWs zu erarbeiten. Die von Börner erteilte Genehmigung ist der Dreh- und Angelpunkt dabei. Ist erst einmal der Bauplatz für die Atommüllfabrik in Hessen gefunden, dann bedeutet das nach den neuen Richtlinien nicht nur grünes Licht für Brokdorf, Whyl usw. Dann werden auch Genehmigungen für den Bau neuer Atomkraftwerke gleich im Bündel erteilt.

Das letzte Wort allerdings ist hier noch nicht gesprochen. Denn warum war das Atomprogramm ins Stocken geraten? Weil es auf einen breiten und massiven Widerstand der Massen gestoßen ist. Und an diesem Widerstand scheiterten vorerst auch die weitreichenden Pläne für den Bau einer Atomfabrik in Gorleben. Jetzt soll also ausgerechnet im dichtbesiedelten Hessen dafür Ersatz geschaffen werden.

Die Atombosse haben schon damit begonnen, die Bevölkerung auf die Anlage einzustimmen. Es würde sich dabei — so konnte man jetzt hören — um „einen ganz normalen chemischen Betrieb" handeln. So will man die Gefahren der Atommüllfabrik herunterspielen. Aber nicht einmal diese Beschwichtigung ist geeignet, irgendwelches Vertrauen in ihre gefährlichen Pläne zu erwecken. Denn schon die wirklich „normalen chemischen Betriebe" sind ja in den letzten Wochen immer wieder durch Umweltverbrechen in die Schlagzeilen geraten. Bleivergiftungen im Raum Goslar, Schwefelwolken über Leverkusen, Ammoniakdämpfe in Gelsenkirchen, giftige Abwässer im Main — man könnte diese Liste endlos forführen.

In all dem zeigt sich überdeutlich der unmenschliche Charakter des kapitalistischen Profitsystems. Lieber nehmen die Konzernherren die Vergiftung ganzer Landstriche in Kauf, als daß sie eine Schmälerung ihrer Profite durch den Bau von ausreichenden Sicherheitsvorkehrungen hinnehmen. In ihren Händen ist die Atomenergie eine Gefährdung von Leben und Gesundheit der werktätigen Massen. Nicht nur Harrisburg hat diese Gefahr überdeutlich werden lassen. Auch die nichtabreißende Kette von Störfällen in den westdeutschen AKWs entlarvt immer aufs Neue das Geschwätz von der angeblich absoluten Sicherheit der Kernkraftwerke.

Wenn jetzt mit Hilfe der Wiesbadener Regierung das Atomprogramm wieder in Schwung gebracht werden soll, dann kann man Herrn Börner und seinen Hintermännern schon heute prophezeien, daß sie ebenso wie Albrecht in Gorleben dabei auf massiven Widerstand stoßen werden.

Keine Wiederaufbereitungsanlage in Hessen!
Weg mit dem Bonner Atomprogramm!

Aus dem Inhalt

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Außenpolitische Debatte im Bundestag

Schmidt verlangt größere „Opferbereitschaft"

Bonner Regierungsdelegation bei Carter

BONN. — Vor der Abreise von Kanzler Schmidt zu einem Treffen mit Carter in Washington fand in Bonn die außenpolitische Debatte des Bundestages statt. Sprecher aller Parteien erklärten ihre Übereinstimmung in der grundsätzlichen Einschätzung der weltpolitischen Lage und betonten insbesondere wieder einmal die Bonner Solidarität mit Washington.

So erklärte Schmidt in seiner Regierungserklärung: „Unsere enge Verbundenheit mit den Vereinigten Staaten von Amerika ist der Kern unserer Sicherheit und der Lebensfähigkeit von Berlin." Damit hat die Bundesregierung erneut bekräftigt, daß sie in der gegenwärtigen für die Völker der Welt bedrohlichen Situation fest an der Seite der amerikanischen Kriegstreiber steht. Aber dieser Kurs ist alles andere als der „Kern unserer Sicherheit". Im Gegenteil, er bedeutet, daß auch unser Land immer tiefer in Auseinandersetzungen zwischen den beiden Supermächten hineingezogen wird.

Schmidt machte zudem auch deutlich, daß die Bundesregierung weitere schwerwiegende Zugeständnisse an die amerikanische Kriegspolitik gemacht hat. **So gestand er ein, dem US-Außenminister Vance bei dessen Besuch in Bonn eine reale dreiprozentige Erhöhung des Bonner Rüstungshaushalts versprochen zu haben.** Diese Erhöhung war von Washington schon im letzten Jahr gefordert, damals aber sogar von Kriegsminister Apel abgelehnt worden. Der Kanzler bekräftigte in seiner Erklärung auch noch einmal den Bonner Beitrag bei der massiven militärischen Aufrüstung der proamerikanischen Regime im Nahen Osten. Für die Türkei kündigte er außer der bekannten Militärhilfe (die eine runde Milliarde Mark umfassen wird) auch eine Soforthilfe in Höhe von 100 Millionen Mark an.

Bei der Debatte im Bundestag waren vor allem Sprecher der SPD bemüht, jeden Anschein einer kritischen Haltung gegenüber der amerikanischen Supermacht von sich zu weisen. Willy Brandt, der erst vor kurzem die dreiste Einmischung der Carter-Regierung in die Angelegenheiten unseres Landes zurückgewiesen hatte (RM 9/80), behauptete jetzt sogar, die Unionsparteien würden einen „Popanz des Antiamerikanismus" in der SPD erfinden. Tatsache ist jedoch, daß es innerhalb der SPD einen starken Widerstand gegen das Einschwenken der Regierung auf die Unterstützung der amerikanischen Kriegsabenteuer gibt. Und an diesen Widerstand hatte sich auch Brandt mit den erwähnten kritischen Äußerungen angepaßt.

Strauß und seine Mannschaft betonten — wie gesagt — ihre grundsätzliche Unterstützung für den gegenwärtigen Kurs der Bundesregierung. Sie verlangten jedoch ein noch aggressiveres Auftreten gegen die sowjetische Supermacht. Während Schmidt das Festhalten unserer Regierung an der „Entspannungspolitik" bekräftigte, also nicht die Brücken zu Moskau abbrechen will, forderte Strauß ein noch stärkeres Einschwenken auf die amerikanische Boykottpolitik. In diesem Zusammenhang machte sich der CSU-Boß für den Boykott der Olympischen Sommerspiele stark.

Ein widerwärtiges Schauspiel lieferten die Spitzen der Bonner Parteien schließlich, als es um die materiellen Opfer der verstärkten Kriegspolitik ging. Sie warfen sich gegenseitig vor, nicht „opferbereit" genug zu sein. Worüber im Bundestag nicht geredet wurde — denn da herrscht stillschweigendes Einvernehmen — war die Frage, wer denn diese Opfer bringen soll. Und das sind ja nicht die Schmidt, Strauß, Kohl oder Brandt. Wenn jetzt der Kanzler angesichts des schwindelerregenden Rüstungsprogramms sagte: „Dazu brauchen wir Opferbereitschaft", dann meinte er damit wieder einmal die Werktätigen.

Und wenn sich schon jetzt — in der Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes — die Bonner Parteien derart dabei gegenseitig überbieten, uns Opfer anzukündigen, dann kann man sich ausmalen, wie es erst zum Ende des Jahres aussehen wird, wenn nach den Wahlen das Zahlen kommt. Einen Vorgeschmack davon, wie sich reaktionären Kräfte in diesem Land mit unserer „Opferbereitschaft" spekulieren, bieten ja schon die gegenwärtigen Tarifverhandlungen, die von den Kapitalisten ganz offen unter dem Stichwort „Afghanistan" geführt werden. Gerade vor dem Hintergrund der Bundestagsdebatte bekräftigt Tatsache, daß die Kapitalisten und ihr Staat uns noch weitere Opfer aufbürden wollen, ist es eine dringende Notwendigkeit, den sozialen Besitzstand in allen Bereichen entschieden zu verteidigen.

Schwere Schlappe für Carter

Sieger von Lake Placid gegen Olympia-Boykott

Immer stärker wird der Widerstand der internationalen Sportwelt gegen die Boykotthetze des amerikanischen Präsidenten Carter. Unter die Gegner des Boykotts hat sich jetzt auch der fünffache Goldmedaillengewinner von Lake Placid, Eric Heiden, eingereiht.

Zum Abschluß der Winter-Olympiade unterzeichneten alle Medaillengewinner der westdeutschen Mannschaft ein Telegramm an Schmidt, in dem der Kanzler aufgefordert wird, sich „dafür einzusetzen, daß auch unsere Olympiamannschaft in den Sommersportarten an den Spielen in Moskau teilnehmen kann." In dem Telegramm heißt es weiter: **„Bei aller Verurteilung der sowjetischen Aggression in Afghanistan glauben wir, daß ein Olympiaboykott die denkbar schlechteste Reaktion darauf ist, da sie dem afghanischen Volk nicht hilft, den Unfrieden in der Welt erhöht und die Zukunft der olympischen Bewegung gefährdet."**

Ähnlich denken auch die amerikanischen Wintersportler. Das wurde bei einem Empfang deutlich, den Carter für die US-Medaillengewinner im Weißen Haus gab. Der Präsident benutzte auch diese Gelegenheit, um seine bekannte Boykott-Hetze zu wiederholen. Eric Heiden — den er zuvor nicht ohne chauvinistische Hintergedanken zum „Vorbild der Nation" erklärt hatte — präsentierte Carter eine von der überwiegenden Mehrheit der Medaillengewinner unterzeichnete Erklärung, die sich für eine Teilnahme der amerikanischen Sportler an den Spielen in Moskau ausspricht. Der Schock im Weißen Haus war so nachhaltig, daß man die von Heiden überreichte Liste spurlos verschwinden ließ.

Eric Heiden, fünffacher Goldmedaillengewinner von Lake Placid, der die Resolution zur Verteidigung der Olympiade an Carter übergab.

In Paris führten 3 000 französische Sportler und Sportanhänger eine Protestkundgebung gegen Carters Boykott-Pläne durch. Das französische IOC-Mitglied Maurice Herzog erklärte auf dieser Kundgebung: „Es gibt keinen Grund, das Leben anzuhalten. Im Gegenteil, wir müssen die Spiele als Symbol des Friedens und der Brüderlichkeit stärken. Sie finden heute in Lake Placid statt, sie müssen morgen in Moskau stattfinden."

Journalisten für 40-Stunden-Woche

DUISBURG. — Der rheinisch-westfälische Journalistenverband hat auf seiner letzten Tagung in Duisburg die Einführung der 40-Stunden-Woche an fünf Arbeitstagen gefordert. Dieses Ziel wolle man notfalls mit Arbeitskampfmaßnahmen erreichen. Mit über 3 000 Mitgliedern ist der rheinisch-westfälische Journalistenverband die größte Landesorganisation des Deutschen Journalistenverbandes. Gleichzeitig forderte man die Verleger auf, „ihre Verzögerungstaktik bei den Verhandlungen über einen neuen Manteltarifvertrag" aufzugeben.

EG vernichtet Lebensmittel

BONN. — Die Preise für Äpfel sind wie die für andere Lebensmittel kräftig angestiegen. Für die beiden Hauptsorten „Golden Delicious" und „Cox Orange" liegen sie gegenwärtig bei 1,55 bis 2,05 Mark pro Kilo. Man könnte nun auf den Gedanken kommen, daß es vielleicht eine schlechte Ernte gegeben habe und somit das Angebot niedriger wäre als in anderen Jahren. Aber das Gegenteil ist der Fall.

Die Ernte war gut. Zu gut wohl. **Denn die EG ließ 350 000 Tonnen Qualitätsäpfel vernichten, um die Preise künstlich hochzuhalten.** Weitere 200 000 Tonnen sollen noch folgen. Bezahlen müssen für diese Vernichtungsaktion die gleichen Leute, die dann im Laden mit zwei Mark für das Kilo Äpfel zur Kasse gebeten werden — die werktätigen Steuerzahler in den Ländern der EG.

Bundesmarine im Indischen Ozean

BONN. — Ende April sollen die beiden Zerstörer „Lütjens" und „Bayern" zu einer vierwöchigen „Ausbildungsreise" in den Indischen Ozean auslaufen. Dieses Vorhaben ist eine Provokation für die Völker des Mittleren Ostens. Vor kurzem erst hatte beispielsweise die iranische Regierung alle imperialistischen Staaten aufgefordert, ihre Kriegsschiffe aus den Gewässern der Region abzuziehen. Bekanntlich verstärken dort vor allem die beiden Supermächte von Monat zu Monat ihre Flottenverbände in gefährlichem Ausmaß. Und jetzt sollen also auch Zerstörer der Bundesmarine dort kreuzen. Wenn das Unternehmen auch als „Ausbildungsreise" angekündigt wird, so trägt es doch — gerade in der gegenwärtigen Situation — einen ausgesprochen provokativen Charakter.

Der westdeutsche Imperialismus „zeigt Flagge", demonstriert in diesem Krisengebiet seine militärische Macht. Auf erste Proteste gegen den westdeutschen Flottenaufmarsch im Indischen Ozean regierte Regierungssprecher Bölling mit den Worten: „Es gibt keinen Grund, an dieser Reise nicht festzuhalten."

Zitat der Woche

(Es ist) „Sache des Parlaments, ein Kalenderjahr mit zwölf Monaten zu dreißig Tagen unverrückbar festzuschreiben und dafür zu sorgen, daß Feiertage stets auf einen Wochentag fallen." („F.A.Z." in einer Glosse zum 29. Februar)

DORTMUND.— Samstag, 1. März um 19 Uhr. 500 Menschen haben sich im Saal des Stadtwaldresaurants Grävingholz versammelt, zur zweiten Solidaritätsveranstaltung mit den beiden entlassenen Betriebsräten der RGO von Hoesch, Hartmut Siemon und Norbert Bömer. Diese Veranstaltung, organisiert vom Solidaritätskomitee für die Wiedereinstellung der beiden Betriebsräte, an der auch bekannte fortschrittliche Künstler teilnahmen, war ein wichtiger Ausdruck der wachsenden Solidarität über die Grenzen von parteipolitischen und gewerkschaftspolitischen Unterschieden hinweg.

Große Solidaritätsveranstaltung in Dortmund

Sofortige Wiedereinstellung der entlassenen Hoesch-Betriebsräte!

Eine Front gegen den Entlassungsterror entsteht

In dem überfüllten Saal ergriff der Schriftsteller *Max von der Grün* als erster das Wort. In seinem Beitrag hob er die grundsätzliche Bedeutung dieser Entlassungen hervor. Seiner Ansicht nach, so *von der Grün*, wollten die Kapitalisten hier Verhältnisse schaffen wie in Japan, wo jeder Arbeiter mit einem Kotau in die Fabrik gehen würde. Er betonte die Notwendigkeit gegen diese Entlassungen wirklich zu kämpfen, um nicht die letzten Rechte im Betrieb zu verlieren. *Von der Grün* hatte als erster bekannter Schriftsteller seine volle Solidarität ausgedrückt, und, um auf dieser Veranstaltung sprechen zu können, eigens die Tagung des Verbandes deutscher Schriftsteller in München an diesem Wochenende versäumt.

Nach ihm sang der Liedermacher *Werner Worschech* Lieder aus der Geschichte und dem Kampf der Arbeiterbewegung, die im Saal eine gute Resonanz fanden. Gemeinsam mit dem Liedermacher *Frank Baier* wechselte sich *Worschech* zu verschiedenen, am Ende auch einem sehr gelungenen gemeinsamen Auftritt ab. Im besonderen drückten die beiden Sänger ihre Solidarität mit den entlassenen Betriebsräten durch zwei entsprechende Lieder aus, die jeder von ihnen eigens aus diesem Anlaß gemacht hatte, was ihnen sehr viel verdienten Beifall aus dem Saal einbrachte.



Aufnahme aus dem Veranstaltungssaal: der Tisch der Betroffenen und die bekanntesten Teilnehmer

Norbert Bömer und *Hartmut Siemon* stellten in ihren Redebeiträgen noch einmal den Ablauf ihrer Entlassung, die Hintergründe und die weitere Entwicklung dar (siehe dazu Berichte im letzten „Roten Morgen“).

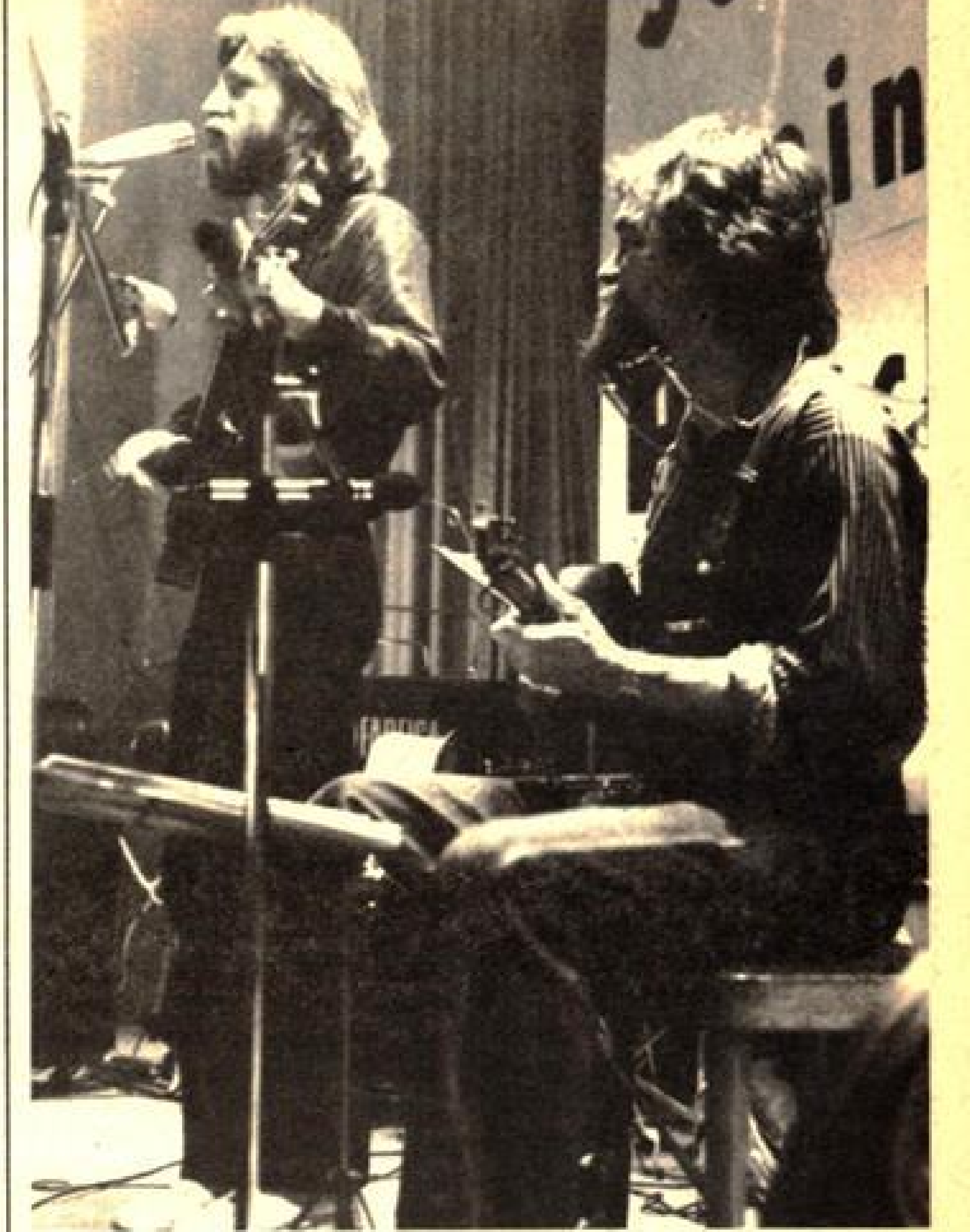
Hartmut Siemon hob dabei im besonderen noch einmal hervor, daß in den Protokollen der Betriebsratssitzungen keine Vermerke enthalten seien, daß die Sozialplanverhandlungen vertraulichen Charakter besäßen. Was das Protokoll der 53. Betriebsratssitzung betrifft, jener in der die Zustimmung zur Entlassung der beiden RGO-Betriebsräte beschlossen wurde, so wurde am Freitag, den 29. Februar, als Hartmut Siemon, wie abgemacht, das Protokoll abholen wollte, plötzlich gesagt, es müsse neu geschrieben werden und sei erst in dieser Woche fertig. Er, so sagte Siemon, ziehe daraus keine Schlußfolgerungen, überlasse es aber jedem Anwesenden, dies zu tun. Außerdem sei ein Sozialplan laut Betriebsverfassungsgesetz erzwingbar — der Abbruch der Verhandlungen durch die Kapitalistenvertreter also illegal.

Norbert Bömer berichtete in seinem Beitrag unter anderem davon, daß die Diskussionen um die Zustimmung zur Entlassung durch den Unionsbetriebsrat im Betrieb und in den gewerkschaftlichen Gremien zunähmen, und daß sich inzwischen eine Reihe von Vertrauensleuten der IG Metall gegen die Entlassungen ausgesprochen hätten.

Ihre Solidarität drückten auf der Versammlung der RGO-Vorsitzende *Thomas Scheffer* und ein Vertreter der „Liste für die Belegschaftsforderungen“ von Opel/Bochum aus, die sich auch aktiv an der Arbeit des Solidaritätskomitees beteiligt. Auch türkische Kollegen drückten ihre aktive Solidarität aus.

Für das Solidaritätskomitee gab der Rechtsanwalt *Gerd Flint* einen Überblick über die bisherigen Aktivitäten, über eingegangene Solidaritätsbekundungen und Unterstützungsaktionen, sowie über die weiteren Pläne (siehe nebenstehende Artikel). Insbesondere die Bereitschaft der Schauspielerensembles aus Bochum und Dortmund, auf einer Großveranstaltung im Mai zur Solidarität mit den Entlassenen aufzutreten, rief große Aufmerksamkeit hervor.

Einmal an diesem Abend lachte auch der ganze Saal. Als *Max von der Grün* seine Satire über Franz Josef Strauß an der Macht vortrug (aus dem Fichtelgebirge, wo Strauß 149 Prozent der Stimmen erreichte). Als Bayer, meinte er, dürfe er das. Und dieses Lachen gehörte auch dazu, war es doch ein guter Ausdruck für die zuversichtliche Stimmung, die auf dieser Veranstaltung herrschte, wo man wirklich sehen konnte, daß hier eine Front des Kampfes zusammenwächst, die alle Aussichten zum Erfolg in sich trägt.



Werner Worschech und Frank Baier bei ihrem gemeinsamen Auftritt, der auf große Resonanz stieß, nachdem die beiden schon für ihre speziell zu diesem Ereignis gemachten Lieder viel Beifall bekommen hatten.

Ergebnisse der Solidaritätsbewegung

Breite Welle der Solidarität für Wiedereinstellung

Unterschriftensammlungen, Resolutionen, Aktivitäten

DORTMUND.— In der kurzen Zeit, seit das Solidaritätskomitee für die Wiedereinstellung der beiden Betriebsräte seine Arbeit Aufgenommen hat, haben sich bereits zahlreiche Personen, Gruppen und Organisationen an diesem Kampf beteiligt.

In seinem Bericht auf der Dortmunder Solidaritätsveranstaltung erwähnte der Rechtsanwalt Gerd Flint, Mitglied des Komitees, unter anderem die Unterschriftensammlung des Bochumer Theaterensembles des Stücks „Die heilige Johanna der Schlachthöfe“, die nicht nur ihre Solidarität ausdrückten, sondern auch in den Pausen der Aufführung über 200 Unterschriften sammelten.

Auch von anderen Gruppierungen wurden bereits jetzt intensiv Unterschriften gesammelt, so daß ihre Zahl, nur eine starke Woche nach der ersten Solidaritätsveranstaltung bereits über 600 beträgt.

Besonders beeindruckend ist nicht nur die Zahl der Schreiben und Resolutionen, die beim Solidaritätskomitee bereits eingegangen sind, sondern auch die klaren politischen Aussagen, die dort getroffen werden.

So schrieben dem Komitee ÖTV-Mitglieder unter den Umschülern am Berufsamt Berlin:

„Wir verurteilen die Entlassung der zwei Betriebsräte, weil wir es als die Pflicht eines Betriebsrats, der das Vertrauen der Kollegen, die ihn gewählt haben, besitzt, ansehen diesen Kollegen Rechenschaft über seine Arbeit abzulegen und sie über die Pläne der Betriebsleitung zu informieren. Besonders scharf möchten wir in diesem Zusammenhang die Haltung derjenigen IGM-Betriebsräte kritisieren, die in diesem Fall mit der Unternehmensleitung an einem Strick gezogen haben...“

Der Kreisverband der Grünen in Dortmund unterstützt in einem Brief an das Solidaritätskomitee die Forderung nach sofortiger Wiedereinstellung der beiden Betriebsräte, und erklärte seine Bereitschaft, sich an der Unterschriftensammlung zu beteiligen, und überwies eine Geldspende für den Prozeß. In dem Brief heißt es unter anderem:

„Eine der Säulen unseres politischen Selbstverständnisses ist die Basisdemokratie. Daher halten wir es für dringend erforderlich, daß sich Betriebsräte denjenigen verpflichtet fühlen, die sie gewählt haben. Das gilt insbesondere dann, wenn es wie in diesem Fall um den Abbau von Tausenden von Arbeitsplätzen geht...“

Aus Recklinghausen sandten der Betriebsratsvorsitzende von Dörnemann, Heinz Schramm, und der IG-Metall-Vertrauensmann, Rudi Turinski, den beiden Hoesch-Betriebsräten eine gemeinsame Protestresolution, in der es unter anderem heißt:

„Wir finden es richtig, daß ihr die Belegschaft der Hoesch-Werke über Sozialplan und Abbau informiert. (...) Noch schlimmer ist es, wenn diese Herren der Kündigung von oppositionellen Betriebsräten zustimmen. Es zeigt uns sehr deutlich, wer hier die Spalter der Kampfeseinheit der Arbeiter sind...“

Solidaritätsresolutionen sandten auch im Haus Villigst tagende ZDLer, der SV Vorwärts Bochum 78 und andere. Briefe, in denen die Solidarität mit den entlassenen Betriebsräten ausgedrückt wurde sandten der Vorstand der „Volksfront“, der Vorstand der „Roten Hilfe Deutschlands“, zahlreiche Organisationen der RGO und eine Reihe von Betriebsparteizellen der KPD/ML.

Im Namen der oppositionellen Betriebsräte bei Daimler-Benz/Untertürkheim sprach Hermann Mühleisen seine Solidarität mit den entlassenen Hoesch-Betriebsräten aus.

Die zahlreichen Organisationen und Gruppen, die sich an der Solidaritätskampagne beteiligen, haben auch zu der großen Solidaritätsveranstaltung in Dortmund zahlreiche Interessenten mobilisiert.

Der „Rote Morgen“ ruft nochmals alle seine Leser auf, sich am Kampf um die Wiedereinstellung zu beteiligen, und sich hierzu an das Solidaritätskomitee zu wenden:

Alice Siemon, Barsinghausenstraße 23, 4600 Dortmund 14

Jedem Oppositionellen droht der Gewerkschaftsausschluß

IGM-Verfahren gegen Herbert Knapp

In wessen Interesse soll da aufgeräumt werden?

DUISBURG.— Erst am 11. Januar wurde es offiziell in einer Vertreterversammlung der Duisburger IG Metall mitgeteilt: Gegen den Betriebsratsvorsitzenden von Mannesmann, Herbert Knapp ist ein Ausschlußverfahren eingeleitet worden. Gerüchte darum gab es schon lange.

Eingestimmt war dieses Vorgehen schon im letzten Frühjahr von Janßen und Loderer worden, die die Duisburger Mannesmann-Arbeiter als Streikbrecher verleumdet hatten, und Knapp den Huckinger Ladendieb nannten.

Der Grund für dieses Vorgehen besteht darin, daß Knapp einerseits beim Stahlarbeiterstreik vor nun mehr als einem Jahr für einen konsequenten Kampf eingetreten war, und nach dem totalen Rückzug des IG-Metall-Vorstands kritische Worte für Vorstand und Streikleitung gefunden hatte, die er auch auf Diskussionsveranstaltungen, zum Beispiel in Ulm, vertrat.

Die Betriebsgruppe der RGO bei Mannesmann hat gegen dieses Vorgehen gegen Knapp entschieden protestiert und ihre Solidarität ausgedrückt. Unabhängig von unterschiedlichen Auffassungen in der Arbeit der Gewerkschaft geht es nämlich auch in diesem Fall um Angriffe auf Vertreter der Arbeiter.

Offensichtlich werden nach dem Streik der Stahlarbeiter im letzten Jahr, als die Opposition gegen Kurs der Spitzenfunktionäre sehr stark wurde, gerade in der Stahlindustrie alle oppositionellen Bestrebungen innerhalb der IG Metall, alle jene also, die sich für einen echten Kampf gegen den Rationalisierungsterror der Stahlbarone einsetzen, besonders verfolgt.

Schließlich war bisher in den meisten Fällen ein Gewerkschaftsausschluß früher oder später auch von dem Versuch der Entlassung gefolgt.

Kein Ausschlußverfahren gegen Herbert Knapp!

RGO-Betriebsrat gewinnt Prozeß

Dieter Müller wird wiedereingestellt!

Siemens unterliegt beim Arbeitsgericht

WESTBERLIN.— Am 6. Februar fand beim Westberliner Arbeitsgericht der Prozeß des RGO-Betriebsrats Dieter Müller gegen das Bosch-Siemens-Hausgerätewerk statt. Dieter Müller hatte auf Wiedereinstellung geklagt, das Arbeitsgericht urteilte zu seinen Gunsten.

Im Oktober 1979 war Dieter Müller fristlos gekündigt worden, die Mehrheit des Betriebsrats hatte dieser Kündigung zugestimmt. Er sollte als politischer Unruhestifter hingestellt werden, weil er sich für den Kampf der Kollegen um eine Teuerungszulage eingesetzt hatte.

Diese Behauptungen stellten die Siemens-Bosse auch bei der Gerichtsverhandlung auf, ohne jedoch irgendeinen Beweis dafür zu haben. Dieter Müller verteidigte sein Recht und seine Pflicht, als gewählter Betriebsrat für die Verbesserung der Lage der Kollegen im Betrieb einzutreten.

Das hatten auch zahlreiche Kollegen seines Betriebs gemeint, die aktiv an der Solidaritätskampagne teilgenommen haben.

Jetzt mußte der Vertreter von Siemens vor Gericht nachgeben: er erklärte, daß die Firma Dieter weiterbeschäftigen werde, wenn er den Prozeß gewinnt. Wenn das Urteil vollends rechtskräftig ist, wird Dieter Müller wieder da sein, wo er als Betriebsrat hingehört: im Betrieb bei seinen Kollegen.

Zum 11. Bundesjugendkongreß der IG Chemie (Teil 1)

Hauenschild bezog Delegiertenschelte in Augsburg

Karl Schwab kündigt jugendpolitischen DGB-Beschluß an

AUGSBURG. — Die 11. Bundesjugendkonferenz der IG Chemie-Papier-Keramik (IGCPK), die am 22. und 23. Februar in Augsburg stattfand, war von scharfen Auseinandersetzungen zwischen Vertretern des Hauptvorstandes und der Mehrheit der Delegierten gekennzeichnet. Neben Meinungsverschiedenheiten in der Tarifpolitik, auf die wir in unserer nächsten Ausgabe eingehen werden, kam es zu scharfen Kontroversen um die aktuellen innergewerkschaftlichen Fragen.

Das spiegelte sich vor allem am zweiten Kongreßtag in der Antragsdiskussion wider. Dabei ergriffen Vertreter des Hauptvorstandes zu unerhörten Methoden, setzten verschiedene Delegierte unter Druck, brachen die Geschäftsordnung; nur so konnten sie anscheinend einem völligen Debakel entgehen.

Der Initiativantrag 12 wandte sich gegen die vom Hauptvorstand beabsichtigte Einschränkung des Beschwerderechts, die einen weiteren Machtzuwachs Hauenschilds gegenüber Gewerkschaftsfunktionären bedeuten würde. Wäre schon vor einem Jahr, als Hauenschild vergeblich versuchte, den Geschäftsführer der Verwaltungsstelle Hannoversch-Münden Patschkowski zu feuern, ein eingeschränktes Beschwerderecht in Kraft gewesen, hätte Patschkowski wahrscheinlich den kürzeren gezogen.

Doch überraschend wurde der Initiativantrag 12 wieder zurückgezogen; aus welchem Grund, sollte sich bald zeigen.

Zwei Minuten vor Abgabeschluß reichten Delegierte den Initiativantrag 25 ein, der den Hauptvorstand wegen der Maßregelung Plumeyers scharf kritisierte.

Dennoch mußte es — nach Angaben der Tageszeitung „Die Neue" — für eine andere Delegiertengruppe möglich gewesen sein, in den verbleibenden zwei Minuten, den kompletten Antrag 25 zu lesen und ihrerseits einen entschärften Antrag 26 („Auseinandersetzungen in unserer Organisation"), einzureichen, der auf opportunistische Weise zu den Ereignissen um das Hauptvorstandsmitglied Plumeyer Stellung nahm. Zwar wurde die Maßregelung kritisiert, doch auch Plumeyer wurde vorgeworfen, die Diskussion auf eine Art zu betreiben, die der gewerkschaftlichen Diskussion nicht weiterhelfe.

Selbst das war den Mitgliedern des Hauptvorstandes, die im Hintergrund die Fäden zogen, noch zuviel. Ihre Haltung scheint dahin zu gehen, daß es völlig unzulässig sei, den Boß zu kritisieren.

Zahlreiche Delegierte, die den Initiativantrag 26 mit ihrer Unterschrift unterstützt hatten, zogen ihre Unterschrift zurück. Einige bekannten sich am Samstag öffentlich dazu. Andere waren mutiger und prangerten diese diktatorischen Methoden vom Rednerpult des Kongresses aus an. Während der eine unter tosendem Beifall erklärte, er werde das Mitgliedsbuch hinwerfen, wenn eine offene Diskussion nicht mehr möglich sei, erklärte ein anderer, er habe Angst, daß es ihm genauso erginge wie Plumeyer, ein dritter mahnte die Delegierten, es bringe in der IGCPK nichts mehr, **wenn man sich ins Mauseloch zurückziehe in dem Glauben, die Probleme würden sich schon lösen.**

Daß der Antrag 26 schließlich mit großer Mehrheit verabschiedet wurde, zeigt, daß die Bonzen sich in diesem Punkt auf dem Rückzug befanden.

Um wieviel besser hätte man sie in die Schranken weisen können, wäre die breite Opposition gegen den Diktatoren Hauenschild organisiert aufgetreten?

Am ersten Kongreßtag zeigte sich, daß sich die aktuelle Auseinandersetzung zwischen den jungen Delegierten und den Reaktionären des Hauptvorstandes auf dem Hintergrund der seit Jahren laufenden Auseinandersetzung über die Jugendarbeit des DGB abspielte. Konnten die Delegierten den Reaktionären am zweiten Tag in Fragen, die konkrete IGCPK-Probleme betrafen, auch weitgehend entgegentreten, so zeigte sich am ersten Tag, daß es ihnen erheblich schwerer fiel, in den allgemeineren Fragen der DGB-Jugendpolitik Stellung zu nehmen.

Hier konnten die Reaktionäre zunächst relativ unangefochten auftrumpfen. Und das taten sie auch nach Kräften.

Hauenschild sprach über Gott und die Welt, über den Sicherheitsdienst der DDR, „vergaß" jedoch völlig, die Bespitzelung von Gewerkschaftern in unserem Land zu verurteilen. Er erhielt kaum Beifall.

Der Leiter der Hauptabteilung für Bildungswesen und Jugend, Hermann Rappe (Mitglied des Hauptvorstandes), wurde deutlicher.

Er stieg voll in die Unterwanderungskampagne ein, stellte sich demonstrativ auf die Seite des ebenfalls anwesenden DGB-Vorstandsmitglieds Karl Schwab, lobte das „Oberurseler Papier", das zwar „linke Positionen enthält, mittlerweile aber der gesamten innergewerkschaftlichen Reaktion als Munition in ihrer Kampagne gegen die „kommunistische Unterwanderung" dient. Rappe richtete scharfe Angriffe gegen die IG Metall, insbesondere deren Vorstandsmitglied Georg Benz und Hans Preiss, die sich gegen diese Kampagne ausgesprochen hatten.

Gleichzeitig wurde deutlich, daß die innergewerkschaftliche Reaktion, angeführt von Karl Schwab die DGB-Jugend auf ihre Positionen zwingen will. Schwab nämlich kündigte auf dem Jugendkongreß an, der DGB-Bundesvorstand werde die Diskussion innerhalb der DGB-Jugend durch einen entsprechenden Beschluß beenden. Wenn man sich die letzten DGB-Bundesvorstandsbeschlüsse ansieht („'ran"-Redaktion, 8. Februar, türkische Arbeitervereine) kann man sich denken, wohin das führt, nämlich weiter zur Schwächung der Einheitsgewerkschaft von innen heraus!

Mitglieder der IG Chemie demonstrieren gegen den Abbau von Mitgliederrechten.



1.-Mai-Demonstration 1979 in Bremen: Gewerkschfter gegen Aussperrung

Am 24./25. März tritt das Bundesarbeitsgericht zusammen

Den Kampf für das Verbot der Aussperrung weiterführen

KPD/ML fordert gesetzliches Verbot der Aussperrung

Die gewerkschaftliche Kampagne für das Verbot der Aussperrung hat sich nicht nur in den letzten Wochen und Monaten verbreitert, sie ist auch zunehmend von einer wachsenden Skepsis gegenüber dem Rechtsempfinden des Bundesarbeitsgerichts in Kassel gekennzeichnet.

Die Absicht der DGB-Führung war es von Anfang an, die Kampagne für das Verbot der Aussperrung völlig einseitig auf die Arbeitsgerichtsverhandlung zu konzentrieren. Vetter und auch Loderer wiesen des öfteren darauf hin. Doch ist es ihnen weder gelungen, das Mißtrauen der Kollegen gegenüber den Arbeitsrichtern zu zerstreuen, noch die Forderung nach dem gesetzlichen Verbot der Aussperrung zu unterdrücken.

Am deutlichsten wurde das wohl am letzten Gewerkschaftstag der IG Bau Steine Erden, auf dem die Delegierten die Forderung nach dem gesetzlichen Verbot erzwangen.

Insbesondere aus den Reihen der IG Druck und Papier sind immer mehr kritische Töne zum „Gewerkschaftslegalismus", zur Rückbesinnung auf die gewerkschaftliche Kampfkraft zu hören.

Deutlich hat sich auch der DGB-Kreisvorstand im Vogelsbergkreis geäußert: *„Wollten die Gerichte erst einmal abwarten, bis eine Gewerkschaft ruiniert ist, dann brauchen sie anschließend über die Rechtswidrigkeit einer Aussperrung auch nicht mehr nachzudenken."*

Der Leserbrief eines Hannoveraner Richters in der „Frankfurter Rundschau" vom 21. Februar kann das Mißtrauen gegenüber den Arbeitsrichtern nur stärken: *„Bedenklich stimmt mich, daß nur ein einziger Richter des Bundesarbeitsgerichtes gewerkschaftlich organisiert ist."*

Inzwischen verlautet aus der Hamburger Bürgerschaft, daß die SPD-Fraktion wahrscheinlich noch vor der Sommerpause eine Gesetzesvorlage einbringen wird, mit der die Aussperrung in der Hansestadt verboten werden soll. Der letzte Hamburger SPD-Parteitag hatte Senat und Fraktion einmütig aufgefordert, für ein Verbot der Aussperrung zu sorgen. Auf dem vorletzten Hamburger Parteitag lag bereits ein ähnlicher Antrag vor, doch konnten sich damals die Delegierten nicht entschließen, ihn zu verabschieden.

Auch das Unterschriftensammeln für das Verbot der Aussperrung hat Schule gemacht. Schien die „Kampagne für das Verbot der Aussperrung", inszeniert von dem IGM-Vertrauensmann W. Wiechern (Herne), dem Schriftsteller Max von der Grün (Dortmund) und anderen Gewerkschaftern, im letzten Jahr mit ihrem Unterschriftenprojekt noch alleine zu stehen, so häufen sich die Nachrichten, daß mehr und mehr DGB-Gremien sich diese Taktik zu eigen machen. So sammelten beispielsweise Funktionäre des DGB-Kreises Vogelsberg nach Meldungen des „Lauterbacher Anzeigers" in einer Woche mehr als 2 500 Unterschriften. Aus dem neuesten Info der „Kampagne für das Verbot der Aussperrung" geht hervor, daß die Anzahl der von ihr gesammelten Unterschriften am 31. Januar 35 125 betrug.

Wie es weiter in dem Info heißt, schickt sich die „Kampagne" an, die Bundestagsabgeordneten der verschiedenen Parteien mit der Zahl der bereits gesammelten Unterschriften zu konfrontieren, sie auf die zahlreichen DGB-Aktionen hinzuweisen und sie auf diesem Hintergrund zu fragen, ob sie bereit seien, im Bundestag für das Verbot der Aussperrung zu stimmen.

Aktuell aber geht es zunächst darum, dafür zu sorgen, daß die gewerkschaftlichen Aktivitäten im März weitergehen, daß sie ihren vorläufigen Höhepunkt haben, wenn das Arbeitsgericht in Kassel zusammentritt. Die „Kampagne für das Verbot der Aussperrung" jedenfalls ruft zu einer Demonstration und Veranstaltung in Kassel bzw. Obervellmar auf. Kämpfen wir dafür, daß diese Initiative breite Unterstützung erfährt.

Vorsicht, mein lieber Vetter!

ESSEN. — Während es in München zu kurzen Warnstreiks gegen Unternehmeranzeigen gekommen ist, während die Unternehmer selbst scharfe Geschütze gegen die gewerkschaftliche Kampagne für das Verbot der Aussperrung richten, während Tausende von Kollegen fordern, den Unternehmern müsse der Aussperrungsknüppel aus der Hand geschlagen werden, während also der Kampf zwischen Kapital und Arbeit auch auf politischem Sektor schärfer wird, erklärt DGB-Chef Vetter gegenüber die NRZ, die Chancen für Spitzengespräche zwischen Gewerkschaften, Arbeitgebern und Politikern stünden so gut wie schon lange nicht mehr.

Ja tickt denn der nicht ganz richtig, fragt man sich unwillkürlich. Doch Vetter hat eine Begründung auf Lager, die einen nachdenklich stimmt. Die weltpolitischen Krisen um Afghanistan und Iran würden die Tarifparteien und Politiker förmlich an einen Tisch zwängen.

Will der liebe Vetter uns damit sagen, daß Arbeiter und Unternehmer heute zusammenstehen müssen? Wie lange wird es dauern, bis Vetter einen Streik Landesverrat nennt?

Demonstration gegen die Aussperrung

Samstag, 22. März 1980, 10.30 Uhr
Kassel, Holländische Straße/Mombachstraße (Scheidemannhaus)
anschließend Veranstaltung in Obervellmar (14 Uhr) im Bürgerhaus, Holländische Straße.

Stimmen aus dem DGB zur Aussperrung

Nehmt sie beim Wort!

In den letzten Wochen haben sich zahlreiche führende Gewerkschaftsfunktionäre zum Thema „Aussperrung" geäußert. Hier eine kleine Auswahl:

„Wer die Aussperrung will, der will den Streik und das Streikrecht zerstören und zerstört damit ein Lebenselement der Gewerkschaften." (DGB-Vorsitzender Vetter im Hessischen Rundfunk)

„Da der Arbeitnehmer keine andere Waffe besitzt als die Verweigerung der Arbeit, um seine Interessen durchzusetzen, bedeutet jede Einschränkung des Streikrechts immer zugleich eine Verneinung der Demokratie und den Anfang diktatorischer Gewalt." (Hans Preiss, Vorstandsmitglied der IG Metall auf einer Kundgebung des DGB-Landesbezirks Rheinland-Pfalz in Ludwigshafen)

Leonhard Mahlein, Vorsitzender der IG Druck und Papier sagte auf einer DGB-Kundgebung in Nürnberg, die Aussperrung könne nur zu Fall gebracht werden, *„wenn wir uns weniger auf gewerkschaftlichen Legalismus und mehr auf unsere gewerkschaftlichen Aktionsmöglichkeiten besinnen (...)Deshalb dürfen nicht die Gerichte das letzte Wort haben, sondern die Gewerkschaftsbewegung."*

Hans Georg Fritz, Vorsitzender des Frankfurter Ortsvereins der IG Druck und Papier, sagte auf der Frankfurter Jahreshauptversammlung: *„Sollte das Urteil das Ausbluten unserer gewerkschaftlichen Kampfkraft legitimieren"*, so müsse der Gesetzgeber die Aussperrung ächten. *„Falls wir von daher ein zweites Mal im Stich gelassen werden, muß uns die Zerschlagung des Instruments Aussperrung einen Arbeitskampf wert sein."*

Hintergründe der Entwicklungen in der Stahlindustrie

Mit immer weniger Beschäftigten zu immer größeren Profiten

Weltweiter scharfer Konkurrenzkampf

Der Rationalisierungsfeldzug der europäischen Stahlbosse gegen die Arbeiter ihrer Hüttenwerke und Verarbeitungsanlagen hat zu einer massenhaften Vernichtung von Arbeitsplätzen geführt. Er hat aber auch zu den größten europäischen Streikbewegungen der letzten Jahre geführt: die britischen Stahlarbeiter in diesen Tagen, die französischen Arbeiter in Lothringen und Nordfrankreich und die deutschen an Rhein und Ruhr im letzten Jahr — das waren gewaltige Kämpfe, die einen Meilenstein in der Entwicklung der Arbeiterbewegung setzten. Diese Kämpfe haben die Absichten der Konzernherren durchkreuzt und sie daran gehindert, die Massenentlassungen in vollem Umfang und im geplanten Tempo durchzuführen.

Alle diese Kämpfe richteten sich gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen. Was ist davon geblieben? Wie sieht heute, über ein Jahr nach dem Ende des großen Streiks der Stahlarbeiter in der Bundesrepublik die Situation aus? Wie haben sich diese Erfahrungen in der Arbeiterbewegung ausgewirkt? Solche und ähnliche Fragen will der „Rote Morgen" in einigen, in loser Folge erscheinenden Artikeln behandeln, wobei zunächst die gegenwärtige Situation der Stahlindustrie untersucht werden soll.

Am 8. und 9. November fand in Düsseldorf der alljährliche Eisenhüttentag statt, zu dem sich rund 4000 Topmanager, Ingenieure und Aktionäre versammelt hatten. Kurz davor und kurz danach, zum 1. Oktober und zum 1. Januar legten die fünf größten deutschen Stahlkonzerne ihre Bilanzen für das Jahr 1979 vor.

Sie erzeugten im Jahre 1979 rund 45,5 Millionen Tonnen Stahl, etwa 10 Prozent mehr als im Jahr 1978, etwa 15 Prozent weniger als im Rekordjahr 1974, als rund 53,2 Millionen Tonnen erzeugt wurden. Damit blieb die Deutsche Bundesrepublik drittgrößter Stahlerzeuger der westlichen kapitalistischen Länder, hinter den USA und Japan.

Dies wurden sie durch eine fast beispiellose Rationalisierungskampagne, die sich an der Entwicklung der Produktion und der Beschäftigten zeigt.

Jahr	Beschäftigte / davon Arbeiter (in Tausend)		Stahl (in Mio Tonnen)
1960	417	354	34
1968	371	292	42
1974	344	265	53
1978	299	233	41
1979	290	229	45

Diese Zahlen, berechnet nach Statistiken des „Handelsblatts" und der „Welt", die anläßlich des Eisenhüttentags erschienen, können natürlich nur eine trockene Widerspiegelung der Tatsache sein, daß in den letzten zwanzig Jahren fast 130000 Menschen ihren Arbeitsplatz in der Stahlindustrie verloren, davon 125000 Arbeiter. Das Jahr 1974, Traumjahr der Stahlbarone, wird von ihnen stets als Orientierungspunkt für ihre Maßnahmen betrachtet. Hatte 1968 jeder Arbeiter rund 140 Tonnen Stahl produziert, so waren es 1974 rund 200 Tonnen pro Kopf und Jahr, eine Zahl, die 1979 wieder erreicht wurde.

Kein anderer als Franz-Josef Weisweiler, der Organisator des Aussperrungsterrors der Stahlbarone gegen die Arbeiter, war es, der in einem Beitrag zum deutschen Eisenhüttentag 1979 auch die Methode nannte, mit denen diese Zahlen erreicht wurden.

„Das höhere Arbeitsvolumen wird durch Mehrarbeit bewältigt. Im bisherigen Verlauf des Jahres 1979 verfuhr jeder durchschnittlich im Betrieb anwesende Arbeiter zwölf Mehrarbeitsstunden im Monat gegenüber sieben Mehrarbeitsstunden im Vergleichszeitraum des Vorjahres."

Stellt man also fest, daß es ursprünglich die Forderung der Stahlarbeiter gewesen war, die Einführung der 35-Stunden-Woche zu erkämpfen und vergleicht dies mit den Aussagen, die Weisweiler für seinesgleichen gemacht hat, so kann man leicht ausrechnen, daß heute über 50 Stunden in der Woche gearbeitet wird.

Dabei hat Weisweiler andererseits bereits, ausgehend von der normalen Arbeitszeit, folgendes Eingeständnis gemacht:

„Eine allgemeine Verkürzung der Wochenarbeitszeit hätte sogar in bestimmten Bereichen zu Personalmangel führen müssen."

Ein Eingeständnis dafür, daß die Erkämpfung der 35-Stunden-Woche tatsächlich zur Verteidigung und Schaffung von Arbeitsplätzen beigetragen hätte.

Dieses wurde nicht erreicht — weil die Stahlarbeiter von der Führung ihrer Gewerkschaft im Stich gelassen wurden.

Der andere Pfeiler waren enorme Preiserhöhungen, die vom Stahlkartell in Westdeutschland und dem „Eurofer"-Kartell durchgedrückt wurden. So wird heute Profilstahl im Schnitt im Inland zu 600 Mark je Tonne verkauft, im Ausland zu 585 Mark, was eine Preissteigerung von rund 24 Prozent bedeutete. Flachstahl kostet im Inland durchschnittlich 670 Mark je Tonne, im Ausland 620 Mark, eine Erhöhung um mehr als acht Prozent.

Diese Preissteigerungen werden mit demselben Argument vorgenommen, mit dem in den letzten Jahren behauptet wurde, es seien Verluste gemacht worden: hohe Energiekosten und steigende Transportpreise.

Nun sind das natürlich Schutzbehauptungen. Die Kohle zum Beispiel, wichtigster Energierohstoff der heutigen Stahlproduktion, stammt von der Ruhrkohle AG, an der die Stahlbarone mit mindestens 45 Prozent des Kapitals beteiligt sind, allein die August-Thyssen-Hütte mit rund 13 Prozent.

Was die Transportkosten betrifft, so sei hier festgehalten, daß die August-Thyssen-Hütte, größtes westdeutsches Stahlmonopol mit fast einem Drittel der gesamten Produktion, der größte bundesdeutsche Privateigentümer an Schienen und Waggons ist, wofür die Thyssens auch eine eigene Fabrik haben, die Waggon Union. Die Thyssen-Handel schließlich bestreitet ein Drittel des Umsatzes des Gesamtkonzerns.

Allein durch die Preissteigerungen konnte Thyssen zum Beispiel bei Profilstählen 140 Millionen, bei Flachstählen 450 Millionen Mark offiziell als Gewinn verbuchen. Diese 590 Millionen werden insgesamt auch als Gewinn angegeben, ohne die Produktionssteigerungen zu berücksichtigen, ohne Rückstellungen und Investitionen zu berechnen.

Und diesen Kurs der Produktionssteigerung, vor allem im Bereich der hochwertigen Stahlprodukte, der Preissteigerung durch ihre Trusts und der weiteren Rationalisierung wollen die Stahlmonopole fortsetzen. Dem dienen die bekannten Entlassungspläne von Hoesch in Dortmund. Dem dient auch das neue Werk von Thyssen, das dieser Tage eingeweiht wurde.

Gegen die Forderungen der Basis

ÖTV macht Vorstandsempfehlung zur Tarifforderung

Mindestanhebung als wichtiges Kampfziel

STUTTGART. — Die Große Tarifkommission der Gewerkschaft ÖTV hat am 29. Februar in Stuttgart den endgültigen Beschluß über die Tarifforderung für den öffentlichen Dienst für 1980 verkündet. Eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um 9 Prozent, mindestens jedoch 180 Mark monatlich, sowie 30 Tage Urlaub werden gefordert.

Die Verhandlungen für die vier Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst werden am 7. März in Stuttgart beginnen, die anderen DGB-Gewerkschaften, die öffentliche Bedienstete vertreten, haben sich der ÖTV-Forderung angeschlossen.

Heinz Kluncker konnte dabei vor der Presse nicht umhin einzugestehen, daß von vielen gewerkschaftlichen Gruppen und Gremien der ÖTV erheblich höhere Beträge und Mindestanhebungen gefordert worden waren — der „Rote Morgen" hatte darüber ausführlich berichtet.

Keinen Tarifabschluß ohne Mindestanhebung, das war die Parole des ÖTV-Vorstands zu Beginn dieser Tarifrunde. Daran, und natürlich an der Höhe dieser Mindestanhebung, werden ihn auch die vielen aktiven ÖTV-Gruppen und Gremien messen.

Wie in jedem Jahr, wenn die staatlichen Arbeiter und Angestellten und die kleinen Beamten ihre Forderungen erheben, wurde auch jetzt schon der allgemeine Chor vom Staatsbankrott, den leeren Staatskassen von der Presse und den Medien angestimmt.

Die „Tarifgemeinschaft deutscher Länder" bezeichnete die Forderungen der Gewerkschafter als „weder volkswirtschaftlich vertretbar noch finanzwirtschaftlich realisierbar".

Während sich also die Politiker, wie eben jetzt die niedersächsischen Landtagsabgeordneten nicht scheuen, ihre Diäten ständig und einstimmig zu erhöhen, mindestens um 10 Prozent, während Milliarden und Abermilliarden als Subventionen ans Finanzkapital und in die Rüstung gehen, ist für die Löhne und Gehälter einmal mehr angeblich kein Geld da.

Es wird so wieder einmal auf die Kampfbereitschaft der im öffentlichen Dienst beschäftigten Kollegen ankommen, ob sie wenigstens die herabgestutzten Forderungen der Großen Tarifkommission durchsetzen können.

Sie müssen sich auch gegen die eben erneut ausgestoßene Drohung zur Wehr setzen, daß, wenn sie weiter so „maßlos" seien, eben doch ein großer Teil der staatlichen bzw. aktuell vor allem städtischen Unternehmungen privatisiert werden müßten. Das heißt: es soll dann entlassen und schlechter bezahlt werden. Diese Drohkampagne wird ausgehend von der Behauptung geführt, daß in den staatlichen Betrieben nicht rationalisiert werden könne. Den Werktätigen dieses Bereichs wird faktisch unterstellt, sie seien arbeitsscheu. Die Tausende- und Abertausende, die von der Bundesbahn entlassen wurden, die vielen, die jetzt ihre Arbeit mitmachen müssen, die Postbediensteten, sie alle können davon ein anderes Lied singen.

Das und die enormen Preissteigerungen der letzten Zeit rechtfertigen die volle Durchsetzung der aufgestellten Forderungen mehr als genug.

IG-Metall-Bezirke

Empörung über den IGM-Vorstand

Auch Stahlabschluß schnell durchgezogen

RÜSSELSHEIM. — Das Vorgehen des Vorstands der IG Metall, der den Willen der Großen Tarifkommission des Bezirks Hessen mit Füßen trat und die Annahme des 6,8-Prozent-Abschlusses befahl, erregt bei den Mitgliedern der Gewerkschaft große Empörung.

Entsprechend einer Meldung der Zeitung „Frankfurter Rundschau" sagte der Vorsitzende der Vertrauensleute der IGM von Opel/Rüsselsheim, Gerhard Wink, daß es in diesem größten hessischen Metallbetrieb erhebliche Unruhe gäbe.

Zu recht fragen sich nicht nur die Vertrauensleute und Gewerkschaftsmitglieder von Opel, die während der Auseinandersetzungen mit den Unternehmern zu den aktivsten Kollegen gehört hatten und mit ihrer Aktion anläßlich der Verhandlungen in Bad Nauheim für großes Aufsehen gesorgt hatten, wozu sie eigentlich ihren Willen bekunden, wozu es eigentlich überhaupt eine eigene Bezirkstarifkommission gibt, wenn der Vorstand doch offen seinen Willen diktiert.

Eine Vollversammlung der Opelvertrauensleute in der Rüsselsheimer Stadthalle hatte den ausgehandelten Tarifen nahezu einstimmig abgelehnt und die Führung der Gewerkschaft stark kritisiert.

Auch der schnelle Abschluß bei den Stahlverhandlungen ist auf Kritik gestoßen. Bei Bezirksleiter Herb, der sich einmal mehr von allen Forderungen der Kollegen unbeeindruckt zeigte, gingen zahlreiche Protestschreiben ein.

Jetzt versuchen die Vorständler der IG Metall wie Loderer und Janßen, diese Abschlüsse auch noch als Erfolg zu verkaufen. In Verdrehung aller Tatsachen erklärte Eugen Loderer, der Stahlabschluß entspreche dem Ziel, den Anschluß der Stahlarbeiter an die Metallverarbeitung herzustellen, nachdem gerade die dazu nötige Vorweganhebung nicht erreicht wurde.

Es sei — so Loderer großspurig — gelungen, einen schlechteren Abschluß bei Stahl zu verhindern. Kein Wort verlor der IG-Metall-Vorsitzende zur Tatsache, daß 1979 ein Jahr der Rekordprofite für die Stahlbarone war, wozu sie die faktische 50-Stunden-Woche eingeführt haben.

Begeistert von dem Abschluß bei Stahl zeigte sich lediglich Minister Fahrtmann, während die Stahlkapitalisten selbst einmal mehr betonten, selbst diese Lohnerhöhung, die in Wirklichkeit keine ist, sei noch zu viel.

Den Vorstand der IG Metall trifft so die Verantwortung dafür, daß in den diesjährigen Tarifverhandlungen nahezu in allen Branchen Lohnsenkabschlüsse vollzogen wurden, da die Kapitalisten die stärkste Gewerkschaft als Maßstab nehmen. Bezeichnend auch, daß sie kein Wort mehr darüber verloren, daß sie einst gesagt hatten, statt eines Nachschlags im Herbst werde man bei der Tarifrunde einen besseren Lohn erkämpfen.

Tarifnachrichten

MÜNCHEN. — Im Großhandel in Bayern wurde ein neuer Lohn- und Gehaltstarif vereinbart.

Die 180000 Beschäftigten dieser Branche erhalten ab 1. März 6,9 Prozent mehr Lohn und Gehalt, die Ausbildungsvergütungen wurden um 40 Mark erhöht, die Ortsklasse III abgeschafft. Die Überführung von Ortsklasse III nach Orstklasse II war der einzige Erfolg der verschiedenen erhobenen Forderungen nach mehr sozialer Gerechtigkeit und Verbesserungen für die am wenigsten Verdienenden.

***

DÜSSELDORF. — Die IG Druck und Papier hat einen neuen Tarifvertrag für die Papier- und Kunststoffverarbeitende Industrie abgeschlossen.

Rückwirkend ab 1. Februar erhalten die Beschäftigten um 6,8 Prozent höhere Löhne und Gehälter. Die unteren vier Lohngruppen erhalten zusätzlich zwischen viereinhalb und sechseinhalb Pfennigen mehr pro Stunde, tariflich abgesichert. Die ursprüngliche Forderung hatte 9,5 Prozent mehr und zwei bis fünf Prozent mehr zusätzlich für die unteren Lohngruppen betragen.

RAUNHEIM. — Die Vertrauensleute von Caltex, der einzigen hessischen Raffinerie haben ihre Forderung für die Lohntarifrunde aufgestellt.

9 Prozent mehr, mindestens aber 208 Mark lautet sie. Damit soll neben einer stärkeren Berücksichtigung der unteren Lohngruppen auch ein Schritt zur tariflichen Absicherung der Effektivlöhne gemacht werden, die hier bis zur Hälfte über den Tarifen liegen.

***

DÜSSELDORF. — Die Banken haben jetzt auf die Forderung der HBV für die rund 300000 Bankangestellten reagiert, die lediglich 8,5 Prozent beträgt.

Das Angebot der Finanzkapitalisten beträgt ganze 5,5 Prozent! Angesichts der öffentlich zugegebenen Gewinne von 5,6 Milliarden Mark im letzten Jahr und von über 23 Milliarden Mark in den letzten fünf Jahren ist dies eine pure Provokation.

***

FRANKFURT. — Die IG Bau Steine Erden hat jetzt ihre Tarifforderung für die Beschäftigten der Bauindustrie erhoben.

Sie beträgt für Arbeiter und Angestellte einheitlich 9,5 Prozent.

***

DÜSSELDORF. — 9,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt fordert die Gewerkschaft Textil und Bekleidung in der anstehenden Tarifrunde.

Das Hauptziel sei eine spürbare Verbesserung der Einkommen. Die Voraussetzung dafür, die wachsende organisatorische Kraft der GTB ist gegeben.

Mit fast 4000 neuen Mitgliedern wuchs die Zahl jetzt auf 294000, wobei die Zahl der in dieser Branche Beschäftigten um 12000 auf 570000 gesunken ist. Damit sind jetzt erstmals über die Hälfte der Beschäftigten der Branche gewerkschaftlich organisiert. 57 Prozent der Mitglieder sind Frauen.

***

STUTTGART. — Das Statistische Landesamt Baden-Württembergs teilte mit, daß Mitte Februar die Preise in diesem Bundesland, nach dem neuen Warenindex, um 9,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen sind.



Rotarmisten in Solingen

1920 — Kapp-Putsch in Deutschland

Arbeitereinheit zerschlägt Diktatur der Generäle

Vor sechzig Jahren, in den Märztagen 1920, stürzten reaktionäre Truppen die sozialdemokratisch geführte Reichsregierung in Berlin. Die Konterrevolution schickte sich an, eine offen terroristische Militärdiktatur über das deutsche Volk zu errichten. Doch schon nach wenigen Tagen war der Putsch zusammengebrochen — gescheitert am entschlossenen Widerstand der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Massen.

Wer waren die Putschisten? Sie trugen bekannte und im Volk tief verhaßte Namen. Denn was sich da zum Sturm auf Berlin zusammengerottet hatte, war das gleiche reaktionäre Gelichter, das im Jahr zuvor unter dem Befehl des SPD-Ministers Noske die Novemberrevolution im Blut erstickt hatte.

Schon im Sommer 1919 hatten sich die Putschisten ein organisatorisches Zentrum ihrer Verschwörung geschaffen: Die „Nationale Vereinigung", in der Hauptmann Waldemar Pabst — der Mörder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs — die Fäden zog. Hinter Pabst standen fast ausnahmslos die Generäle der Reichswehr, die entweder offen (Lüttwitz usw.) oder verdeckt (Seeckt, Maercker usw.) die Putschpläne förderten. Neben der Reichswehr waren vor allem die berüchtigten Freikorps — konterrevolutionäre Söldnerbanden außerhalb der regulären Streitkräfte — an den Vorbereitungen zum Staatsstreich beteiligt.

Die eigentlichen Drahtzieher hinter dem Putsch waren einige der reaktionärsten Elemente des deutschen Monopolkapitals, Kohle- und Stahlbarone wie Hugo Stinnes und Albert Vögler und auf der anderen Seite die Großgrundbesitzer, Junker und Agrarkapitalisten, die östlich der Elbe über riesige Besitztümer verfügten. Diese konterrevolutionäre Allianz wollte die bürgerliche,von der SPD geführte Koalitionsregierung durch ein Militärregime ersetzen. Damit sollten die Macht der Monopolbourgeoisie und des Junkertums weiter gefestigt, alle Errungenschaften der Novemberrevolution weggefegt, und die Organisationen der Arbeiterklasse zerschlagen werden.

Der Putsch

In der Nacht vom 12. auf den 13. März marschierten die putschenden Reichswehrtruppen und die Freikorps gegen Berlin. Ihre Spitze bildete die für tausendfachen Arbeitermord verantwortliche Brigade Ehrhardt — mit den schwarz-weiß-roten Fahnen des Kaiserreichs und dem Hakenkreuz am Stahlhelm zog sie in die Hauptstadt ein. Die konterrevolutionären Verbände besetzten das Regierungsviertel, erklärten die Nationalversammlung für aufgelöst, die Regierung für abgesetzt und ernannten den Generallandschaftsdirektor Wolfgang Knapp zum neuen Kanzler.

Und die Reichsregierung? Sie war Hals über Kopf aus Berlin geflohen. Die Ebert, Noske und Co. suchten in Dresden Schutz beim General Maercker, einem alten Kampfgefährten Noskes aus den Tagen des blutigen Feldzugs gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung. Aber Maercker verweigerte ebenso wie die anderen Führer der Reichswehr mit dem General von Seeckt an der Spitze der Regierung den Gehorsam. Die bewaffneten Kräfte der Weimarer Republik gingen entweder zu den Putschisten über oder verhielten sich abwartend neutral. Für die Verteidigung der Republik jedenfalls verschwendeten sie keine Patrone. Und das war nicht zuletzt ein Ergebnis der verräterischen Politik der Ebert und Noske selbst. Sie hatten sich ja immer wieder dieser Truppen — einschließlich der Freikorps-Banden — bedient, um die Arbeiterklasse niederzuschlagen, mit dem einen Ziel: nach dem verlorenen Krieg die Macht des Monopolkapitals zu sichern und die Revolution zu verhindern. Und jetzt glaubten die reaktionärsten Kräfte des Kapitals, auf die Dienste dieser sozialdemokratischen Lakaien verzichten zu können — und jagten sie davon.

Generalstreik!

In dieser Situation erwies sich die Arbeiterklasse als die entschiedenste Verteidigerin der Demokratie. Sie besann sich auf die unbezwingbare Macht, die in ihrer Einheit liegt und stellte sich den Putschisten entgegen. Ihre erste mächtige Waffe, die sie gegen den Aufmarsch der Konterrevolution einsetzte, war der Generalstreik. Schon am 13. März, dem ersten Tag des Putsches, ruhte in vielen Betrieben und Ämtern die Arbeit. Am 15., einem Montag, dann wurde der Generalstreik allgemein. Insgesamt zwölf Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte beteiligten sich daran. Das war die gewaltigste Massenbewegung der Werktätigen in der deutschen Geschichte.

In nahezu allen größeren Städten wurden Demonstrationen und Kundgebungen gegen die Kapp-Putschisten durchgeführt. Nicht nur die Betriebe waren stillgelegt, auch der öffentliche Dienst kam zum Erliegen. Es fuhren keine Züge und Straßenbahnen mehr, die Stromversorgung und damit der Fernsprechverkehr brachen zusammen — all das störte die weiteren Aufmarschpläne der konterrevolutionären Truppen empfindlich. Es reichte jedoch nicht aus, um ihren Putsch völlig niederzuschlagen.

Zu dem Generalstreik hatten der ADGB, die Angestellten- und Beamtengewerkschaft sowie die drei Arbeiterparteien — SPD, USPD (eine linke Abspaltung der SPD mit großem Einfluß im Industrieproletariat) und KPD — aufgerufen. Aber nur die KPD wies den Werktätigen die richtigen und notwendigen Schritte für eine siegreiche Niederwerfung des Putsches. Während die anderen Parteien und die von der SPD beherrschten Gewerkschaften im allgemeinen erstens den Widerstand auf einen passiven Streik beschränken und zweitens den Kampf auf die Wiedereinsetzung der alten bürgerlichen Koalitionsregierung begrenzen wollten, sagte die KPD den Werktätigen, „daß ihr nicht kämpfen könnt für eine Wiederaufrichtung der Blutherrschaft der Noske-Ebert-Bauer".

Es gelte vielmehr, im entschiedenen Kampf gegen die Putschisten die Positionen der Arbeiterklasse zu festigen und zu erweitern. Als die beiden wichtigsten Schritte nannte die KPD:

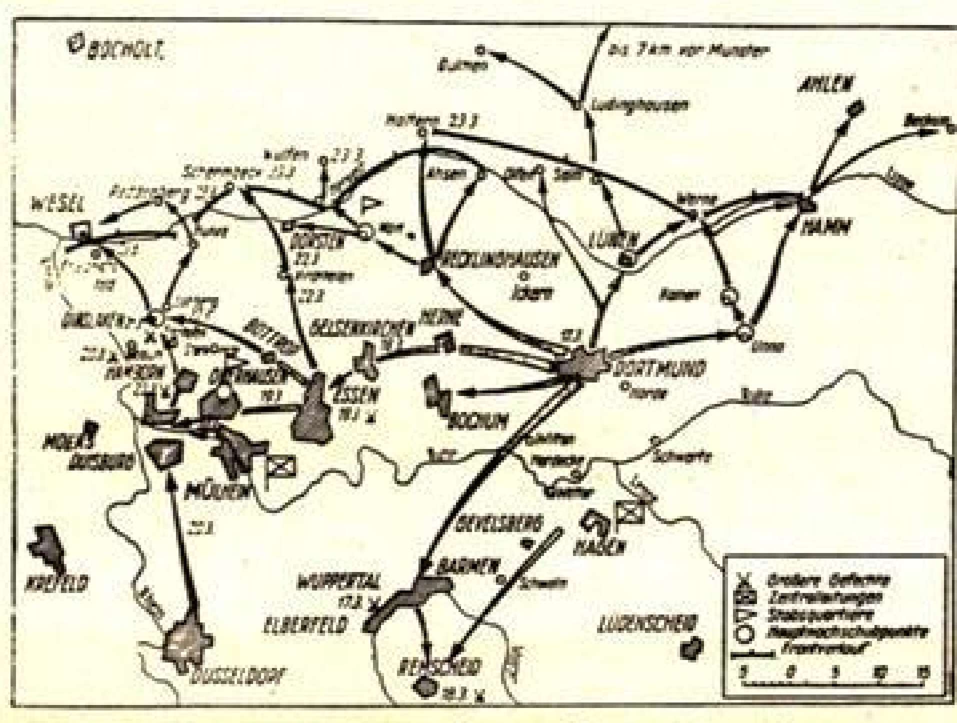
- **die Wahl von Betriebsräten und darüber hinaus von Aktionsausschüssen auf örtlicher und regionaler Ebene als Kampforgane der Arbeiterklasse und der übrigen werktätigen Massen,**
- **die Entwaffnung der Konterrevolution und die Bewaffnung des Proletariats.**

Diese Forderungen der KPD knüpften unmittelbar an die Erfahrungen der Novemberrevolution an; sie entsprachen dem Denken und Fühlen breiter Schichten der Arbeiterklasse. Und überall dort, wo sich eine solche revolutionäre Linie gegen den Widerstand der rechten SPD- und USPD-Führer durchsetzen konnte, wurden schnelle Siege in der Niederwerfung der Kapp-Leute errungen.

Bewaffneter Widerstand

Als Beispiel dafür können die mitteldeutschen Industriereviere gelten. In den meisten Gegenden wurden dort Aktionsausschüsse aus Vertretern der drei Arbeiterparteien gebildet. In Chemnitz (heute Karl-Marx-Stadt) etwa wurde ein örtlicher Vollzugsrat gewählt, dessen Mitglieder fast zur Hälfte der KPD angehörten. Unter seiner Führung bewaffneten sich 3 000 Arbeiter, besetzten die öffentlichen Gebäude und säuberten die Stadt und ihre weitere Umgebung von Einheiten der Konterrevolution. In Gotha hatten ebenfalls bewaffnete Arbeiter gemeinsam mit Polizeitruppen die Kontrolle über die Stadt übernommen. Sie wurden jedoch von schwerbewaffneter Reichswehr aus ihren Stellungen gedrängt. Daraufhin eilten ihnen bewaffnete Einheiten aus den Industriedörfern des Thüringer Walds zu Hilfe. In langen und blutigen Kämpfen gelang es den Arbeitern, die Stadt Gotha wieder zu befreien.

Ähnliche Kämpfe spielten sich fast überall in Mitteldeutschland ab. Dabei muß gesagt werden, daß dort, wo die Konterrevolution nicht auf den bewaffneten Widerstand der Arbeiter stieß, der Putsch keineswegs unblutig ablief. Die konterrevolutionären Banden begnügten sich nicht damit, strategische Punkte zu besetzen. Als geschworene Feinde des Proletariats ließen sie keine Gelegenheit zu blutigen Rachefeldzügen durch die Arbeiterviertel verstreichen. Unzählige Tote kostete der weiße Terror schon in den ersten Tagen des Putsches. Der bewaffnete Widerstand war also für die proletarischen Massen eine Frage auf Leben und Tod.



Der Vormarsch der Roten Armee bis zum 23. März 1920

Und wenn über diesen Widerstand gesprochen wird, dann dürfen die Landarbeiter von Mecklenburg nicht vergessen werden. Ihr heldenmütiger Kampf war ein Ruhmesblatt in der Niederwerfung der Putsches durch die einheitlich handelnde Arbeiterklasse. Die großen Güter in Mecklenburg waren samt und sonders Nester der Konterrevolution. Hier lagen die Einheiten der Freikorps und warteten auf die Marschbefehle in die Industriezentren des Reiches. Die Landarbeiter von Mecklenburg griffen die konterrevolutionäre Bestie direkt in ihren Nestern an. Es gelang ihnen, eine Reihe von Freikorps unschädlich zu machen oder ihren Abtransport zu verhindern sowie große Mengen von Waffen und militärischem Gerät zu erbeuten. All das war eine unschätzbare Hilfe für die schwer kämpfenden Klassenbrüder in den industriellen Ballungsgebieten.

Die Rote Ruhrarmee

Und dort, wo sich das deutsche Industrieproletariat in seiner größten Konzentration zusammenballte, hatten die Kämpfe gegen die Konterrevolution auch ihren Höhepunkt — im Ruhrgebiet. Als sich der General von Watter anschickte, dieses Gebiet militärisch zu besetzen (übrigens mit der Unterstützung von Angehörigen der gerade gestürzten SPD-Regierung), schlug das Ruhrproletariat mit einer solchen Wucht zurück, daß sich die Truppen der Konterrevolution bald in heilloser Flucht befanden. Über den Beginn der Kämpfe an der Ruhr berichtete die Zeitung „Ruhr-Echo":

„Am 15. März 1920, 10 Uhr vormittags, erschien die Batterie des Hauptmanns Hasenclever auf dem Bahnhof in Wetter an der Ruhr. Der örtliche Aktionsausschuß — zusammengesetzt aus Sozialdemokraten und Unabhängigen — interpellierte den Hauptmann: ‚Auf welchem Boden steht das Militär?' Und da fiel das folgenschwere Wort, an dem der ganze Ausgang der Abwehraktion im Ruhrkohlengebiet hing: ‚Wir kommen im Auftrag des Generalleutnants von Watter, und der steht auf dem Boden des Generalleutnants von Lüttwitz!' Da begann ein Kampf, wie er in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung nie erreicht war. Mit wenigen Gewehren griffen die Arbeiter an. Das gebirgige Gelände war ihnen günstig. Hinter jedem Stein und Baum, in jedem Strauch und Versteck knallte der rote Tod. Da kamen die Arbeitsbrüder von Bommern, Volmarstein, Wengern, Hagen, Witten, aus nah und fern, in den Händen die gerade erbeutete Waffe. Und als der mörderische Kampf vorüber war, da lag auf dem Bahnhof die Hoffnung der Kapp-Lüttwitz-Watter, erschlagen, geschlagen von wildauflodernder proletarischer Begeisterung. 64 Tote, darunter vier Offiziere — auch der Hauptmann Hasenclever — hundert Gefangene! Aber auch die Arbeiter trugen sieben ihrer Besten zu Grabe."

Dieser Kampf war die Geburtsstunde der Roten Ruhrarmee, einer bewaffneten Formation der Arbeiterklasse, die schließlich auf 100 000 Mann anwuchs. Ihr erster Kampfstab stand in Hagen. Er organisierte die Aufstellung von Kompanien und Bataillonen, die Einrichtung von Werbebüros in den Städten und Dörfern des Ruhrgebiets. Eingestellt wurden übrigens nur solche Arbeiter,die erstens Mitglied einer der Arbeiterparteien und/oder der Gewerkschaften waren und zweitens über militärische Erfahrungen verfügten. Die unteren Kommandeure der Roten Armee wurden von den Mannschaften gewählt, die oberen von den zentralen politischen Leitungen (die sich aus Vertretern der Arbeiterparteien zusammensetzten) bestellt.

Woher hatte diese Armee der Arbeiterklasse ihre Waffen? Zur Grundausrüstung gehörten die einfachen Gewehre, die viele Proletarier versteckt hielten. Weitere Waffen beschaffte man sich durch die Entwaffnung der reaktionären Bürgerwehren in den Städten. Der größte Teil jedoch wurde im Verlauf der Kämpfe von den konterrevolutionären Truppen erbeutet.

Am 17. März greift die Rote Ruhrarmee Dortmund an. 10 000 Arbeiter sind an den schweren Kämpfen beteiligt und es gelingt ihnen, die Stadt von der bewaffneten Konterrevolution zu befreien. Am gleichen Tag wird die Reichswehr aus Remscheid vertrieben. Die Rote Armee rückt über Bochum auf Essen vor. In erbitterten Kämpfen wird die Metropole des Ruhrgebiets von den Arbeitern eingenommen. Und bis zum 23. März ist fast das gesamte Ruhrgebiet von der Konterrevolution gesäubert.

Der Putsch bricht zusammen

Unter der vom Klassenfeind nicht erwarteten Wucht des proletarischen Massenkampfes im Ruhrgebiet und im übrigen Reich spitzen sich die Widersprüche im Lager der Bourgeoisie weiter zu. Bedeutende Monopolgruppen, etwa die Großchemie, rücken öffentlich von den Putschisten ab, erkennen den Generalstreik an und erklären sogar ihre Bereitschaft, die Streiktage zu bezahlen. Am 17. März muß die Kapp-Regierung abdanken. Ihre Führer fliehen ins Ausland.

Die deutsche Arbeiterklasse hat in ihrem entschlossenen und einheitlichen Kampf einen glänzenden historischen Sieg errungen. Und sie hatte durch diesen Sieg das Kräfteverhältnis im Klassenkampf zu ihren Gunsten verändert. Jetzt galt es, den Sieg zu festigen und zur vollständigen Niederschlagung der Konterrevolution überzugehen. Unter dem Druck der proletarischen Massen trat die Führung des ADGB in Verhandlungen mit der alten Ebert-Regierung ein und legte dabei ein Neunpunkteprogramm vor, in dem unter anderem gefordert wurde: Einflußnahme der Gewerkschaften auf die Bildung der neuen Regierung, Entwaffnung aller putschistischen Truppen und Auflösung aller konterrevolutionären militärischen Verbände, Rücktritt Noskes, Säuberung der Verwaltungen von reaktionären Elementen, neue Sozialgesetze, Sozialisierung „der dafür reifen Wirtschaftszweige", Übernahme des Sicherheitsdienstes durch die Arbeiterwehr.

Als sich die Regierungsparteien für die Durchsetzung dieser Forderungen einzusetzen versprachen, wurde der Generalstreik sowohl von der Führung des ADGB wie auch von den Vorständen der SPD und USPD für beendet erklärt. **Das war eine für die deutsche Arbeiterbewegung überaus verhängnisvolle Entscheidung.** Denn die neugebildete Koalitionsregierung unter dem SPD-Kanzler Müller gab zwar Gustav Noske, dem unter allen Werktätigen verhaßten Arbeitermörder, den Abschied. Ansonsten dachte sie jedoch nicht daran, auch nur eine einzige Forderung der Gewerkschaften zu erfüllen.

Bestrafung der Putschisten?

Die Ebert und Co. machten den General von Seeckt, der ihnen gerade erst den Gehorsam verweigert hatte, zum obersten Militärbefehlshaber. Auflösung der konterrevolutionären Verbände? Das blutgierige Gesindel der Freikorps wurde in den Dienst der neuen Regierung gestellt — zur Niederschlagung des revolutionären Proletariats. Nicht die Konterrevolution beseitigen, sondern im Auftrag des Monopolkapitals die revolutionäre Arbeiterbewegung (die man eben noch gegen Kapp zur Hilfe gerufen hatte) vernichtend niederzuwerfen — das war die Absicht der neuen Koalitionsregierung.

Kampf gegen den Verrat

Angesichts dieser Situation zum Abbruch des Generalstreiks aufzurufen, bedeutete, der Arbeiterklasse eine ihrer mächtigsten Waffen aus den Händen zu schlagen und sie dem neuen Ansturm der Konterrevolution auszuliefern. So haben die Streikbrecher in den Zentralen von ADGB, SPD und USPD eine schwere Schuld vor der Arbeiterklasse auf sich geladen. Einzig die KPD vertrat weiterhin die Interessen der Werktätigen Massen. Wilhelm Pieck, der als Vertreter der Parteiführung in der Essener Kampfleitung der Roten Ruhrarmee arbeitete, erkannte sehr klar, daß die Streikabbruch-Forderungen der revolutionären Bewegung einen entscheidenden Schlag versetzt hatten. Er trat zur Annahme der Waffenstillstandsbedingungen, die zwischen der Reichsregierung und den Kampforganen des Ruhrgebiets im sogenannten Bielefelder Abkommen ausgehandelt worden waren. Dieses Abkommen basierte im wesentlichen auf dem erwähnten Neunpunkteprogramm des ADGB. Es stellte zwar einen Kompromiß gegenüber den revolutionären Forderungen der Arbeiterklasse dar. Aber unter den gegebenen Bedingungen — vor allem durch die erneute Spaltung der Arbeiterklasse durch die Streikbruchpolitik der Opportunisten — war es nicht möglich, unmittelbar zum Kampf um die proletarische Diktatur überzugehen.

Wie beim Neunpunkteprogramm so stellte sich auch beim Bielefelder Abkommen an erster Stelle die Frage einer wirklichen Garantie dieses Abkommens durch die Reichsregierung. Wilhelm Pieck stellte im Essener Zentralrat, der Leitung des Ruhrkampfes, fest, daß die Weiterführung des bewaffneten Kampfes sinnlos sei, weil das Ruhrgebiet inzwischen schon vom übrigen Reich isoliert war, wo die Kämpfe weitgehend abgeflaut waren. **Auf der anderen Seite aber dürfe die Arbeiterklasse nicht die Waffen aus der Hand geben. Sie müsse die Regierung zur Durchführung des Bielefelder Abkommens zwingen und auf der anderen Seite auch für den Fall gerüstet sein, daß entgegen den Abmachungen die Reichswehr ins Ruhrgebiet einmarschieren würde.**

Diese Linie machte sich der Zentralrat insgesamt zu eigen. Aber obwohl er offiziell die Einstellung des bewaffneten Kampfes beschloß, brach die von den sozialdemokratischen Verrätern Ebert, Müller und Co. geführte Regierung brutal und mit kalter Absicht das Bielefelder Waffenstillstandsabkommen. Reichswehr, Sicherheitspolizei und Freikorps — darunter die Brigade Ehrhardt unter dem Hakenkreuz — werden von der Regierung gegen das Ruhrgebiet geworfen. Durch die Spaltertätigkeit der Opportunisten geschwächt und verwirrt, bringt die Wochen zuvor noch einige und darum siegreiche Arbeiterklasse jetzt nicht mehr die Kraft zum erfolgreichen Abwehrkampf auf. Was jetzt beginnt, ist ein Terrorfeldzug ohnegleichen, der die Massaker der Konterrevolution in all den Jahren davor weit in den Schatten stellt.

Der weiße Terror

Tausende von Proletariern, Männer, Frauen und Jugendliche werden von den weißen Banden erschossen, erschlagen oder zu Tode gefoltert. Noch einmal tobt sich die konterrevolutionäre Bestie aus, um sich an der Niederlage zu rächen, die ihr das heldenhafte Ruhrproletariat beigebracht hatte. Der gnadenlose Terror soll den Widerstand der Ruhrarbeiter auf immer brechen und sie zu gefügsamen Arbeitssklaven der Stinnes, Krupp und Thyssen machen. Und was nicht erschlagen und erschossen wird, das wandert auf Jahre hinaus in die Gefängnisse der „freiheitlich-demokratischen" Weimarer Republik.

Und die Kapp-Putschisten? Ihnen krümmen die Ebert und Müller kein Härchen. Nur ein einziger(!) von ihnen, Traugott von Jagow, wird zu ganzen fünf Jahren Festungshaft verurteilt. Die anderen Banditen werden entweder in den Dienst der Weimarer Republik gestellt, oder sie können — wie viele der Freikorps-Schlächter — ihre reichlich bemessenen Staatspensionen verzehren, bis ihre Zeit wiederkommt — bis sie wieder unter dem Hakenkreuz zum blutigen Feldzug gegen die Arbeiterklasse marschieren konnten.

Das Ergebnis der Märzkämpfe

Die revolutionären Massenkämpfe vom März 1920 waren die bisher bedeutendste proletarische Einheitsaktion in der deutschen Geschichte. Sie haben die Errichtung einer offenen Militärdiktatur verhindert und die Errungenschaften der Novemberrevolution verteidigt. Die Kämpfe bewiesen die gewaltige Kraft der Arbeiterklasse, wenn sie geschlossen und einheitlich handelt. Zudem ermöglichte es die kraftvolle Aktionseinheit der Arbeiter auch, nicht nur die übrigen werktätigen Schichten, sondern darüber hinaus auch breite Teile der Intelligenz und des demokratischen Bürgertums in die Kämpfe einzubeziehen.

Warum konnte der großartige Sieg über die Kappisten nicht ausgebaut werden? Das lag in erster Linie an der hier beschriebenen verräterischen Politik der sozialdemokratischen Führer in Partei und Gewerkschaft, die vollständig auf die Erhaltung der Macht des Monopolkapitals ausgerichtet war. Zudem zeigten die Führer der USPD starke Schwankungen und fielen in den entscheidenden Phasen des Kampfes der revolutionären Arbeiterbewegung in den Rükken. Auf der anderen Seite war die einzige Verfechterin der Interessen des Proletariats, die KPD, noch zu schwach, um ihre richtige revolutionäre Linie gegen den Widerstand der Verräter durchzusetzen.

Insgesamt haben die Märzkämpfe des Jahres 1920 den Reifeprozeß des deutschen Proletariats beschleunigt. Sie haben ihm nicht nur das Bewußtsein von der mächtigen Kraft vermittelt, daß in seiner Einheit liegt. Sie haben auch dazu beigetragen, den Prozeß der Loslösung der revolutionären Arbeiter von den opportunistischen Führern voranzutreiben. **Das wichtigste Ergebnis dieses Prozesses war noch im gleichen Jahr die Spaltung der USPD und der Übergang der revolutionären Mehrheit dieser Partei zur KPD. Damit war die KPD am Ende des Entscheidungsjahres 1920 zu einer wirklichen revolutionären Massenpartei geworden.**



Rotarmisten vor Wesel

„Der Spiegel" veröffentlichte Dokumente

Strauß finanziert Faschisten im Ausland

CSU-Boß für Militärputsch in Spanien

HAMBURG.— Franz Josef Strauß finanzierte in den letzten Jahren faschistische und extrem reaktionäre Gruppierungen in verschiedenen Ländern Europas. Das geht aus Dokumenten hervor, die der „Spiegel" in der letzten Woche veröffentlichte.

Nach Angaben des Nachrichtenmagazins hat der CSU-Chef 1977 mehrere führende Minister der faschistischen Franco-Diktatur in Spanien getroffen. Kontaktmann dabei war der Duzfreund des Kanzlerkandidaten und deutsche Honorar-Generalkonsul Juan Hoffmann. Die Kontakte fanden im Beisein von Hoffmann, der als Dolmetscher diente, und des Strauß-Referenten Dieter Huber statt. Huber trug dabei ein mit 100 000 Mark gefülltes Briefkuvert in der Tasche, aus dem er nach jeweiliger Anordnung von Strauß dessen faschistische Gesprächspartner auszahlte.

Der erste spanische Politiker, der eine solche Spende empfangen konnte (50 000 Mark), war der frühere Franco-Minister Federico Silva Munos. Den Rest konnte Cruz Martinez Esteruelas kassieren, ehemals Planungs- und Erziehungsminister der faschistischen Diktatur. Martinez ist unter anderem mitverantwortlich für die Ermordung von drei Genossen unserer spanischen Bruderpartei und zwei Genossen der ETA im September 1975.

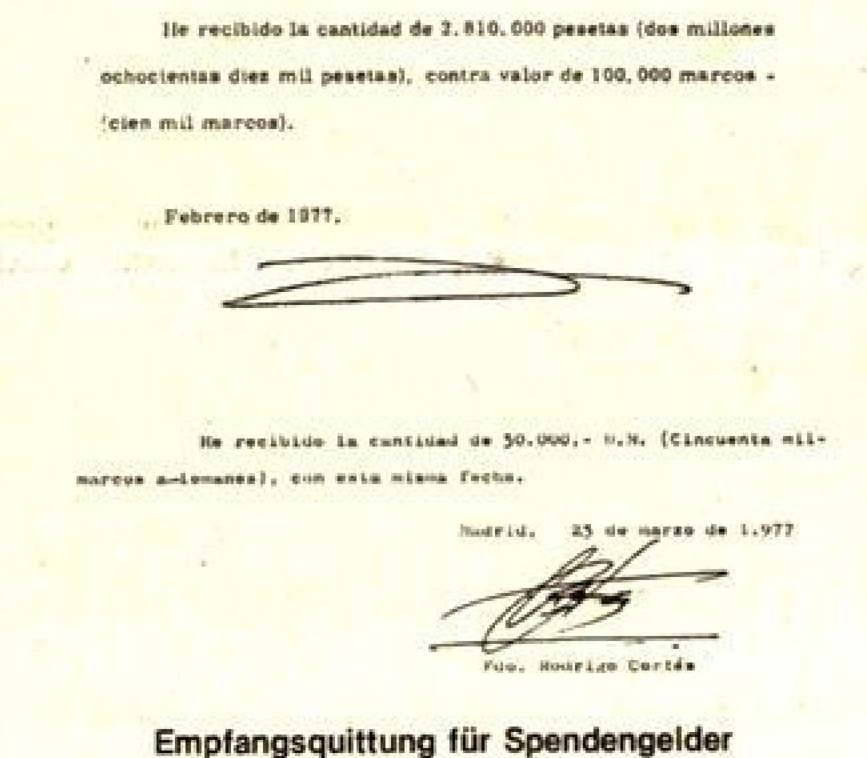
Ein weiterer Ex-Franco-Minister, der bei einer anderen Gelegenheit ebenfalls eine hohe Summe (mindestens 135 000 Mark) kassieren konnte, ist Manuel Fraga Iribarne. Auch er hat sich als Schlächter am spanischen Volk hervorgetan. Als Innenminister ließ er die Polizei auf streikende Arbeiter in Vitoria schießen. Das Ergebnis: fünf Tote und zahlreiche Verletzte.

Alle diese Figuren, in deren Taschen die Gelder der CSU flossen, haben eines gemeinsam: Sie versuchen auch im heutigen Spanien die Politik des Francismus fortzusetzen. Und genau das ist es auch, was der Kanzlerkandidat von ihnen erwartet und wofür er sie bezahlt. In den Gesprächen mit seinen Gesinnungsfreunden machte der CSU-Boß keinen Hehl daraus, daß ihm der Prozeß der „Demokratisierung" in Spanien zu weit geht. Der „Spiegel" zitierte ihn mit der folgenden Stellungnahme: „Notfalls müsse die Armee an die Macht". Und was ist das denn anderes, als die deutliche Aufforderung zu einem faschistischen Militärputsch?

Auch über Kontakte der Strauß-Partei zu portugiesischen Faschisten berichtete das Hamburger Nachrichtenmagazin. Genannt wurde Kaulza de Arriaga, der frühere Oberbefehlshaber der portugiesischen Kolonialtruppen in Moçambique. Auch er ein Massenmörder. In seine Verantwortung fällt unter anderem das grauenvolle Massaker an der Bevölkerung des Dorfes Wiriyamu in Moçambique. 400 Männer, Frauen und Kinder wurden dort von Kaulzas Truppen bestialisch niedergemetzelt. Für den Kanzlerkandidaten Strauß sind solche Verbrechen offensichtlich eine Empfehlung.

Angesichts dieser Sammlung von internationalen Massenmördern, mit denen sich Strauß umgibt und die er finanziert, darf natürlich auch der Oberst Alparslan Türkes nicht fehlen. Diesen Führer der türkischen Faschistenpartei MHP und ihrer Terrororganisation „Graue Wölfe" empfing Strauß am 28. April 1978 in München zu einer vertraulichen Unterredung.

Wie eine Spinne im Netz sitzt so der Mann, der in diesem Jahr Kanzler werden will, im Geflecht der europäischen Faschistenbanden. All diese Figuren verbindet der gemeinsame Haß auf die Arbeiterbewegung und die Bereitschaft, sie auch mit terroristischen Mitteln zu unterdrücken. Strauß, dem Kumpanen des internationalen Faschismus, muß der Weg verlegt werden! **Stoppt Strauß!**



He recibido la cantidad de 2.810.000 pesetas (dos millones ochocientas diez mil pesetas), contra valor de 100.000 marcos - (cien mil marcos).

Febrero de 1977.

He recibido la cantidad de 50.000.- D.M. (Cincuenta mil marcos a-lemanes), con esta misma fecha.

Madrid, 25 de marzo de 1.977

Fdo. Rodrigo Cortés

Empfangsquittung für Spendengelder

Rassistische NS-Politik wird in Bayern fortgeführt

Zigeuner kündigen Hungerstreik in Dachau an

Gegen das „verbrecherische Wirken" der Behörden

MÜNCHEN. — Die Sinti — wie sich die deutschsprachigen Zigeuner nennen — wehren sich zunehmend gegen die rassistischen Praktiken der bayrischen Behörden. Romani Rose, stellvertretender Vorsitzender des „Verbandes der Sinti Deutschlands", hat jetzt für die Karwoche einen Hungerstreik von 20 Angehörigen seines Volkes auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Dachau angekündigt.

Was im Land des Kanzlerkandidaten Strauß von den Sinti gehalten wird, kann man beispielsweise in der bayrischen Zeitschrift „Die neue Polizei" nachlesen. Da schreibt ein Kriminalsekretär Uschold, „zigeunerische Personen" seien „weitgehend kriminell und asozial", ihre Glaubwürdigkeit entspräche „etwa der eines chronisch verlogenen Kindes", ihre Kinder würden „zu Bettel und Diebstahl angehalten" usw. Sogar die „Süddeutsche Zeitung" verglich diese rassistischen Ausfälle mit dem Nazi-Organ „Stürmer".

Eine halbe Million Zigeuner haben die Faschisten in ihren KZs ermordet. Aber kein einziger der für diesen Völkermord verantwortlichen Verbrecher ist von einem westdeutschen Gericht verurteilt worden. Romani Rose wandte sich auf einer Pressekonferenz in der vergangenen Woche gegen das „verbrecherische Wirken" der sogenannten Landfahrerzentrale in München. Diese Behörde hat bis 1970 die Aktensammlungen der Hitler-Diktatur über die Sinti weitergeführt und noch vervollständigt. Das allein ist schon ein unglaublicher Skandal. Aber es kommt noch schlimmer.

Wie Rose nachwies, sind in vielen Fällen Wiedergutmachungsanträge von Zigeunern durch die gleichen Personen bearbeitet worden, die früher an der Einweisung der Sinti in die Konzentrationslager mitgewirkt haben. Denn von der „Landfahrerzentrale" fordern Wiedergutmachungsämter im gesamten Bundesgebiet Auskünfte über Zigeuner an, die Anträge auf Wiedergutmachung gestellt haben. In ihren „Gutachten" für die Ämter führen bayrische Kriminalbeamte aus der „Landfahrerzentrale" beispielsweise die Flucht von Sinti vor dem Nazi-Regime oder die Annahme von falschen Namen mit dem Zweck, sich der faschistischen Verfolgung zu entziehen, als kriminelle Delikte.

Mit diesen Praktiken, die in der direkten Nachfolge der rassistischen NS-Politik stehen, muß Schluß gemacht werden! Seit langem schon fordert der „Verband der Sinti Deutschlands" vom bayrischen Innenministerium, daß den Machenschaften der „Landfahrerzentrale" ein Riegel vorgeschoben wird. Der angekündigte Hungerstreik soll diese Forderung unterstreichen.

Nun werden schon Soldaten eingesetzt

Die Hamburger Krankenhaus-Katastrophe

Volkskorrespondenz aus Hamburg

In Hamburg hat sich die schon lange gespannte Lage in den Krankenhäusern so katastrophal zugespitzt, daß nun mit dem Einsatz von Bundeswehrsoldaten der Notstand offiziell eingestanden werden mußte: Seit dem 16. Februar sind 63 Bundeswehrsoldaten in zehn staatlichen Krankenhäusern im Einsatz. Sie sollen sechs Wochen lang bleiben. Ändern wird ihr Einsatz an der Misere jedoch letztlich nichts.

Die Hamburger Krankenhauskapazität — vor allem in der Inneren Medizin — reicht nicht aus, um den Patientenandrang zu fassen. Auch die Einrichtung von Notstationen, die Überbelegung der bestehenden Stationen, sowie die Abschiebung von Patienten in entfernte Kliniken wie Geesthacht oder die Verlegung in andere Fachabteilungen haben keine spürbaren Erleichterung gebracht.

Leidtragende dieser Zustände sind die Patienten und das Personal der Krankenhäuser. Im Allgemeinen Krankenhaus Barmbek etwa lagen todkranke Menschen in Notbetten auf dem Flur der medizinischen Aufnahmestation. Akut- und Schwererkrankte müssen oft tagelang auf die Aufnahme in das Krankenhaus warten.

In einer „Stellungnahme von Beschäftigten in Hamburger Krankenhäusern" heißt es: „Eine humane Patientenversorgung ist nicht nur jetzt im Winter, sondern auch während des ganzen Jahres nicht möglich. Die erhebliche Verkürzung der Krankenhausverweildauer, damit verbundene gestiegene Arbeitsbelastung bei gleichzeitiger Personalreduzierung und Zunahme der Funktionsdiagnostik (zum Beispiel EKG, Sonographie, Gastroskopie) zwingt uns dazu, den Patienten in kürzester Zeit durch zahlreiche Untersuchungen zu schleusen, läßt uns trotz zahlreicher Überstunden keine Zeit für eine persönliche Patientenbetreuung. Diese extreme Arbeitsüberlastung von Ärzten und Pflegepersonal führt verständlicherweise zu einer hohen Ausfallquote bis über 20 Prozent. Wäre unsere offiziell angezweifelte Motivation nicht immer wieder so groß, würde der Krankenhausbetrieb stellenweise zusammenbrechen."

Die Situation in den Hamburger Krankenhäusern hat sich nicht von heute auf morgen so zugespitzt. Sie ist das Resultat einer jahrelangen Sparkampagne, der seit 1976 bereits über 2000 Krankenhausbetten zum Opfer fielen. Fester Bestandteil der Rationalisierungen sind natürlich enorme Personaleinsparungen und die Verkürzung der Verweildauer der Patienten in den Krankenhäusern. — Dabei ist das vorgesehene Bettenabbau-Soll noch gar nicht erreicht worden: Sollten ursprünglich 6200 Betten vernichtet werden, so „korrigierte" der Hamburger Senat die Zahl auf 3800.

Der Bettenabbau, festgeschrieben im sogenannten Krankenhausbedarfsplan, wird von allen Parteien getragen. Die Verantwortlichen sind bis heute noch nicht zur Verantwortung gezogen worden. Die Gesundheitssenatorin Helga Elstner, die politisch für die Krankenhausbedarfsplanung verantwortlich ist, kontert Forderungen nach ihrem Rücktritt mit der beschwichtigenden Formel: „Wir werden alles untersuchen."

Der Widerstand gegen die unhaltbaren Zustände in den Hamburger Krankenhäusern jedoch wächst, wenn auch noch weitgehend unorganisiert. Die örtliche Führung der ÖTV hätte in dieser Situation die Chance und die Pflicht, den Kampf zu organisieren. Doch außer einigen lahmen Kommentaren in der Presse ist nicht viel geschehen. Die Kollegen wurden abgefertigt mit der Auskunft: wir können nichts sagen, wir stehen in Verhandlungen, halt dich an deinen Vertrauensmann. Die Vertrauensleute allerdings wußten auch nichts und wurden genauso hingehalten. Man hört und sieht nichts von der Bezirksverwaltung der ÖTV.

Angesichts der Untätigkeit der ÖTV-Bezirksbonzen ist nun der Personalrat des Allgemeinen Krankenhauses Heidberg aktiv geworden: Unterschriftenlisten, verbunden mit einer Stellungnahme wurden an alle Personalräte der Krankenhäuser geschickt. Die Listen sollen dann weitergeleitet werden an die Gesundheitsbehörde und die Presse.

„Hamburg verfügt über ein Gesundheitswesen von einer Qualität und Quantität, von dem andere nur träumen können." *(Gesundheitssenatorin Elstner am 13. Februar vor der Hamburger Bürgerschaft)*

„Hier ist die Hölle los. Die medizinische und pflegerische Betreuung ist gefährdet." *(Ein Kollege des Allgemeinen Krankenhauses Heidberg)*



Auf dem Flur der Aufnahmestation des Allgemeinen Krankenhauses Barmbek: Patienten „Vierter Klasse". Schuld an den katastrophalen Zuständen sind die verbrecherischen Rationalisierungsmaßnahmen.

Auf der am 29./30. Januar in Mannheim begonnenen Bezirkskonferenz der ÖTV konnte sich der Bezirksleiter Willi Müller nur knapp behaupten. Drei Wahlgänge waren notwendig, bis er es endlich schaffte, die zum Bezirksleiter nötige Stimmenzahl zu bekommen.

Bezirksleiter beinahe abgewählt

ÖTV-Bezirkskonferenz Baden-Württemberg 1980

Volkskorrespondenz aus Karlsruhe

Der erste Tag der Konferenz war durch massive Kritik an Müllers Person gekennzeichnet. Ihm wurde vorgeworfen zuviel Verwaltung im Vorstand zu betreiben, anstatt sich tatsächlich für die wichtigen Probleme der ÖTVler zu engagieren; die Voraussetzungen für eine aktive Jugendarbeit fehle; gegen den Extremistenbeschluß wäre er nur kläglich vorgegangen. Diese und ander Kritiken bildeten den Schwerpunkt bei der Aussprache über den Tätigkeitsbericht des Bezirksvorstandes.

Als es am Abend des ersten Tages dann zur Wahl des Bezirksleiters kam, war die Freude der zu der bisherigen Politik oppositionell eingestellten Kollegen groß, als das Ergebnis des ersten Wahlgangs bekanntgegeben wurde:

Von 185 stimmberechtigten Delegierten gaben 173 Delegierte ihre Stimmzettel ab. Für die Wahl Müllers zum Bezirksleiter stimmten 88 Delegierte mit ja, 70 Delegierte mit nein, 15 Delegierte enthielten sich der Stimme.

Für die Wiederwahl waren jedoch die Mehrheit der stimmberechtigten Delegierten, also 93 erforderlich. Damit war Müller **nicht** gewählt.

Jetzt kam Hektik in den vorderen Reihen und am Tisch des Präsidiums auf. Damit hatte keiner gerechnet. Ein Gegenkandidat mußte aufgestellt werden. Auf Vorschlag einiger Delegierter erklärte sich Müllers Stellvertreter Arndt bereit gegen Müller im zweiten Wahlgang anzutreten. Sicherlich, Arndt betreibt im Grunde die gleiche Politik wie Müller und war somit auch keine klassenkämpfrische Alternative, jedoch hat er bei vielen Kollegen das Image eines kämpferischen Kollegen, der sich von den Bossen nicht so leicht einsacken läßt.

Das Ergebnis des zweiten Wahlgangs: Bei einer Enthaltung stimmten 89 Kollegen für Müller und 81 für Arndt. Zwei wählten ungültig.

Somit war Müller wieder **nicht** gewählt. Infolge seiner stimmenmäßigen Niederlage zog Arndt seine Gegenkandidatur zurück und trat nicht mehr zum dritten Wahlgang an. Dieser Rückzug brachte ihn um viele Sympathien bei den Kollegen, die ihn gewählt hatten.

Somit war dann für Müller im dritten Wahlgang der Weg frei, sich erneut zum Bezirksleiter wählen zu lassen. Das endgültige Ergebnis: Bei 24 Enthaltungen gab es 106 Ja-, 42 Nein- und eine ungültige Stimme.

Bei den Beratungen über die Anträge am 30. Januar in Mannheim und am 13. Februar in Stuttgart (aufgrund der Masse von Anträgen wurden die Beratungen am 13. Februar in Stuttgart fortgesetzt) konnten teilweise sehr gute Anträge durchgebracht werden. Bei dem Bereich allgemeine Gewerkschaftspolitik wurde der Antrag der Kreisdelegiertenkonferenz Stuttgart über CSU und Einheitsgewerkschaft mit überwältigender Mehrheit angenommen. In diesem Antrag wurden die Spalterpläne von Strauß und seiner CSU zurückgewiesen und die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Einheit „über die Vielfalt der politischen Auffassungen hinaus" hervorgehoben.

Ebenso eindeutig wurde ein Antrag gegen die verstärkten neonazistischen Aktivitäten angenommen, in dem u.a. von der ÖTV gefordert wird: „Insbesondere zu neonazistischen Großveranstaltungen sollten parallel Demonstrationen und öffentliche Kundgebungen stattfinden". Einstimmig wurde auch ein Antrag angenommen, indem die seitens der CSU vorgebrachten Vergleiche von NSDAP und Sozialisten zurückgewiesen wurden.

Wenn auf dieser Konferenz auch viele gute Anträge nicht angenommen wurden, zum Beispiel zur Kernenergiefrage oder zu den Unvereinbarkeitsbeschlüssen, so zeigte sich doch an der Art der Behandlung der Vielzahl von Anträgen, sowie an der massiven Kritik am Bezirksleiter Müller, daß innerhalb unserer Gewerkschaft eine oppositionelle Bewegung vorhanden ist, die mit der weiteren Verschärfung des Klassenkampfes den reformistischen Weg der jetzigen Gewerkschaftsführer nicht mitgehen wird.

Prozeß mit Neonazi Deckert

Antifaschistisches Flugblatt verboten

Volkskorrespondenz aus Weinheim

„Den Antragstellern wird verboten, das Flugblatt mit der Überschrift ‚NPD-Stadtrat Deckert läßt auf eine Frau einschlagen' weiter zu verbreiten" — So lautet das Urteil, das Richter Hwister am Weinheimer Amtsgericht am 21. Februar verkündete. Was sind die Hintergründe für dieses Urteil?

In dem verbotenen Flugblatt heißt es unter anderem:

„Was ist am 18. Januar gegen 19.30 Uhr auf dem Weinheimer Marktplatz passiert?

An diesem Abend ‚gedachte' die NPD/NJ, mit Stadtrat Deckert an der Spitze, der Reichsgründung 1871 und formierte sich zu dieser Zeit an der Kirche zur Fackelkundgebung. Eine 31jährige Frau beobachtete vom Fenster einer Gaststätte, wie ein Auto nach dem anderen vom Deckert-Trupp auf dem Marktplatz geparkt wurde. Wohlgemerkt, zu diesem Zeitpunkt bestand das Parkverbot nach 18.00 Uhr auf dem Marktplatz noch!

In der Gaststätte wurden Stimmen gegen dieses ordnungswidrige Verhalten laut. Auch erinnerte sich die junge Frau daran, daß im Oktober bei einer von ihr organisierten Filmveranstaltung für ausländische Mitbürger im AWO-Raum sehr schnell die Polizei wegen Falschparkens da war. Eine Nachfrage bei der Besatzung des Streifenwagens ergab, daß keine Sonder-Parkerlaubnis erteilt wurde.

Um diesen Vorgang dokumentieren zu können, ging diese Frau, aktives SPD-Mitglied, zuerst wieder in die Gaststätte zurück und danach alleine über den Marktplatz, um sich einige Autokennzeichen zu notieren.

Sofort wurde sie von einem NPDler in schwarzer Lederkleidung und langen Haaren mit einem Fackelgriff traktiert und Sekunden später von einem Greiftrupp umringt, der sie festhielt und auf sie einschlug; ebenso wurde versucht, ihr den Notizblock zu entwenden. Nachdem sie von einem Schläger den Satz hörte: ‚Macht sie fertig', schrie sie laut um Hilfe.

Ihr zu Hilfe eilende Zuschauer, die am Marktplatzbrunnen standen, wurden jedoch auch von dem Greiftrupp, auch Deckert darunter, mit Faustschlägen, Stockschlägen und Fußtritten behandelt.

Bei diesem Überfall erlitt die junge Frau Schädel- und Rippenprellungen. Einen jungen Mann, der sie aktiv verteidigte, richtete man ebenfalls so zu, daß er ebenfalls ins Krankenhaus gebracht werden mußte."

Außer dem zitierten Vorfall stellte das Flugblatt noch weitere Schlägereien und Einschüchterungsversuche seitens Deckert und seiner Kumpane dar. Das Flugblatt war nun dem NPD-Stadtrat und Oberstudienrat Deckert ein Dorn zuviel im Auge. Er rief die Justiz um Hilfe an.

In der Verhandlung zeigte nun die Justiz, auf wessen Seite sie steht. Deckert konnte sich wohl vertraulich ans Gericht wenden. „Im Namen des Volkes" darf nun der Stadtjugendring einen Großteil der Gerichts- und Anwaltskosten bezahlen. Die Antifaschisten aus Weinheim jedoch werden dieses Urteil nicht hinnehmen.



Schon im September 1979 kam es in Weinheim zu Auseinandersetzungen mit der NPD. Ein Antifaschist wurde krankenhausreif geschlagen.

Tanzveranstaltung der DAFG

Die Deutsch Albanische Freundschaftsgesellschaft e.V. lädt ein zum Tanz am Sonnabend, den 15. März 20 Uhr. Bürgerhaus Weserterrassen, Osterdeich 70b, Bremen.

Es spielt die Musikgruppe „Ruhrwerk" aus Bochum. Zu Beginn der Veranstaltung tritt das Kabarett „Die Bremer Stadtquerulanten" auf.

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

- ☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML
- ☐ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren
- ☐ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"
- ☐ Ich möchte Mitglied der KPD/ML werden.

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... Unterschrift: ....

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30

In dieser und den folgenden Nummern des RM bringen wir eine Artikelserie über die wachsende Kriegsgefahr. In dieser Serie wird ausgehend von der „Mittelost-Krise" die gegenwärtige internationale Lage — vor allem in Hinsicht auf die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten — analysiert und der revolutionäre Ausweg für die werktätigen Massen dargestellt.

Sterben für die USA?

Der wachsenden Kriegsgefahr begegnen!

Die Kriegsgefahr wächst. 58 Prozent der Bundesbürger halten — laut Meinungsumfrage — einen neuen Weltkrieg in absehbarer Zeit für wahrscheinlich oder möglich. Den dritten Weltkrieg in diesem Jahrhundert. Die Aggression der sowjetischen Sozialimperialisten gegen Afghanistan nutzend, begannen die USA-Imperialisten ihre Einmischungs- und Unterdrückungspolitik gegen die arabischen Staaten zu verschärfen und im eigenen Land eine Art Kriegshysterie zu schüren.

Oder was soll es anderes sein, wenn Sänger im amerikanischen Funk und Fernsehen fordern: „Let's not shuck and let's not jive, let's drop what we dropped in 45" (Laßt uns nicht lange fackeln, werfen wir doch, was wir '45 geworfen haben) oder „Let's make Islamic Atomic" (Laßt uns den Islam atomisieren). Wenn iranische Studenten verfolgt, verprügelt oder ausgewiesen werden. Wenn durch das vorübergehende Abschalten des Computers das Radarsystem auf dem Kennedy-Flughafen in New York eine „Iljuschin 62" mit 124 Passagieren an Bord an den Rand des Absturzes gebracht wurde. Wenn Bomben in sowjetischen „Aeroflot"-Büros in Manhattan detonieren. Wenn es in Lake Placid zu Brandanschlägen auf das Hotel der IOC-Leitung kam. Wenn Präsidentschaftskandidat Ronald Reagan eine Blockade Kubas fordert und verkündet,unter einem Präsidenten seiner Partei würde keine amerikanische Flagge mehr in den Schmutz gezogen werden.

Was ist es, das die herrschenden Kreise der Vereinigten Staaten so reagieren ließ, daß man sich in die Zeiten des sogenannten „Kalten Krieges" eines John Forster Dulles „immer hart am Rande des Abgrunds" zurückversetzt fühlt. Die sowjetische Aggression in Afghanistan? Untersuchen wir, was es damit auf sich hat.

Der Überfall auf Afghanistan

Wie auch schon der Überfall der Sowjetunion auf die Tschechoslowakei im Jahre 1968, ist der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan ein barbarischer kriegerischer Akt, der das imperialistische Wesen der Machthaber im Kreml erneut entlarvt. **Er zeigt in aller Klarheit, daß die herrschende Klasse der Sowjetunion an Brutalität und Menschenverachtung in nichts den Imperialisten des Westens, dem USA-Imperialismus nachsteht, daß sie jederzeit bereit ist, sollte sich die Gelegenheit als günstig erweisen, mit Waffengewalt in andere unabhängige Staaten einzufallen.**

So wurde denn die sowjetische Aggression auch von der weit überwiegenden Mehrheit, von 114 der UNO-Mitgliedstaaten verurteilt. Was aber ist es, das die Sowjetunion zu ihrer Verteidigung, zur Rechtfertigung ihres nicht abstreitbaren Überfalls auf Afghanistan anführt? Was ist es, das die Eurorevisionisten sich in die Haare geraten ließ, so daß der Italiener Berlinguer und der Spanier Carillo den Einmarsch der Sowjettruppen in Afghanistan gemeinsam verurteilten, während der französische Revisionisten-Chef Marchais ihn rechtfertigte. Es ist die vorgeschobene, leicht durchschaubare Behauptung: Die Sowjetunion habe sich zum Einmarsch gezwungen gesehen, da:

1. sie vom afghanischen „Volk" zu Hilfe gerufen worden sei und sich deshalb genötigt gesehen habe, ihrer Verpflichtung nachzukommen, um eine ähnliche Entwicklung wie in Chile zu verhindern;

2. die Sicherheit der Sowjetunion gefährdet gewesen sei, weil die Imperialisten die Absicht gehabt hätten, Afghanistan in ihren Stützpunkt zu verwandeln.

Das sind auch die Vorwände, mit denen die DKP-Revisionisten hier bei uns hausieren gehen, wobei sie natürlich voraussetzen, bei der Sowjetunion handele es sich um ein sozialistisches Land. Doch selbst unter dieser Voraussetzung werden die Vorwände nicht glaubwürdiger.

Sicher, unter bestimmten Umständen kann es die Pflicht eines sozialistischen Staates sein, einem sozialistischen Bruderland, einer siegreichen sozialistischen Revolution, — wenn sie durch aggressive äußere Einmischung gefährdet sind, — mit Waffen und Truppen zu Hilfe zu eilen. Das gilt auch, wenn es sich bei dem Nachbarland um einen nichtimperialistischen, mit keinem imperialistischen Staat verbundenen, unabhängigen Staat handelt, der von einer imperialistischen Großmacht angegriffen wird.

Doch waren diese Verhältnisse in Afghanistan etwa gegeben? Wurde Afghanistan durch eine imperialistische Großmacht angegriffen? Nein! War es ein sozialistisches Bruderland? Sicherlich nicht! Hatte dort eine sozialistische Revolution gesiegt, die es zu sichern galt? Genau so wenig!

Revolution oder Putsch?

Was es im April 1978 in Afghanistan gegeben hatte, war weder eine bürgerlich-demokratische noch gar eine sozialistische Revolution, sondern schlicht und einfach ein von der Sowjetunion gesteuerter und unterstützter Militärputsch, in dem ein gewissen Taraki den damaligen afghanischen Ministerpräsidenten Daud stürzte. Taraki wurde wiederum von einem Amin gestürzt und dieser von Babrak Karmal, der sich, wie seine verblichenen Vorgänger, zum Präsidenten von Afghanistan wählte und die sowjetischen Truppen zur Hilfe rief. Zur Hilfe gegen das afghanische Volk.



Sowjetische Panzer in Kabul

Kommunisten aber lehnen bekanntlich Putsch und Putschismus ab, da sie von oben inszeniert, aber nicht wie eine Revolution vom Volk getragen werden. Und daß es sich in Afghanistan eben um einen vom Ausland, von der Sowjetunion unterstützten Putsch handelte, wird schon daran deutlich, daß er zu keinem Zeitpunkt von den breiten Volksmassen getragen wurde, sondern deren bewaffneten Widerstand hervorrief, wobei es keine Rolle spielte und spielt, daß diese Kräfte wiederum die Unterstützung der amerikanischen und chinesischen Imperialisten fanden.

Wir sehen, selbst von dem Standpunkt aus, daß es sich bei der Sowjetunion um ein sozialistisches Land handele, wäre der Einmarsch in Afghanistan zu verurteilen. **Nun ist die Sowjetunion aber kein sozialistisches Land, sondern eine sozialimperialistische Supermacht**, was klar in ihrer zweiten Argumentation zum Ausdruck kommt: Die Sicherheit der Sowjetunion sei gefährdet gewesen, weil die Imperialisten die Absicht gehabt hätten, Afghanistan in ihren Stützpunkt zu verwandeln.

Solche Argumente zu hören, waren wir bisher nur vom US-Imperialismus gewohnt, der seine Sicherheit im Nahen- und Mittleren Osten gefährdet sieht, da diese von der Sowjetunion bedroht seien. **Mit solch einer Argumentation könnte die Sowjetunion praktisch in jedes Land außerhalb des Warschauer Paktsystems einfallen.** Oder ist die Bundesrepublik, abgesehen davon, daß sie selbst eine imperialistische Macht ist, nicht auch ein Stützpunkt der USA, oder Norwegen, die Türkei, sind sie nicht NATO-Mitglieder? Warum ist die Sowjetunion nicht in den Iran eingefallen, oder war er unter der Schahherrschaft nicht einer der stärksten Stützpunkte des USA-Imperialismus.

Die erweiterte Breschnew-Doktrin

Mit dem Überfall auf Afghanistan hat die sogenannte „Breschnew-Doktrin" eine Ausweitung erfahren. Nach dem Einfall in die Tschechoslowakei formulierte der Kreml die erste Breschnew-Doktrin, nämlich die Lehre von der „begrenzten Souveränität der sozialistischen Staaten." **Jetzt wurde diese Doktrin erheblich erweitert in dem Sinne, daß das Recht der Sowjetunion auf Intervention ausgedehnt wurde auf nicht dem Warschauer Pakt angehörende Staaten,** wenn eben die zwei benannten Bedingungen erfüllt sind: erstens, „das Volk" des betreffenden Landes ruft die Sowjetunion zu Hilfe und zweitens, die Sowjetunion fühlt sich in ihrer Sicherheit bedroht. Wann jedoch „das Volk" zu rufen hat und wer das Volk ist sowie wann ihre Sicherheit bedroht ist, bestimmt die Sowjetunion. **Damit ist weiteren Aggressionen Moskaus Tür und Tor geöffnet.**

Nein, die Sowjetunion von heute ist eine sozialimperialistische (in Worten sozialistisch, in Taten imperialistisch) Supermacht mit einer hochgerüsteten Angriffsarmee, die sich mit Hilfe ihrer Satelliten wie Kuba und der DDR Militärstützpunkte und Einflußsphären in Süd-Jemen, Äthiopien, Moçambique, Angola, Guinea geschaffen hat. **Sie versucht überall dort einzudringen, wo sie schwache Stellen beim Gegner, den westlichen Imperialisten, vermutet.**

Dabei benutzt sie gern die Möglichkeit der Unterstützung örtlicher nationaler und revolutionärer Befreiungsbewegungen gegen kolonialistische und neokolonialistische Unterdrükkung, gegen die Herrschaft feudaler oder faschistischer Kompradorenbourgeoisie. Das brachte ihr — im Gegensatz zu den USA, die in der Regel die blutigsten Diktaturen wie in Nicaragua, Persien, Chile, Südkorea usw. unterstützten und am Leben erhielten — bei den unterdrückten, um ihre Unabhängigkeit kämpfenden Völkern, bei vielen fortschrittlichen Menschen in aller Welt eine gewisse Sympathie ein. Für die Sozialimperialisten ein gutes Geschäft, konnten sie doch,unter dem Deckmantel der uneigennützigen Hilfe, um so besser ihre eigene neokolonialistische Herrschaft ausbauen und festigen.

Dieser Betrug, diese Tarnung wurde von vielen ausgebeuteten und unterdrückten Völkern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas durch den sowjetischen Überfall auf Afghanistan erstmals in aller Klarheit erkannt. Es wäre grundfalsch, zum Beispiel alle Staaten, die in der UNO mit den westlichen Imperialisten gegen die Sowjetunion stimmten, als Befürworter der amerikanischen Politik zu bezeichnen. Das Gegenteil ist der Fall. Viele der ausgebeuteten und unterdrückten Völker beginnen mehr und mehr das imperialistische Wesen beider Supermächte zu erkennen und ihre Politik danach zu richten.

Gegen beide Supermächte

Eine entschiedene Abfuhr holten sich beispielsweise die USA-Imperialisten, als sie dem Iran anboten, gegen einen sowjetischen Angriff auf das Land, amerikanische Truppen einzusetzen. Der iranische Revolutionsrat wies am 19.1.80 dieses sogenannte Hilfsangebot der Amerikaner strikt zurück und erklärte: **Der Iran „braucht die Einheitsfront aller unterdrückten Völker gegen beide Supermächte, die USA wie die Sowjetunion".** Er forderte die Sowjetunion und die USA auf, ihre Streitkräfte aus der Region des Persischen Golfes abzuziehen und die dortigen Länder in Frieden zu lassen. In einer Erklärung des Außenministeriums verurteilte Teheran die „Präsenz nichtregionaler Mächte in unseren südlichen Gewässern" aufs schärfste. Der Iran werde sich diesen Kräften mit aller Macht widersetzen.

Auch die islamische Außenministerkonferenz in Islamabad Ende Januar 1980 brachte nicht das von den imperialistischen Westmächten gewünschte Ergebnis. Verurteilt wurde die „sowjetische Aggression gegen das afghanische Volk" und der unverzügliche, bedingungslose Abzug der sowjetischen Truppen wurde verlangt. Gleichzeitig aber wandte man sich gegen „gewisse westliche Staaten", die versuchten, die durch die sowjetische Invasion in Afghanistan entstandene neue Situation auszunutzen, um in der islamischen Welt und insbesondere in der Nachbarregion Afghanistans „aufs neue imperialistisch zu intervenieren". Auch der Aufruf der Konferenz zum Boykott der Regierung in Kairo ist eine Abfuhr der imperialistischen Politik der USA.

Selbst die Haltung des bisher strikt proamerikanischen Saudi-Arabien enttäuschte die Herren in Washington. Man denkt an das Schicksal des gestürzten Schahs und möchte nicht in die Konfrontation Washington-Moskau einbezogen werden. So erklärte der prowestliche Ölminister Scheich Yamani: **„Die Präsenz der beiden Supermächte in unserer Region könnte zum dritten Weltkrieg führen"**,und Außenminister Saud Ibn Feisal bekräftigte: „Wir schließen mit niemandem Vereinbarungen über Stützpunkte oder militärische Zusammenarbeit." So klingt es auch aus Kuweit, Bahrein, den Emiraten oder Irak, wo man einen Pakt der Golfstaaten gegen jede ausländische Einmischung zustandezubringen hofft.

Im nächsten RM:

Die neue Carter-Doktrin

Die kommende Folge unserer Artikelserie über die wachsende Kriegsgefahr beschäftigt sich ausführlich mit der gegenwärtigen amerikanischen Nahost-Politik und analysiert die Bedeutung der sogenannten Carter-Doktrin für die Weltherrschaftspläne des amerikanischen Imperialismus.



Bewaffnete Demonstration in Teheran — Die iranischen Massen kämpfen gegen die Einmischungsversuche beider Supermächte



Angola heute

Die Herrschaft einer neuen Kapitalistenklasse

Kommunisten kämpfen für die Schaffung der Partei

Im Dezember 1975 fand in Luanda die erste nationale Konferenz der angolanischen Kommunisten statt. Dort waren sie gezwungen festzustellen, wie schwer ihr Fehler gewesen war, daraufhin zu arbeiten, aus der MPLA eine marxistisch-leninistische Partei machen zu wollen, und nicht die nötige Kraft für die Schaffung einer wahren kommunistischen Partei aufzuwenden. Die Revolutionäre hatten durch den offenen Pakt der MPLA-Führung mit dem Sozialimperialismus einen schweren Rückschlag erlitten. Damals wurde deshalb die Organisation der Kommunisten Angolas gegründet, ein vorläufiges Zentralkomitee gewählt, eine programmatische Erklärung und ein Statut verabschiedet.



Kubanische Söldner in Angola

Die OCA betont in ihrer Erklärung, daß für die Freiheit und den Wohlstand des angolanischen Volkes die Schaffung einer volksdemokratischen Republik in Angola not tut, daß die MPLA nicht reformiert werden kann, sondern gestürzt werden muß und mit ihr die Macht der neuen herrschenden Klasse.

Denn für das werktätige Volk hat sich in Wirklichkeit, verglichen mit der Kolonialzeit, mit der Regierung der MPLA wenig geändert. Die Industrieproduktion im Lande liegt unter der von 1973, dem letzten „normalen" Jahr des Kolonialregimes. Die Preise haben sich seitdem verdoppelt, ohne daß die Löhne entsprechend angehoben wurden. Noch nicht einmal die allgemein verbreitete Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn wurde erfüllt. Stattdessen wurden immer neue Lohnstufen geschaffen, so daß es jetzt 24 verschiedene Kategorien gibt.

Die revolutionären Organisationen wurden verboten und aufgelöst, ebenso die im Kampf entstandenen Massenorganisationen, Zeitungen wurden verboten, und allein von der OCA befinden sich einige hundert Kämpfer im Gefängnis. Heute gibt es in Angola mehr Gefängnisplätze als vor der angeblichen Unabhängigkeit. Statt der faschistischen Geheimpolizei PIDE wurde die DISA geschaffen, die mit denselben Methoden arbeitet.

Dabei ist es keineswegs so, daß ein Imperialismus gegen einen anderen eingetauscht worden wäre. Die sowjetischen Sozialimperialisten und ihre kubanischen Söldner kontrollieren zwar weitgehend den Staatsapparat, die MPLA-Arbeiterpartei (wie sie sich seit 1977 nennt) und die Armee, aber die US-amerikanischen Monopole befinden sich nach wie vor im Lande, die Gulf Oil kontrolliert nach wie vor das Öl von Cabinda, die DIAMANG nach wie vor die gesamte Diamantensuche, ganz entsprechend der Äußerung des ersten MPLA-Außenministers Jorge Texeira, der sagte: „Wir werden unser Verhalten den Multinationalen gegenüber danach richten, wie sie sich der Volksrepublik Angola gegenüber verhalten."

Im Juni 1979 verabschiedete die Regierung dementsprechend einen „Kodex für ausländische Investitionen im Lande", der für die westlichen kapitalistischen Monopole eine Einladung zum weiteren Eindringen darstellt.

Die sowjetischen Sozialimperialisten hatten versucht, durch eine Gruppe von Leuten um Nito Alves, Minister und ZK-Mitglied, im Jahre 1977 einen Putsch zu organisieren, der das Land noch enger an die Sowjetunion binden sollte. Der Putsch scheiterte jedoch und wurde blutig niedergeschlagen.

Aber auch die Sowjetunion und Kuba beteiligten sich an der wirtschaftlichen Ausplünderung des Landes: Die kubanischen Söldner stehen nicht nur, ganz in der Tradition von Besatzerarmeen, außerhalb der angolanischen Rechtsprechung, sondern sorgen auch dafür, daß Angola, viertgrößter Kaffeeexporteur der Welt, seinen Kaffe an Kuba für nur ein Drittel des Weltmarktpreises liefert. Ebenso werden auch Kupfer und Schwefel unter Weltmarktpreis an die UdSSR geliefert.

Die angolanischen Kommunisten bemühen sich nach Kräften, die allmählich entstehende antifaschistische und antiimperialistische Bewegung in den Städten und Dörfern auf den richtigen Weg zu führen und haben dabei auch Erfolge erzielt, wie die kürzliche teilweise Amnestie für revolutionäre Gefangene in Luanda.

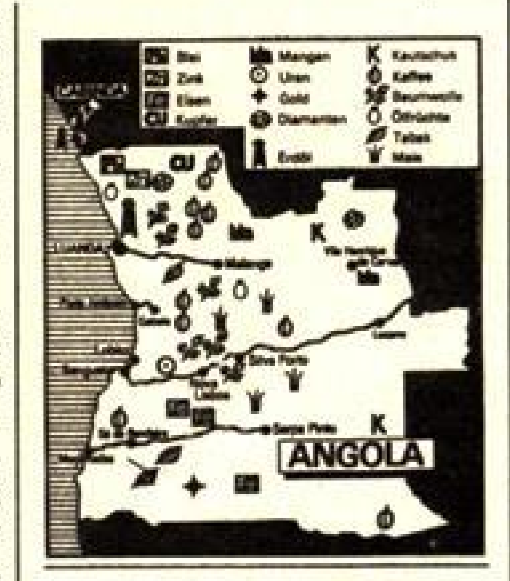
Aus der Geschichte des Landes

Der Sturz des portugiesischen Kolonialregimes

Der 25. April 1974 beschleunigt den Kampf gegen den Kolonialismus

Angola war seit dem Jahre 1482 Kolonie Portugals und damals Zentrum des portugiesischen Sklavenhandels. Mehr als 6 Millionen Menschen, so schätzen Geschichtswissenschaftler, wurden aus diesem Teil Afrikas verschleppt und ermordet. Das Land, mit rund 1,25 Millionen Quadratkilometern rund fünfmal so groß wie die Bundesrepublik, hatte 1970 etwa 6 Millionen Einwohner, von denen 87 Prozent in der Landwirtschaft tätig sind (Sisal, Kaffee und Baumwolle). Sehr reiche Vorkommen an Erdöl, Eisenerz, Kupfer, Diamanten, Gold und Uran machten das Land für die Imperialisten sehr interessant.

Ab dem Jahr 1961, dem Beginn des bewaffneten Kampfes der patriotischen Kräfte, öffnete Portugal die Grenzen seiner Kolonie dem Weltimperialismus, vor allem den USA, Südafrika, Westdeutschland, Frankreich und Belgien.



Die Esso Exploration Incorporation verschaffte sich die Verfügung über rund 20000 Quadratkilometer Land in Nordangola zur Erdölsuche — und zerstörte dabei die Existenz der einheimischen Fischer. Für die ölreiche Exklave Cabinda war die Cabinda Guld Oil allein zuständig. Die „Companhia Mineira de Lobito" hatte ein Gebiet von rund 200000 Quadratkilometern, fast so groß wie die Bundesrepublik, zur Suche nach und Förderung von Eisenerz gepachtet. An dieser Gesellschaft waren — unter anderem — die Frankfurter Metallgesellschaft und die Degussa beteiligt. Die US-südafrikanische Gesellschaft DIAMANG verfügte über 100 Prozent der einheimischen Diamantenproduktion.

So stieß der bewaffnete Kampf der Patrioten nicht nur auf den Terror der portugiesischen Kolonialarmee, sondern auch auf den Widerstand der westlichen Imperialisten insgesamt. Die MPLA wurde, in sehr begrenztem Umfang, von den revisionistischen Ländern und den sozialdemokratischen skandinavischen Ländern unterstützt. Nach dem Sturz Caetanos in Portugal verschärfte sich der Kampf in Angola ganz entscheidend. Die Kolonialisten schufen verschiedene Terrororganisationen, die im Juni und November 1974 in Luanda zwei Massaker unter der farbigen und gemischtrassigen Bevölkerung organisierten.

Auf der anderen Seite nahm der Befreiungskampf einen großen Aufschwung und es entstand, zum ersten Mal im Lande, eine große, landesweite Streikbewegung des Proletariats, der Minenarbeiter vor allem. Luanda, Lobito, Nova Lisboa und Benguela, die größten Städte des Landes, waren die Zentren dieser Kämpfe.

In dieser Zeit entstanden die ersten Massenorganisationen der Werktätigen in den Stadtteilen und den Betrieben. Einwohnerausschüsse in den Städten, Betriebskomitees, vor allem in den Minen, und Quimbo (Dorf-)vereinigungen wurden in dieser Zeit überall im Lande gewählt. Die Mehrzahl dieser Organe stand unter der Führung wahrhaft patriotischer und revolutionärer Kräfte, die nicht von der Ideologie des Kleinbürgertums geführt waren, unter ihnen auch eine Reihe von Marxisten-Leninisten.

Die Befreiungsbewegungen schlugen zu dieser Zeit eine unterschiedliche Taktik ein. Savimbi mit seiner Unita unterzeichnete am 14. Juli 1975 einen Friedensvertrag mit Spinola, Robertos FNLA nahm an den „Verfahrensgesprächen" zwischen Spinola und Mobutu teil, die versuchten, jede revolutionäre Entwicklung zu verhindern. Die MPLA, deren Führung sich vorwiegend im Ausland befand, versuchte die Bewegung der Massen in den Städten und Quimbos unter Kontrolle zu bekommen.

Anfang 1975 wird der Unabhängigkeitsvertrag von Alvor unterzeichnet, der bis zur endgültigen Unabhängigkeit Angolas, am 11. November 1975, eine dreiseitige Übergangsregierung vorsieht, die schon bald durch die Konkurrenz der drei regierungsbildenden Organisationen MPLA, UNITA, FNLA handlungsunfähig ist. Die einzigen Gesetze, die sie bis Juli 1975 erließ, waren: Streikverbot, Auflösung der Stadtteil- und Betriebskomitees, Beibehaltung des alten Schulsystems...

Schon im Januar 1975 hatte in Luanda eine revolutionäre Kampfwoche 40000 Menschen auf die Straßen gebracht, und am 1. Mai 1975 fanden in verschiedenen Städten zum ersten Mal Maikundgebungen der Arbeiterklasse statt. In Luanda verhinderten bewaffnete Kräfte der FNLA die Durchführung einer Maikundgebung. Innerhalb der MPLA gab es sowohl Befürworter wie Gegner dieser Aktionen.

Am 13. Juli 1975 kam es in Luanda zu einer großen Massendemonstration der Werktätigen der Hauptstadt, denen die FNLA, die mit den Kolonialisten zusammenarbeitete, mit der Drohung entgegentrat, sie gewaltsam niederzuschlagen. In dieser Situation eröffneten die Werktätigen und die Revolutionäre den bewaffneten Kampf gegen die FNLA, unterstützt von einer offiziellen Abteilung der MPLA, der Politischen Kommission. Die FNLA wurde aus der Hauptstadt vertrieben.

Dieses Ereignis nutzten die Kolonialisten und Imperialisten zur offenen Aggression. Im Auftrag und mit Unterstützung des USA-Imperialismus und unter dem Befall der chinesischen Sozialimperialisten, die ebenfalls Waffen lieferten, marschierten die Armeen Südafrikas und Zaires in Angola ein, angeblich um FNLA und Unita vor einem Vernichtungsfeldzug der Kommunisten zu retten. Verschiedene Provinzen wurden von den aggressiven und reaktionären Truppen besetzt und die Einwohner blutig unterdrückt.

In dieser Situation fand im Zeitraum von Juli bis Oktober 1975 innerhalb der MPLA eine entscheidende Auseinandersetzung statt, wie man der Aggression begegnen muß. Dabei zeigte sich, daß die Führung der MPLA in den Händen von bürgerlichen und kleinbürgerlichen Elementen war. Nach der Flucht von rund 200000 Menschen, die bisher die Bourgeoisie gebildet hatten, hofften diese Elemente, selbst eine kapitalistische, herrschende Klasse zu werden. Die Führung der MPLA löste in diesem Moment die revolutionären Komitees in Betrieben und Stadtteilen endgültig auf, entwaffnete bereits gebildete Milizen und bildete einen Sicherheitsapparat unter der Leitung von Cita Vales, einem Mitglied der sogenannten Kommunistischen Partei Portugals, der Zensur und politische Verfolgung der Revolutionäre organisierte.

Die MPLA war in jenem Moment in einer sehr schwachen Position: Die imperialistischen Söldner schicken sich an, das Land zu zerstückeln, während die MPLA es nicht wagte, das Volk zu mobilisieren, aus Angst vor einer weiteren revolutionären Entwicklung. Sie erlitt schwere militärische Niederlagen.

In dieser Situation griffen die Sozialimperialisten ein. Für eine halbe Milliarde Mark Kriegsmaterial und 15000 kubanische Söldner wurden in wenigen Tagen bereitgestellt, und sicherten innerhalb drei Monate, von November 1975 bis Januar 1976, den Sieg der MPLA. Im Februar 1976 wird die neue Regierung von den afrikanischen Staaten und auch den USA anerkannt.

Zur Information:

Drei Organisationen, aber nur eine kämpfte gegen die portugiesische Kolonialherrschaft

Nach dem Sturz der kolonialen Herrschaft der portugiesischen Faschisten in Angola nahmen die Auseinandersetzungen zwischen der MPLA auf der einen Seite und der FNLA und UNITA auf der anderen großen Raum in der gesamten Weltpresse ein. Sowohl die westliche, wie auch die chinesische Propaganda versuchten damals die Behauptung zu beweisen, es handele sich um drei sozusagen gleichberechtigte Organisationen, die alle gegen die Kolonialisten gekämpft hätten, und von denen jetzt die MPLA die Alleinherrschaft beanspruchen würde.

Die Geschichte des Befreiungskampfes in Angola aber widerlegt diese Behauptung. Die Tatsachen beweisen, daß es in Wirklichkeit tatsächlich nur die MPLA war, die nach ihrer Gründung im Dezember 1956 im Jahre 1961 den bewaffneten Kampf gegen die Kolonialherren aufnahm.

Die FNLA unter Führung von Holden Roberto war in der ganzen Zeit ihrer Tätigkeit in Wirklichkeit nur die Organisation des Kidongastammes und schlug einen rassistischen und chauvinistischen Kurs ein. So forderte sie eine angolanische Regierung ohne Weiße und Mulatten und führte auch verschiedene militärische Aktionen gegen Mulatten durch, zum Teil regelrechte Massaker. Sie besaß weder ein politisches Programm, noch kämpfte sie gegen die portugiesischen Kolonialarmee, sondern beschränkte sich auf militärische Aktionen gegen zivile Bereiche. Ihre jeweiligen militärischen Kommandanten, Ludi, Bolongo, Valodia usw. gingen alle nach einiger Zeit zur MPLA über, weil sie selbst erfuhren, daß die FNLA-Führung nicht wirklich kämpfen wollte. So konnte diese Organisation auch keine Wurzeln im Volke schlagen, sondern ihre einzige wirkliche Basis blieb die Unterstützung durch die Regierung von Zaire.

Die Unita entstand aus einer Gruppe, die sich im Jahre 1966 von der FNLA abgespalten hatte, unter der Führung von Jonas Savimbi. Schien es zunächst so, als ob diese Gruppe wirklich den Kampf gegen die Kolonialherren führen wollte, so zeigte sich ihr wahrer Charakter ab 1970, als sie per Beschluß jeglichen militärischen Kampf gegen das Kolonialregime einstellte. Sie machte im Lande keinerlei politische Aufklärungsarbeit und verfügte im Jahre 1974 nur noch über wenige hundert aktive Anhänger. Nach dem Sturz der Faschisten in Portugal fanden die revolutionären Lissaboner Soldaten in den Kanzleien des Caetano-Regimes verschiedene Briefe Savimbis, in denen er seine Bereitschaft bekundete, mit den Kolonialherren zusammenzuarbeiten.

Die MPLA war jene Organisation, die wahrhaftig kämpfte, die in ihren Reihen die ehrlichen Patrioten verschiedener Klassen vereinigte und im Jahr 1974 über eine bewaffnete Armee von 15000 Mann verfügte, mit denen sie der Kolonialarmee heftige Schläge versetzte. Die soziale Basis der MPLA bestand vor allem aus den armen Bauern und der einheimischen Kleinbourgeoisie, während ihre Verankerung im Proletariat sehr schwach war, denn auch die relativ breite politische Arbeit fand fast ausschließlich auf dem Lande statt. Zur Zeit des Beginns des Befreiungskrieges und während seines Verlaufs war die MPLA eine fortschrittliche Organisation, die die patriotischen Teile der Gesellschaft umfaßte, die aber unter der Führung des Kleinbürgertums stand. Jene kleine Gruppen von Marxisten-Leninisten, die es zu Beginn der sechziger Jahre in Angola gab, sahen es als ihre Pflicht an, in den Reihen der MPLA zu kämpfen und taten das auch.

Schahverbrechen werden von der UNO untersucht

Ein Jahr iranische Revolution

Ein Sieg der antiimperialistischen Kräfte

TEHERAN. — Die fünfköpfige UNO-Kommission zur Untersuchung der Verbrechen des Schahs Reza Pahlewi hat am 23. Februar in Teheran ihre Arbeit aufgenommen und wurde einen Tag später vom iranischen Präsidenten Bani-Sadr empfangen. Die USA-Imperialisten, wohl wissend, daß die Verbrechen des Schahs auch ihre sind, hatten zunächst versucht, die Bildung einer solchen Kommission überhaupt zu verhindern, und dann, wenigstens eine Reihe von Bedingungen für deren Arbeit zu stellen — beides ist gescheitert.

Die Tatsache, daß eine Kommission der UNO vor den Augen der Weltöffentlichkeit die Untaten Reza Pahlewis untersuchen wird, erfüllt eine der grundlegenden Forderungen der iranischen Revolution: Daß das Pahlewi-Regime und seine Hinterleute offiziell als Verbrecher eingestuft werden.



UN-Kommissionsmitglied Mohammed Bedjaovi (Algerien) im Gespräch mit verstümmelten Opfern des Schahgeheimdienstes SAVAK.

In seiner Botschaft zum Jahrestag der Revolution betonte der Imam Khomeiny diese Tatsache noch einmal mit aller Deutlichkeit. Unter der Diktatur Pahlewis, sagte er, färbten sich unsere Straßen rot vom Blut unserer Jugend, tönten die stummen Klagen unseres Volkes lauter als die Propaganda.

Er bekräftigte dabei die Forderung des iranischen Volkes nach der Auslieferung des Verbrechers Pahlewi und der Enteignung alles seines dem Volke gestohlenen Eigentums. Und er wies Carters Forderung, zuerst die in der Botschaft inhaftierten Agenten freizulassen, zurück, indem er betonte, darüber werde das noch zu wählende iranische Parlament entscheiden.

In seiner Botschaft zum Jahrestag der iranischen Revolution rief der Imam Khomeiny die Völker Arabiens dazu auf, den Kampf gegen den USA-Imperialismus und seine Lakaien, vor allem die israelischen Zionisten, fortzusetzen und zu verstärken, wie dies auch im Iran geschehe. Präsident Bani-Sadr betonte in seiner Ansprache, daß der Kampf gegen den USA-Imperialismus verstärkt werden müsse, und auch die andere imperialistische Supermacht, die UdSSR, verstärkt bekämpft werden müsse.

Damit wurde den in den letzten Wochen zahlreichen Versuchen beider Supermächte, unter Hinweis auf die Gefahr, die dem Iran von der jeweilig anderen Macht drohe, dem Iran ihre „Freundschaft" aufzudrängen, zurückgewiesen. Unter dem Jubel der Massen der Hauptstadt sagte Bani Sadr, es könne keine Freundschaft mit Panzern und Flugzeugträgern geben.

Während so also die iranische Führung ihren antiimperialistischen Kurs fortsetzt, der ihr den Haß der Supermächte eingebracht hat, sind die Meldungen aus dem Inneren des Landes nach wie vor unterschiedlich. Der entscheidende Faktor im heutigen Iran sind die breiten Massen des Volkes, die nach wie vor großen revolutionären Elan besitzen. Mit ihrem Kampf durchkreuzen sie nicht nur die Pläne der imperialistischen Supermächte, sondern erkämpfen sich auch Zugeständnisse durch die Regierung.

Tatsache ist, daß die Führung des Iran in den letzten Wochen eine Reihe von Forderungen der Werktätigen erfüllt hat. Den demonstrierenden Soldaten wurden Reformen in der Armee und Säuberungen des Offizierskorps zugesagt und auch begonnen. Den Bewohnern der Slums der Hauptstadt wurde die Zusicherung gegeben, daß ihre in letzter Zeit selbstgebauten Häuser nicht, wie die Baracken zur Schah-Zeit, wieder abgerissen werden. Die Bewegung der Studenten und Arbeiterjugend zur Beschlagnahmung und zur Bewohnung von leerstehenden Häusern der Reichen wurde vom zuständigen Mitglied des Revolutionsrats ausdrücklich für gut befunden und unterstützt. Ayatollah Khosrowshahi, der die Regierungswohngesellschaft leitet, sagte, es sei nicht einzusehen, daß Häuser leerstehen und auch nicht, daß reiche Familien bis zu fünf Zimmer pro Person hätten, während anderen ein Dach über dem Kopf fehle. Die auf großen Massendemonstrationen immer wieder geforderte Fortsetzung der Verstaatlichungspolitik war einer der Hauptpunkte des Präsidenten Bani-Sadr bei seiner Kandidatur gewesen. Nach den Banken und Versicherungen und den Schlüsselindustrien soll jetzt der Außenhandel verstaatlicht werden, was den Forderungen der jetzt nahezu überall gewählten Arbeiterräte, denen größere Rechte eingeräumt wurden, entspricht.

Diese Tatsachen aus dem sozialen und politischen Leben des heutigen Irans sind ein schlüssiger Gegenbeweis zu allen Behauptungen, für die Werktätigen des Landes habe sich durch die Revolution im Vergleich zur Pahlewi-Diktatur nichts geändert. Sie haben, wie man sehen kann, die Möglichkeit, ihre Forderungen durchsetzen zu können. Sie stehen heute in einem siegreichen Kampf gegen alle imperialistischen Versuche, das Land wieder zu knechten, in der Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit.

Für die westlichen Medien sind die Nachrichten über Unruhen in einigen Provinzen sowie über Fraktionskämpfe innerhalb des Revolutionsrats ständige Quelle für neue Spekulationen über die Möglichkeit einer Kursänderung des Irans. Die sogenannten Freundschaftsangebote Carters, gerade auch anläßlich der Wahl Bani-Sadrs zum Präsidenten, sind ein Ausdruck dieser Versuche, die Revolution im Iran zu Tode zu umarmen — bislang allerdings völlig erfolglos.

So beschwerte sich gerade in den letzten Tagen die westdeutsche Atomkraftwerke-Industrie über die endgültige Kündigung des Vertrags über den Bau eines AKW bei Busher, die von der iranischen Regierung vorgenommen wurde. Die Begründung war, daß der Iran keine AKWs brauche und daß der Bau von AKWs die nationale Unabhängigkeit des Landes beeinträchtigen würde, da man von dem Staaten abhängig werde, die heute in der Lage seien, die AKWs mit spaltbarem Material zu beliefern.

Die Hoffnungen der westlichen und östlichen Imperialisten auf einen nahen Zusammenbruch der iranischen Revolution, so schlußfolgerte die halboffizielle britische Middle-East-Studies Agency seien momentan weit von ihrer Erfüllung entfernt — man hofft in diesen Kreisen aber natürlich sehnsüchtig auf den Tod des Ayatollah Khomeiny.

Eine wie immer auch geartete rückschrittliche Entwicklung, die den Iran wieder in die Fänge des Imperialismus bringen würde, das kann man ohne Prophetengabe voraussagen, würde auf den entschiedenen Widerstand der Arbeiter und Bauern des Iran treffen, die ihre nationale Unabhängigkeit verteidigen werden und den Weg der Entwicklung ihrer Gesellschaft selbst bestimmen.



Von Schahtruppen erschossene Demonstranten

Erste Ergebnisse der Untersuchungskommission

Der Schah — ein Dieb und Massenmörder

TEHERAN.— Am Dienstag und Mittwoch vergangener Woche nahm die UNO-Kommission zur Untersuchung der Schah-Verbrechen ihre Arbeit auf.

Nach den ersten zweihundert Zeugenaussagen zeigten sich die fünf Juristen, die die Kommission bilden, erschüttert. Rund 140 der aussagenden Zeugen waren selbst Opfer der bestialischen Foltermethoden des Schah-Regimes geworden und wiesen der Kommission eindringlich den unmenschlichen Charakter der Herrschaft Reza Pahlewis nach. Sie bezeugten insgesamt mehr als 2 500 Folterungen, die sie persönlich miterlebt hatten, und schätzten die wirkliche Zahl der Gefolterten auf mindestens einhundertmal so viele Menschen, also eine runde Viertelmillion.

Weiter wurde bereits bisher nachgewiesen, daß der Schah mindestens 12 Milliarden Dollar Staatseigentum veruntreut hat, und daß noch weitere riesige Summen zu erwarten sind, daß er sich wohl mindestens die Hälfte seines 60-Milliarden-Vermögens ganz direkt aus der Staatskasse gestohlen hat, während er den Rest durch seine illegalen und ausbeuterischen Geschäfte zusammenergaunert hat.

Offizielle iranische Stellen gaben im Zusammenhang mit dem Beginn der Arbeit der UNO-Kommission bekannt, daß bis zum 21. März alle nötigen Dokumente für den Auslieferungsantrag an Panama der panamaischen Regierung übergeben sein werden.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9,375 MHz	31 Meterband	KW
	7,300 MHz	41 Meterband	KW
14.30-15.00	9,375 MHz	31 Meterband	KW
	7,300 MHz	41 Meterband	KW
16.00-16.30	9,375 MHz	31 Meterband	KW
	7,300 MHz	41 Meterband	KW
18.00-18.30	9,375 MHz	31 Meterband	KW
	7,300 MHz	41 Meterband	KW
19.00-19.30	7,300 MHz	41 Meterband	KW
	5,960 MHz	49 Meterband	KW
	1,395 MHz	215m	MW
	2. Programm		
21.30-22.00	7,300 MHz	41 Meterband	KW
	5,960 MHz	49 Meterband	KW
	1,457 MHz	206m	MW
23.00-23.30	7,300 MHz	41 Meterband	KW
	5,960 MHz	49 Meterband	KW
	1,457 MHz	206m	MW
06.00-06.30	7,300 MHz	41 Meterband	KW
	5,960 MHz	49 Meterband	KW
	1,395 MHz	215m	MW





Polizeieinsatz beim Stahlarbeiterstreik

Nach mehr als neun Wochen in Britannien

Die Streikfront der Stahlarbeiter steht

Regierung Thatcher angeschlagen

LONDON. — Die gesamte westeuropäische bürgerliche Presse strotzt in diesen Tagen von Artikeln, in denen über das Schicksal der Thatcher-Regierung spekuliert wird. Der Streik der Stahlarbeiter ist jetzt schon zu einem direkten Kampf gegen das volksfeindliche Sparprogramm der Konservativen Partei geworden, der durch zahlreiche Kampfaktionen von Arbeitern anderer Branchen unterstützt wird. Die Hoffnungen der Großkapitalisten, die Führer der Stahlarbeitergewerkschaft ISTC könnten die Kampfbereitschaft ihrer Mitglieder untergraben, haben sich bisher zerschlagen.

Sechs Wochen höchstens, so hatte Bill Sirs, der Vorsitzende von ISTC zu Beginn des Jahres gesagt, werde der Streik dauern, eher weniger. Die britischen Stahlarbeiter selbst und ihre Streikorganisatoren rechneten eher mit einem Vierteljahr.

Denn es war klar, daß dieser Kampf ein großes Beispiel auch für die Arbeiter anderer Branchen werden würde: Eine rasche Niederlage hätte zu gesteigerten Angriffen der konservativen Regierung auf die Werktätigen geführt, während ein Sieg, oder auch ein Teilerfolg, den Widerstand gegen das Sparprogramm verstärken, wie es heute schon geschieht, und die Pläne der Regierung zunichte machen kann.

Das Programm Thatchers war klar. Steuersenkungen für die Reichen, dafür Anhebung der Mehrwertsteuer auf 15 Prozent, extrem hoher Zinssatz, damit Bankdarlehen nur noch an solche Firmen gegeben werden, die streng rationalisieren: in den staatlichen Betrieben Lohnerhöhungen, die unter dem Inflationsniveau liegen und Massenentlassungen. Vor allem eben bei den Stahlarbeitern, deren Gewerkschaft man als „gemäßigt" betrachtete.

Aber schon der Beginn des Stahlarbeiterstreiks, der „Rote Morgen" berichtete darüber, hatte gezeigt, daß die Arbeiter selbst keineswegs bereit waren, zum Nutzen der Kapitalisten freiwillig Opfer zu bringen. Die Ausdehnung auf private Stahlbetriebe, auf andere Landesteile und auf andere Branchen, eine Entwicklung, die immer breiter wird, haben diese Kraft noch verstärkt. Nach wie vor sind die Stahlarbeiter weder von ihrer Forderung nach einer Lohnerhöhung um 20 Prozent, noch von der Forderung nach Verteidigung ihrer Arbeitsplätze auch nur ein bißchen abgegangen. Die Arbeiter der Gas- und Wasserwirtschaft haben jetzt ihre Forderungen aufgestellt und durch Aktionen ihre Kampfbereitschaft demonstriert, die Docker üben völlige Solidarität und stellen ihre eigenen Forderungen auf.

Im Lager der Regierung differenzieren sich anläßlich dieses massiven Widerstands verschiedene Richtungen. Einige Mitglieder des Parlaments und der Regierungspartei haben jetzt öffentlich verlangt, die Entlassungspläne bei der British Steel Corporation zu revidieren, und das nur zwei Tage nachdem Margaret Thatcher selbst in der Öffentlichkeit betont hatte, sie sähe keinen Grund, etwas zu ändern. Andere wiederum werfen ihr vor, nicht hart genug gegen die Gewerkschaften vorzugehen, die neuen Gesetze nicht entschlossen genug zur Verabschiedung und Anwendung zu bringen. Wieder andere weisen darauf hin, daß ähnliche Versuche der konservativen Heath-Regierung bereits 1971 völlig gescheitert seien, und man deshalb am besten das ganze Regierungsprogramm noch einmal überarbeiten solle.

In der britischen Presse wird in aller Offenheit über die Schwäche der Regierung, über die Differenzen in der Regierungspartei geschrieben.

Die verschiedenen Versuche der Regierung, die Stahlarbeiter mit Hilfe von massiven Polizeieinsätzen einzuschüchtern, sind bisher allesamt fehlgeschlagen, haben im Gegenteil zur weiteren Stärkung der Solidarität auch anderer Schichten des Volkes beigetragen.

So ist der „große Aufbruch" den die Thatcher im letzten Jahr prophezeit hatte, der ein Generalangriff auf die Rechte und die soziale Lage der Werktätigen sein sollte, bereits bei der ersten Konfrontation beim Kampf der Stahlarbeiter schwer ins Stocken gekommen.

Die von den klassenbewußten Gewerkschaftern von Beginn an einkalkulierte Möglichkeit, daß die starre arbeiterfeindliche Haltung der konservativen Regierung die Notwendigkeit eines Generalstreiks aufdrängen könne, ist heute realistischer als je zuvor.

Und vor allem besteht die große Chance, das Sparprogramm der Thatcher-Regierung, das der Kern der ganzen Regierungsarbeit ist, zu Fall zu bringen.

70 Jahre Internationaler Frauentag

Gewerkschafterinnen pfeifen auf Vetters Verbot

Beteiligt euch an den gewerkschaftlichen Aktivitäten zum 8. März

DÜSSELDORF. — Obwohl die DGB-Spitze den etwa 1,5 Millionen im DGB organisierten Gewerkschafterinnen verboten hat, irgendwelche Aktivitäten zum 8. März zu unternehmen bzw. sich an solchen zu beteiligen, wird es am 70. Jahrestag des Internationalen Frauentages zu verschiedenen gewerkschaftlichen Aktivitäten kommen.

Das kommt nicht von ungefähr. Gerade im Laufe des letzten Jahres haben viele Arbeiterinnen in kämpferischen Aktionen von sich reden gemacht. Dabei stand zweifellos der Kampf um gleichen Lohn im Vordergrund.

In frischer Erinnerung ist noch der erfolgreiche Kampf der 37 Arbeiterinnen aus der Trimmerabteilung von Schmalbach-Lubeca in Velbert. Das Arbeitsgericht verurteilte die Unternehmensleitung, die 37 Packerinnen in dieselbe Lohngruppe einzustufen wie ihre männlichen Kollegen. Zusätzlich mußte den Frauen die bisherige Stundenlohndifferenz von 29 Pfennig für acht Monate nachgezahlt werden Ein schöner Erfolg für die Kolleginnen aus Velbert, der bestimmt weitere Frauen anspornen wird, gegen die Unterbezahlung der Frauen anzugehen.

Was die männlichen Kollegen betrifft, die vielleicht heute den Arbeiterinnen noch skeptisch gegenüberstehen, die denken, eine Frau gehört eigentlich in die Küche, die werden gelernt haben, daß die Frauen nicht nur gleichwertige Arbeitskräfte sind, sondern auch für ihre Rechte zu kämpfen verstehen.

Doch in vielen Fällen ist es mit **einer** Gerichtsverhandlung nicht getan. Im Mai 1979 bekamen zwar die Heinze-Frauen aus Gelsenkirchen vor der ersten Instanz recht, mußten aber erleben, daß das Landesarbeitsgericht Hamm sich auf die Seite des Unternehmers schlug. Das war eine bittere Erfahrung. Trotzdem verließ die Frauen nicht der Mut. Sie sind entschlossen, vor dem Bundesarbeitsgericht in Kassel für ihr Recht zu kämpfen. Viele Kolleginnen und Kollegen aus den Gewerkschaften haben praktische Solidarität geübt und werden es weiter tun, so daß die Kampffront für einen gerechten Frauenlohn trotz der Niederlagen vor Gericht angewachsen ist.

Daß sich immer mehr Frauen in den Kampf um die Gleichberechtigung einreihen, daß immer mehr Arbeiterinnen und weibliche Angestellte für die Interessen der gesamten Arbeiterklasse den Kampf aufnehmen, zeigt sich auch am Mitgliederzuwachs in den DGB-Gewerkschaften.

Waren am 31.12.1977 18,8 Prozent aller DGB-Mitglieder Frauen, so waren es ein Jahr später 19,1 Prozent. Über 70000 Frauen traten in dieser Zeit in die Gewerkschaft ein, das sind fast 56 Prozent des gesamten Mitgliederzuwachses.



2000 Frauen, Mädchen und Männer demonstrierten letztes Jahr gegen Frauenarbeitslosigkeit und Lohndiskriminierung der Frauen in Mainz.

Was der 1. Mai für die Werktätigen insgesamt, ist der 8. März für die Frauen. Beide Tage wurden von der II. Internationale zu Kampftagen für die Interessen der Arbeiterklasse bzw. der besonderen Interessen der Frauen gemacht.

Haben die Vorstände der DGB-Gewerkschaften den Internationalen Frauentag in den letzten Jahren weitgehend ignoriert, so haben sich immerhin verschiedene DGB-Spitzengremien mit Vorbereitungen zum 70. Jahrestag befaßt. Viele Gewerkschafterinnen, die sich in den letzten Jahren von ihren Oberen im Stich gelassen fühlten, besonders was die Frauenarbeit betrifft, haben regelrecht aufgeatmet.

Mitten in diese Situation platzte dann Vetter mit seinem Verbot; **eine doppelte Schande, daß der reaktionäre DGB-Beschluß auch noch von Maria Weber, einem weiblichen Spitzenfunktionär, unterzeichnet war.**

Doch viele Gewerkschafter mögen bei sich gedacht haben, „solche Stellungnahmen sollte man lieber den Unternehmern oder Franz Josef Strauß überlassen; für uns Gewerkschafter können sie nicht gelten".

Am 15. Februar ließ die **IG Metall** — der DGB-Beschluß war übrigens in Abwesenheit von Loderer gefaßt worden — über die Tagespresse verbreiten, die Vorbereitungen für Veranstaltungen, die in zahlreichen Städten des Bundesgebietes geplant sind, laufen weiter.

Der **HBV-Hauptfrauenausschuß** protestierte scharf und erteilte gleich noch dem eigenen Gesamtvorstand, der sich Vetter angeschlossen hatte, eine Abfuhr. Unter Punkt 2 heißt es:

„Bereits geplante und vorbereitete Veranstaltungen im HBV-(und DGB-)Bereich werden durchgeführt, ohne daß es daraufhin zu irgendwie gearteten innergewerkschaftlichen Maßnahmen führen wird."

Oda Krauss, Vorsitzende des HBV-Frauenausschusses in Westberlin: *„Der Beschluß des DGB-Bundesvorstandes ist eine politische Bevormundung, die wir so nicht hinnehmen werden."*

Charlotte Oberberg, Vorsitzende des ÖTV-Frauenausschusses in Westberlin: *„Wir halten es für unerträglich, daß die Rolle der Frau in der Gesellschaft heute ausschließlich mit dem von den Nazis eingeführten Muttertag gefeiert wird."*

Die **ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz** in Nürnberg forderte den DGB-Bundesvorstand auf, die Beteiligung der Gewerkschaften am 8. März gutzuheißen.

In Hamburg haben Teilnehmer eines **GEW-Wochenendseminars** die Landesvertreterversammlung in einem Dringlichkeitsantrag aufgefordert, den DGB-Beschluß zu verurteilen.

Die **DGB-Kreisvorstände München und Stuttgart** halten am 8. März Veranstaltungen ab. In beiden Orten spricht Karin Roth vom Hauptvorstand der IG Metall.
Die IGM in Nürnberg führte einen ganzen Aktionsmonat durch, der mit einem großen Aktionsfest am 8. März abgeschlossen wird. An diesem Fest werden sich auch acht weitere Einzelgewerkschaften beteiligen.

Zwar wird der DGB-Beschluß dazu beigetragen haben, daß verschiedene Gewerkschaftsfunktionäre, die mehr an ihre Karriere als an die Interessen der Frauen denken, die verschiedensten Aktivitäten bereits im Keim erstickt haben, **insgesamt ist jedoch festzustellen, daß Vetter und seine Getreuen im DGB-Bundesvorstand an der Kampffront für die Gleichberechtigung der Frau nicht jene Friedhofsruhe herstellen konnten, die sie offensichtlich wünschten.**

Trotz Gleichheitsgrundsatz

Parlamentarierinnen — eine Randgruppe

Gegenwärtig sind 7,7 Prozent aller Bundestagsabgeordneten Frauen. Im ersten westdeutschen Parlament 1949 waren es bereits 7 Prozent (29 Frauen von insgesamt 410 Abgeordneten). Den relativ größten Frauenanteil hatte der zweite Bundestag (1953-57) mit 10,7 Prozent.

Wie jämmerlich diese Zahlen sind, zeigt ein Blick auf die Zusammensetzung des ersten deutschen Parlaments nach dem Sturz der wilhelminischen Monarchie in der Novemberrevolution 1918. Damals hatte die erste Weimarer Nationalversammlung bereits einen Frauenanteil von knapp 10 Prozent, obwohl die Frauen damals gerade nach jahrzehntelangem Ringen das aktive und passive Wahlrecht erkämpft hatten.

Auch im Vergleich mit unseren nördlichen Nachbarn schneidet die Bundesrepublik schlecht ab. Während die Frauen im schwedischen Parlament mit 17,1 Prozent vertreten sind, finden sich im finnischen Parlament sogar 26 Prozent Frauen.

Und wenn man erst einen Blick auf die Verhältnisse der Volksvertretung im sozialistischen Albanien wirft: Dort sind rund ein Drittel aller Abgeordneten Frauen, und das, obwohl die albanische Frau bis zur Befreiung 1944 vollständig rechtlos war, obwohl damals in Albanien für die Frauen Zustände wie im Mittelalter herrschten.

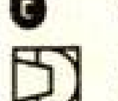
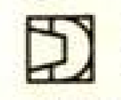
An unsere Leserinnen

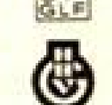
Gruß zum 8. März

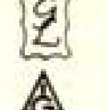
Aus Anlaß des 70. Jahrestages des historischen Beschlusses der 2. Internationalen Frauenkonferenz, den 8. März zum Internationalen Frauentag zu erklären, wollen wir Euch alles Gute und viel Erfolg im Kampf für die Gleichberechtigung der Frau und ihre vollständige Befreiung durch die sozialistische Revolution wünschen. Sicherlich werdet Ihr bemerkt haben, daß der „Rote Morgen", seitdem er auf 16 Seiten angewachsen ist, sich bemüht, regelmäßig zu Frauenfragen Stellung zu nehmen. Was die Redaktion sich wünscht, sind nicht nur Eure Meinung über unsere Artikel, sondern auch Beiträge aus Eurem Alltag, sei es als Arbeiterin oder Angestellte im Erwerbsleben, sei es als Hausfrau in der Familie oder als Teilzeitarbeiterin in beiden Bereichen. Uns interessiert die Arbeit in der Gewerkschaft und, und und...

1,5 Millionen Frauen im DGB















Industriegewerkschaft Bau, Steine, Erden
Industriegewerkschaft Bergbau und Energie
Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik
Industriegewerkschaft Druck und Papier
Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft
Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen
Gewerkschaft Holz und Kunststoff
Gewerkschaft Kunst
Gewerkschaft Leder
Industriegewerkschaft Metall
Gewerkschaft Nahrung · Genuß · Gaststätten
Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
Deutsche Postgewerkschaft
Gewerkschaft Textil · Bekleidung

Gegenwärtig sind etwa 1,5 Millionen Gewerkschafterinnen unter dem Dach des Deutschen Gewerkschaftsbundes organisiert, ca. 800000 von ihnen sind Arbeiterinnen. Wenn es nach Heinz Oskar Vetter (SPD) und Maria Weber (CDU) ginge, würden alle weiblichen DGB-Mitglieder am 8. März ins Grüne fahren oder sich auf andere Weise jeglicher Betätigung für die Gleichberechtigung der Frauen enthalten.

Wie der Internationale Frauentag entstand

Im Spätsommer des Jahres 1910 trat in Kopenhagen die 2. Internationale Sozialistische Frauenkonferenz zusammen. Clara Zetkin und Käte Duncker, die später zu den Mitbegründern des Spartakusbundes unter Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gehörten, brachten den Antrag ein, alljährlich am 8. März einen Internationalen Frauentag zu veranstalten.

Der Internationale Frauentag, der in erster Linie der Agitation für das Frauenwahlrecht dienen sollte — in Deutschland wurde es im Zuge der Novemberrevolution verwirklicht —, wurde zum Kampftag für Frieden, Demokratie und Sozialismus, zum Kampftag für die Gleichberechtigung der im besonderen Maße unterdrückten Frauen.

Clara Zetkin und Käte Duncker wurden durch die Aktivitäten amerikanischer Sozialistinnen zu ihrem Antrag inspiriert, der von der 2. Internationalen Frauenkonferenz einstimmig angenommen wurde.

Ein Jahr zuvor nämlich hatten die amerikanischen Sozialistinnen beschlossen, „am letzten Februarsonntag große Propaganda für das Frauenwahlrecht und die Idee des Sozialismus zu veranstalten".



Clara Zetkin

Heute ist der 8. März, insbesondere der 70. Jahrestag des historischen Kopenhagener Beschlusses, eine Aufforderung, gemeinsam über parteipolitische und weltanschauliche Grenzen hinweg für die vollständige Gleichberechtigung der Frau in Beruf und Gesellschaft zu kämpfen.

Drei Engel für Helmut?

Am 31. Januar 1980 empfing Kanzler Helmut Schmidt Vertreterinnen des Deutschen Frauenrates zu einem, wie die Zeitschrift „Informationen für die Frau" berichtet, „sehr offenen Gespräch".

In diesem offenen Gespräch vertraute Helmut Schmidt Irmgard von Meibom, der Vorsitzenden des Deutschen Frauenrates, unter anderem an, daß er schon seit Jahren einen zähen — von der Öffentlichkeit leider wenig beachteten — Kampf für die Gleichberechtigung der Frau führt. „Informationen für die Frau" enthüllt:

„Der Bundeskanzler erzählte, daß er persönlich versucht habe, zwei Mädchen auf einen für Frauen unüblichen Berufsweg zu bringen. Er hat dabei die Erfahrung gemacht, daß die Widerstände gerade in traditionsreichen Unternehmen nur mit jahrelanger Beharrlichkeit zu überwinden waren..."

Mehrere Jahre brauchte Helmut Schmidt also, um **zwei** Mädchen auf einen für Frauen unüblichen Berufsweg zu bringen. Und er ist immerhin Bundeskanzler! Keine Frage also, daß jeder, der meint, man könne für mehrere **Millionen** Mädchen und Frauen die Gleichberechtigung in nächster Zukunft erstreiten, auf dem Holzweg ist!

Für Bundeskanzler Schmidt jedenfalls ist — laut „Informationen für die Frau" klar: **„Die Frauenfrage ist eine säkulare Aufgabe, ein Jahrhundertwerk.** Die Rollenverhältnisse hätten sich in Jahrhunderten herausgebildet, und es würde lange dauern, wirkliche Änderungen herbeizuführen."

Bleibt die Frage, **wie** nach Ansicht des Bundeskanzlers etwas zu erreichen ist. Überflüssig zu erwähnen, daß Helmut Schmidt die Frauen nicht in Kämpfen im Betrieb und auf der Straße sehen möchte. Nein, er weiß anderen Rat:

„Frauenthemen müssen in die Funk- und Fernsehprogramme und in die Illustrierten gebracht werden, und zwar gerade auf dem Unterhaltungssektor. In Krimis und Quizsendungen müssen Frauenfragen auftauchen. Nur dann kommen wir weiter."

Unser Vorschlag: Wie wäre es, wenn die Familie Schmidt auch hier bahnbrechend vorangeht? Etwa mit Loki als weiterer Kommissarin und Kanzler Schmidt als Neubesetzung in „Drei Engel für Charly", pardon, Helmut?

(Nach „Informationen für die Frau", Februar 1980.)

Ist Abtreibung Mord?

Der Paragraph 218 muß fallen!

Vor drei Wochen veröffentlichten wir einen Artikel zur Abtreibungsfrage. Anlaß war ein 560 Seiten starker Bericht, den der Bundestag vorlegen ließ. Doch der Schluß, den das Kabinett daraus zog, in breiten Bevölkerungsschichten sei man mit der rechtlichen Lösung des Abtreibungsproblems zufrieden, erwies sich als Trugschluß. Unmittelbar nach der Verabschiedung eines zweiten Gesetzentwurfs, nachdem ein erster durch das Verfassungsgericht zu Fall gebracht wurde, eröffnete die Reaktion das Feuer auf die einzige Reform, die das Gesetz enthielt, auf die Abtreibung aus einer sozialen Notlage heraus.

Auf der einen Seite versuchten vor allem die CDU/CSU-regierten Länder, die vom Gesetz vorgeschriebenen Beratungsstellen zu dezimieren bzw. durch die mit der Union unter einer Decke steckenden Kirchenfürsten daraufhinzuwirken, daß erstens alle kirchlichen Beratungsstellen keine soziale Indikation stellen und zweitens alle kirchlichen Krankenhäuser keine Abtreibung aus einer sozialen Notlage heraus vornehmen dürfen.

Damit wurde erreicht, daß die Durchführung der, wenn auch nur kleinen Verbesserung, im Abtreibungsparagraphen weitgehend sabotiert wurde.

Doch die Reaktion versucht nicht nur, die Durchführung der sozialen Indikation in der Praxis zu sabotieren, der Dreibund von Unionspolitikern, Kirchenfürsten und Ärztefunktionären ist auch bemüht, mit Hilfe einer widerlichen Hetzkampagne gegen die Abtreibung die öffentliche Meinung hinter sich zu bringen.

In Furtwangen wurde dem Gynäkologen Dr. Scherer vorgeworfen, ein Mörder zu sein; Scherer hatte in Übereinstimmung mit dem geltenden Gesetz Abtreibungen vorgenommen.

Vorläufiger Höhepunkt war eine infame Äußerung des Münchener Internisten Hartwig Holzgartner, der gleichzeitig Vorsitzender des gesundheitspolitischen Arbeitskreises der CSU ist:

„Die Nationalsozialisten haben die Juden getötet, und die internationalen Sozialisten töten ungeborenes Leben. Was in unserem Volke passiert, ist exakt der Weg nach Auschwitz."

Der Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz Erzbischof Kardinal Höffner verteidigte diese Hetze ausdrücklich und schob seinerseits die Bemerkung nach Abtreibung sei mit Massenmord gleichzusetzen.



„Ich kann ihn ja verstehen, sonst hätte seine Mutter es auch tun müssen!"

Der Pressesprecher des erzbischöflichen Ordinariats München ließ über die Medien verbreiten, Abtreibung sei „organisierte Vernichtung unwerten Lebens".

Gerade die massive Hetzkampagne der Kirchenfürsten ist geeignet, Frauen mit religiöser Überzeugung in große Gewissensqualen zu stürzen. Diese Kampagne kommt psychischem Terror gleich. Sie ist zutiefst verabscheuungswürdig und der Gipfel der Heuchelei.

Insgesamt führt diese Kampagne dazu, daß der einzige Punkt, in dem sich die gegenwärtige Abtreibungsgesetzgebung von der alten unterscheidet, nämlich in der Frage der sozialen Indikation, in der Praxis unterhöhlt und außer Kraft gesetzt wird.

Schon heute ist es so, daß etwa 90 Prozent aller Krankenhausgynäkologen gegen die Abtreibung aus sozialen Gründen eingestellt sind, sei es aus einer reaktionären Haltung heraus, sei es, daß sie vor dem Druck ihrer Verbandsfunktionäre oder Arbeitgeber zurückweichen.

Ungeachtet der Tatsache, daß die gegenwärtig gültige Abtreibungsgesetzgebung insgesamt gegen die Interessen der werktätigen Frauen gerichtet ist, gilt es, den Kampf zur Verteidigung und Erweiterung der bestehenden Beratungsstellen zu führen. Dafür müssen mehr öffentliche Gelder zur Verfügung gestellt werden. Es ist sicherzustellen, daß überall dort, wo die soziale Indikation gestellt wurde, die Abtreibung auch tatsächlich durchgeführt wird. Es ist notwendig, daß sämtliche öffentliche Krankenhäuser zur Durchführung des Eingriffs gesetzlich verpflichtet werden.

Darüber hinaus allerdings steht nach wie vor die weiterhin aktuelle Forderung der Arbeiterbewegung nach ersatzloser Streichung des Paragraphs 218.

Es geht nicht an, daß die Abtreibung, zu der die Frauen aufgrund der herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse gezwungen werden, nach wie vor als Morddelikt gilt. Nicht umsonst steht der Paragraph 218 im Strafgesetzbuch zwischen Kindestötung (Paragraph 217) und Völkermord (Paragraph 220).

Es geht nicht an, daß werktätigen Frauen das verbaut wird, was den reichen Frauen von jeher offenstand, wobei letztere sich wohl kaum aus der schlechten materiellen Situation heraus zur Abtreibung gezwungen sehen.

Der Paragraph 218 ist auch in seiner gegenwärtigen Fassung eine moralische und materielle Zwangsjacke der werktätigen Frauen und eine Strafe für jene Kinder, die auf der Grundlage staatlichen Abtreibungsverbots geboren werden. Solange in dieser Gesellschaft keine Maßnahmen ergriffen werden, das geborene Leben zu schützen, das gesicherte und sorgenfreie Aufwachsen der Kinder zu bewerkstelligen, solange wird der Kampf für die ersatzlose Streichung des Paragraphen 218 für die Arbeiterklasse unverzichtbar sein.



Am 1. Mai 1931 demonstrierten die Einwohner der hessischen Arbeitergemeinde Mörfelden auch mit der Forderung: „Weg mit dem Paragraphen 218". Im Jahre 1931 fand eine breite, von der KPD initiierte Volksbewegung gegen den Abtreibungsparagraphen ihren Höhepunkt.

Nachdem das Bundesverfassungsgericht 1975 die Fristenlösung kassiert hatte, kam es in vielen Städten der Bundesrepublik zu Demonstrationen.

„Der KPD steht es fern, die Abtreibung als ein Ideal zu empfehlen. Aber wir müssen uns entschieden dagegen wenden, daß die proletarischen Frauen von der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gezwungen werden, Kinder in die Welt zu setzen, für die der Staat keine Lebensmöglichkeit schaffen kann."

(aus einer Erklärung der KPD, 1931)

Kommentar

Sind die Gegner des Abtreibungsparagraphen Menschenfeinde?

„Wenn Abtreibung Mord ist, sind 73 000 Abtreibungen massenhafter Mord", verkündet Kardinal Joseph Höffner in seinen zehn Leitsätzen zum „Schutz des ungeborenen menschlichen Lebens". Und daß Abtreibung schlechthin gleich Mord ist, hat das in Kirchenkreisen als liberal geltende Zweite Vatikanische Konzil erklärt: *„Abtreibung und Tötung des Kindes (sind) verabscheuungswürdige Verbrechen."* Höffner vergleicht die Abtreibung weiter mit der im Dritten Reich praktizierten Euthanasie.

Die widerwärtigen Hetztiraden des CSU-Funktionärs und Internisten Dr. Hartwig Holzgart, der die Abtreibung mit dem Massenmord in Auschwitz vergleicht, ist dann nur noch die konsequente Fortsetzung der massiven von katholischen Ideologen und Volksverdummern angepeitschte Kampagne gegen all jene Frauen und Familien, die sich aufgrund reiflicher Überlegungen für eine Abtreibung entschlossen haben, gegen all jene Ärzte und jenes medizinische Personal, daß die Abtreibung durchführt, selbst wenn sie auf dem Boden der geltenden Gesetze stehen.

Der Vorwurf, der dabei im Raum steht, ist ungeheuerlich. Derjenige, der Abtreibungen durchführt oder an sich durchführen läßt, derjenige, der solches billigt, ist moralisch gesehen ein Mörder, ein kalter, zynischer Verächter menschlichen Lebens.

Stellen wir zunächst in aller Sachlichkeit fest, daß die Kirchenfürsten, die Unionspolitiker und die Spitzenfunktionäre der Ärzteverbände sich mit ihrem „moralischen" Standpunkt in bester Gesellschaft befinden.

„Wer es unternimmt, die natürliche Fruchtbarkeit des deutschen Volkes zum Schaden der Nation künstlich zu hemmen, wird wegen Rassenverrat mit Zuchthaus (...) in besonders schweren Fällen mit dem Tode bestraft", soweit ein Antrag der Reichstagsfraktion der NSDAP aus dem Jahre 1930.

Die Nazis gehören bekanntlich zu den größten Vernichtern menschlichen Lebens, die die Geschichte je gesehen hat.

Und die Kirche, insbesondere der katholische Klerus, der sich heute wie damals so wortreich für den Schutz des menschlichen Lebens, insbesondere des ungeborenen, einsetzte, wo waren sie, als die Massenvernichtungsmaschine der Nazis auf Hochtouren lief? Wo waren sie, als schwangere Frauen bestialisch umgebracht wurden, wo waren sie, als ganze Kindertransporte in die Gaskammern von Auschwitz organisiert wurden, wo waren sie, als in Deutschland ein Terrorregime wütete, das alle moralischen Leitsätze vom Wert des menschlichen Lebens in einen zum Wahnsinn pervertierten Haß auf alles Lebende umkehrte.

Sie haben es geduldet, sie haben Hitler und den Nazis ihren Segen erteilt, sie waren auf den Mai-Demonstrationen der Faschisten mit wehender Soutane und Hitlergruß zu sehen.

Oder sie haben sogar mitgemacht, sie waren in den Kindermord mitverwickelt wie Bürgermeister Heinrichsohn, der Parteifreund von Dr. Holzgartner!

Diese Leute haben nicht das geringste Recht, sich als Schützer des menschlichen Lebens hinzustellen, weder des geborenen noch des ungeborenen.

Der Paragraph 218, der doch angeblich ein Paragraph zum Schutz des Lebens sein soll, hat in Wirklichkeit das Gegenteil bewirkt. In der Weimarer Republik hat es in der Arbeiterbewegung einen breiten Kampf für die Abschaffung dieses Paragraphen gegeben. Auf den zahlreichen Demonstrationen wurden neben anderen folgende Transparente mitgetragen: „Paragraph 218 mordet jährlich 40000 Frauen!"

Die Opfer waren Frauen, die sich aufgrund einer extremen sozialen Notlage kein Kind mehr leisten konnten. Die Arbeitslosenzahlen stiegen ins Millionenfache, die Preise stiegen ebenfalls. Wer sollte die kinderreiche Familie ernähren? Zu Tausenden wurden die Frauen in die Arme geldgieriger Kurpfuscher getrieben.

Die materielle Not ist heute nicht so groß wie in den Jahren der Weimarer Republik. Doch auch heute ist es für viele Familien, vor allem Arbeiterfamilien, wieder zu einem großen sozialen Problem geworden, eine große Familie zu gründen. Abgesehen von den steigenden Preisen, dem zunehmenden Lohnabbau, der wachsenden Arbeitslosigkeit, wer weiß schon wie die Zeiten sind, wenn die Kinder größer geworden sind; was hat die kapitalistische Gesellschaft den Kindern noch zu bieten?

Die Frage der Abtreibung muß von den Frauen, den Familien in eigener Verantwortung gelöst werden können. Aufgeworfen wird sie vom kapitalistischen Gesellschaftssystem. Eltern, die es für sich nicht verantworten können, Kinder in die Welt zu setzen, müssen die gesetzlich garantierte und kostenlose Möglichkeit haben, eine Abtreibung vornehmen zu lassen.

Es ist vollständig unzulässig, Frauen oder Familien, die sich für die Abtreibung entscheiden, unmoralische Motive oder mangelnde Achtung vor dem Leben zu unterstellen. Die gesellschaftlichen Verhältnisse sind es, die in vielen Fällen die Abtreibung notwendig machen, der Kapitalismus mit seiner Profitgier ist es, der nicht die geringste Achtung vor dem Leben hat, der den Menschen ausschließlich unter dem Gesichtspunkt seiner Verwertbarkeit betrachtet.

Wir Kommunisten kämpfen für eine Gesellschaft, in der der Arbeiter und die übrigen Werktätigen in Freiheit ihr Schicksal selber in die Hand nehmen, in der niemand mehr Angst zu haben braucht, Kinder in die Welt zu setzen. Im Sozialismus wird keine Frau mehr durch die gesellschaftlichen Verhältnisse gezwungen werden, eine Abtreibung vornehmen zu lassen.

Heute aber fordern wir mit aller Entschiedenheit die ersatzlose Streichung des Paragraphen 218.

Artikelserie zur Rentendiskussion

2. Folge



Milliardenbeträge werden monatlich umgewälzt

Zur Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung

Während wir in der ersten Folge unserer Rentenserie auf einige Grundlagen des bruttolohnbezogenen Rentensystems eingegangen sind und einen kleinen Ausflug in die Geschichte Bismarck'scher Sozialgesetzgebung unternommen haben, gehen wir nun auf Fragen der Rentenfinanzierung ein. Woher kommt das viele Geld? Welche Rolle spielt die Bundeskasse dabei? Was passiert, wenn das Beitragsaufkommen die anstehenden Rentenauszahlungen nicht voll abdeckt? Es sei noch darauf hingewiesen, daß die folgenden Ausführungen ein intaktes bruttolohnbezogenes Rentensystem voraussetzen, das heute in dieser Form durch die Vorschriften des 20. und 21. Rentenanpassungsgesetzes nicht mehr besteht. Um aber diese Gesetze entsprechend würdigen zu können — das wird in der übernächsten Folge geschehen — erscheint es uns notwendig, das intakte bruttolohnbezogene System möglichst umfassend darzustellen.

Ein großer Vorteil des bruttolohnbezogenen Rentensystems ist die Koppelung der Rentenberechnung an die allgemeine soziale Lage der Werktätigen, die noch im Produktionsprozeß stehen. Das bedeutet: Wird das bruttolohnbezogene System beibehalten, ist ein Angriff auf die Renten nur über einen Angriff auf die soziale Lage der gesamten Arbeiterklasse möglich, die mit ihren Organisationen, vor allem den Gewerkschaften, über bewährte Kampfmittel verfügt, Angriffen der Bourgeoisie auf ihren Lohn erheblichen Widerstand entgegenzusetzen, was den Rentnern als soziale Gruppe kaum möglich ist. Aus diesem Grunde gibt es gegenwärtig starke Bestrebungen, das Rentensystem aus der Koppelung mit dem Bruttolohn herauszulösen, um so einen Rentenabbau ohne direkte Konfrontation mit den Gewerkschaften vornehmen zu können.

Ein Nachteil am Rentensystem ist die Tatsache, daß die gesellschaftlich bedingten Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten um ein vielfaches auf die Lage der Rentner durchschlagen. Einige Beispiele:

Schwere körperliche Arbeit wird in der Regel unterdurchschnittlich entlohnt. Der Schwerstarbeiter, der häufiger als andere Arbeiter schon vorzeitig in Rente gehen muß, bekommt entsprechend weniger Rente als andere Kollegen, die weniger schwer zu arbeiten hatten.

Besonders die Unterdrükkung der werktätigen Frau macht sich im Rentensystem katastrophal bemerkbar. Nicht von ungefähr befinden sich bei den Niedrigstrenten mehr als doppelt soviele Frauen wie Männer. 1979 betrug die Durchschnittsrente der aus dem Arbeitsprozeß ausgeschiedenen Frauen knappe 400 Mark.

Durch die Hausfrauenrolle, nicht versicherungspflichtige Teilzeitarbeit etc. schneiden sie natürlich bei der in der letzten Folge erklärten Rentenformel ausgesprochen schlecht ab. Sie haben in der Regel viel weniger Beitragsjahre als die Männer, haben trotz gleicher Arbeit einen geringeren Lohn, alles Faktoren, die die Rente drastisch drücken, obwohl der gesellschaftliche Wert der Frauenarbeit keineswegs geringer ist als der der Männer.

Hier sind unbedingt Korrekturen im Rentensystem vorzunehmen, etwa die gesetzliche Garantierung einer Mindestrente.

Insgesamt wird gerade das Frauenproblem in der Rentenfrage in dem Maße kleiner, wie der Kampf für die Gleichberechtigung der Frau in Staat und Gesellschaft vorwärts kommt!

Der Mechanismus der Rentensteigerung

Die in der Rentenreform 1957 vorgesehene jährliche Rentensteigerung, auch Rentenanpassung genannt, wird per Gesetz geregelt. Jahr für Jahr tritt der 1957 ins Leben gerufene Sozialbeirat zusammen. Er besteht aus Vertretern der Unternehmer, der Gewerkschaften, der Deutschen Bundesbank und verschiedenen Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlern. Die Beiräte werden vom Bundesarbeitsminister berufen.

Der Sozialbeirat erarbeitet ein Anpassungsgutachten, auf dessen Grundlage die Bundesregierung einen Entwurf zu einem Rentenanpassungsgesetz (RAG) erarbeitet und diesen mindestens zwei Monate vor der fälligen Rentenanpassung den gesetzgebenden Körperschaften (Bundestag und Bundesrat) zuleitet; dort wird das RAG beraten und beschlossen.

Seit 1957 hat es verschiedene Unregelmäßigkeiten bei der Rentenanpassung gegeben. **In der Regel ist der Gesetzgeber gehalten, die Rentenanpassung parallel zur Entwicklung der allgemeinen Bemessungsgrundlage vorzunehmen.** Das ist jedoch nicht immer geschehen.

1958 ist eine Rentenanpassung völlig ausgeblieben. Die für den 1. Januar 1973 fällige Anpassung wurde aufgrund der günstigen Wirtschaftslage um ein halbes Jahr auf den 1. Juli 1972 vorgezogen, womit das Nullwachstum von 1958 immerhin zur Hälfte ausgeglichen wurde.

Mit dem 20. und 21. RAG wurden erhebliche Eingriffe in das System der dynamischen Rente vorgenommen, auf die wir noch ausführlich zu sprechen kommen werden.

Auch in der Frage der jährlichen Rentenanpassung zeigt sich eine gewisse Stärke des dynamischen Rentensystems, profitieren die Rentner doch von den Früchten, die die Arbeiterbewegung in den jährlichen Tarifkämpfen unter Umständen erntet.

In der Koppelung der jährlichen Rentenanpassung an die allgemeine Bemessungsgrundlage liegt jedoch gleichzeitig ein erheblicher Nachteil. Denn was sich jährlich in den Erhöhungen der Renten widerspiegelt, ist nicht die aktuelle Lohn- und Gehaltsentwicklung, sondern jene, die bereits mehrere Jahre zurückliegt. Wir erinnern uns, die allgemeine Bemessungsgrundlage errechnet sich aus den durchschnittlichen Jahres-Brutto-Verdiensten aller Arbeiter und Angestellten der um ein Jahr zurückliegenden letzten drei Jahre.

> **Beispiel:** Der durchschnittliche Jahres-Brutto-Verdienst aller Arbeiter und Angestellten steigerte sich laut Statistischem Bundesamt in den Jahren 1969/70 von 11 839 Mark auf 13 343 Mark, also um 1 504 Mark; das sind 12,7 Prozent. Bei der Steigerung der allgemeinen Bemessungsgrundlage desselben Zeitraums machen sich noch die Jahre der Rezession stark bemerkbar. Ihr Wert stieg lediglich um 538 Mark von 9 780 Mark auf 10 318; das sind 5,5 Prozent.

Natürlich kann auch der umgekehrte Fall eintreten, daß nämlich in einem Jahr des Lohnabbaus die Rentenanpassung noch von zurückliegenden Jahren der Lohnerhöhung beeinflußt ist. Diese Konstellation übrigens nahmen die Sozialpolitiker der sozial-liberalen Koalition zum Anlaß, den Millionen Rentnern den eigentlich fälligen Steigerungssatz im Rahmen der 20. und vor allem 21. Rentenanpassung (1976 und 1978) zu verweigern.

Zur Finanzierung der Rentenversicherung

Bevor wir auf die schon öfter erwähnten Rentenanpassungsgesetze von 1976 und 1978 zu sprechen kommen, ist es erforderlich, auf die Art der Finanzierung der Arbeiter- und Angestelltenrenten einzugehen, denn noch immer haben die Kapitalisten den Abbau der Renten mit Finanzierungsengpässen oder Liquiditätsschwierigkeiten (liquides Geld ist verfügbares Bargeld) begründet.

1973 betrugen die Gesamteinnahmen der Landesversicherungsanstalten für Arbeiter (LVA) 46,1 Milliarden Mark, die Gesamtausgaben beliefen sich auf knapp 47 Milliarden Mark, davon wurden 35 Milliarden Mark an Renten ausgezahlt. Die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) nahm 31,5 Milliarden Mark ein, gab 24,3 Milliarden Mark aus, davon 20,2 Milliarden Mark für Rentenauszahlungen.

1976 nahmen die LVAs 70 Milliarden Mark ein, gaben 69,6 Milliarden Mark aus, davon 51,6 Milliarden Mark für Renten. Die BfA nahm 44,9 Milliarden Mark ein, zahlte 31,4 Milliarden Mark an Renten aus bei Gesamtausgaben von 51,3 Milliarden.

Dem aufmerksamen Leser wird nicht entgangen sein, daß 1973 die LVAs mehr ausgegeben haben als eingenommen, desgleichen die BfA im Jahre 1976. Genau mit diesen Bilanzfragen spekulieren die Sozialpolitiker, wenn sie einen Rentenabbau oder andere gegen die soziale Sicherung der Werktätigen gerichtete Pläne im Schilde führen.

Doch klären wir zunächst, wo denn das viele Geld überhaupt herkommt? Im wesentlichen sprudeln drei Finanzquellen für die öffentlichen Versicherungsträger: **Beitragseinnahmen, Bundeszuschuß und Zinsen der Vermögensreserven.**

Insgesamt machen die Beitragszahlungen 80 Prozent des gesamten Finanzaufkommens der öffentlichen Versicherungsträger aus. Der Bundeszuschuß orientiert sich an der allgemeinen Bemessungsgrundlage, steigt also gekoppelt mit dem Lohnniveau. Die Vermögensreserven, das heißt Gelder, die längerfristig angelegt sind, sind zur finanziellen Absicherung vorgeschrieben.

Im folgenden einige Zahlen über die drei Einnahmequellen aus dem Jahr 1976 von BfA und LVAs zusammen.

Die Gesamteinnahmen beliefen sich auf 115 Milliarden Mark. 82,7 Milliarden Mark waren durch das Beitragsaufkommen abgedeckt, 15,1 Milliarden Mark durch den Bundeszuschuß und 2,8 Milliarden Mark durch Vermögenserträge.

15 Milliarden Mark fehlen noch, um die 115 Milliarden voll zu machen. Sie setzen sich zusammen aus gesetzlich vorgeschriebenen Finanzausgleichszahlungen zwischen den LVAs untereinander und zwischen LVAs und BfA. Dazu kommen noch verschiedene Ausgleichszahlungen der Bundesknappschaft, die für Versicherte gewährt werden, die in die LVA bzw. BfA übergewechselt sind und dort ihre Rente erhalten.

Nun hat die Rentenreform und verschiedene später hinzugekommene ergänzende Bestimmungen verschiedene Maßnahmen zur Sicherung der Rentenfinanzen vorgesehen, die Platz greifen sollen, bevor verschiedene gesetzliche Maßnahmen zu Lasten der Rentner oder Beitragszahler getroffen werden — so wird zumindest von offizieller Seite argumentiert.

Defizit-Ausgleich

Das ist einmal der schon erwähnte Finanzausgleich zwischen den verschiedenen Versicherungsträgern, der sogenannte **Defizitausgleich.**

Dieser Ausgleich spielt sich zwischen den verschiedenen LVAs ab. Bei dieser Regelung ging der Gesetzgeber davon aus, daß die Jahresbilanzen der einzelnen LVAs durchaus verschieden aussehen können. Während die einen mit einem Defizit abschließen, stehen die anderen mit Überschüssen da. Um zu verhindern, daß die eine LVA an den Rand der Zahlungsfähigkeit gerät, die andere unter Umständen mit einem ansehnlichen Finanzpolster aus dem Geschäftsjahr hervorgegangen ist, sind die LVAs verpflichtet, sich in solchen Fällen gegenseitig unter die Arme zu greifen.

Dieselbe Regelung besteht zwischen den LVAs insgesamt und der BfA. In den letzten Jahren war es des öfteren so, daß die BfA positiv abschloß, während die LVAs insgesamt trotz Defizitausgleich in die roten Zahlen kamen. Hier soll dann möglichst die Finanzlücke bei den LVAs durch Ausgleichszahlungen der BfA gestopft werden, eine gute Lösung, die die durch nichts zu rechtfertigende Trennung zwischen den Arbeiter- und den Angestelltenversicherungen zumindest in der Tendenz überwinden hilft.

1977 zum Beispiel kamen in der Angestelltenversicherung auf 100 Beitragszahler 45 Rentenempfänger. In der Arbeiterversicherung dagegen betrug das Verhältnis 100 zu 60. Verständlich, daß bei solchen Relationen die Belastung der Arbeiterversicherungen erheblich größer ist als die der Angestellten.

Liquiditätssicherung

Sollten die Maßnahmen zum Defizitausgleich nicht ausreichend sein, müssen die öffentlichen Versicherungsträger in der Lage sein, kurzfristig Geld flüssig machen zu können, um die Rentenauszahlungen zu gewährleisten. Diese Vorsorge wird in Fachkreisen **Liquiditätssicherung** genannt.

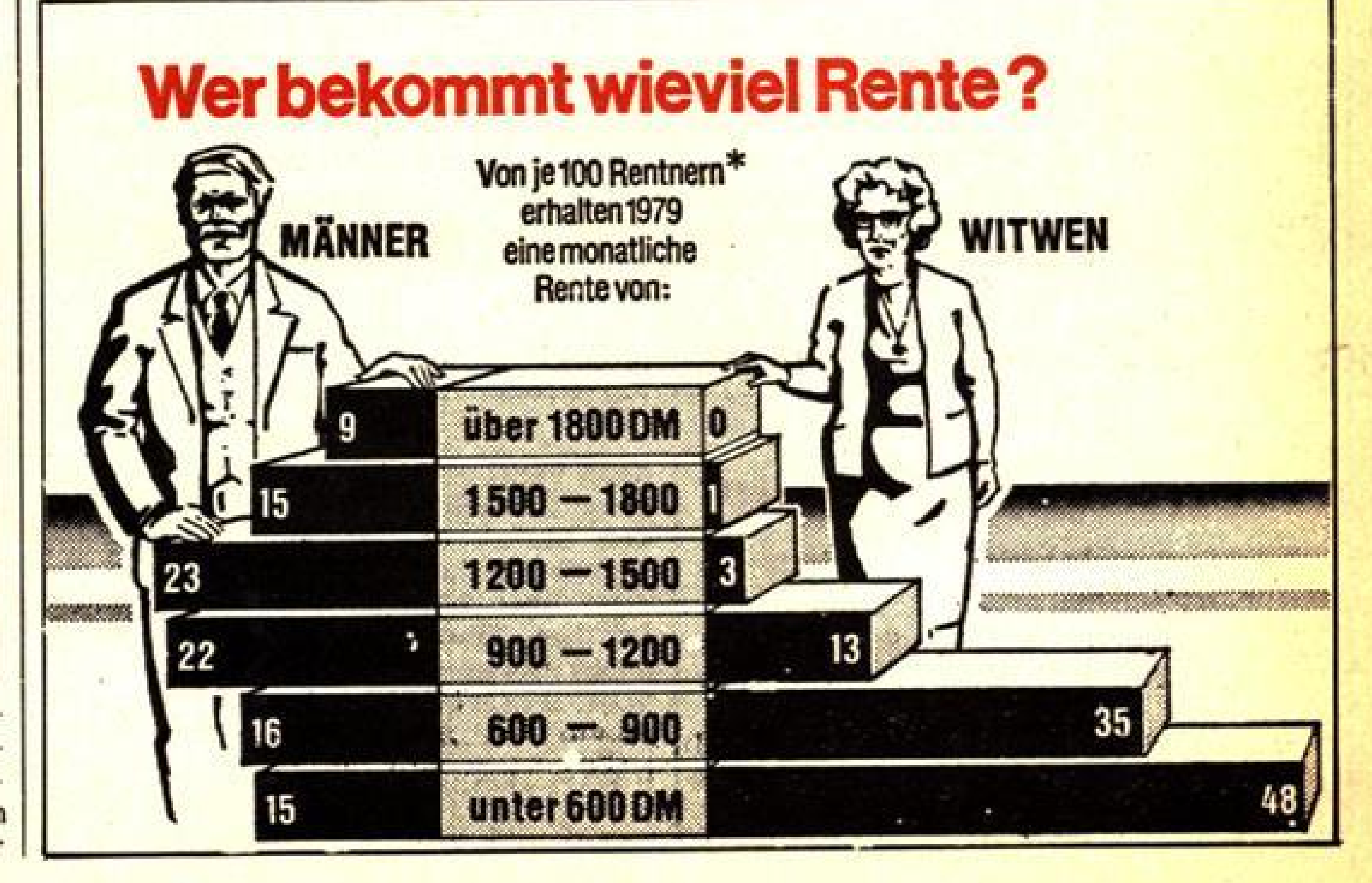
Über die Höhe der Liquiditätssicherung gab es im Laufe der Zeit unterschiedliche Vorschriften. Gegenwärtig ist der öffentliche Versicherungsträger gesetzlich verpflichtet, eine Mindestausstattung von einer Monatsausgabe auf der hohen Kante zu haben.

Ende 1978 betrug die aufgrund der Liquiditätssicherung vorgeschriebene Finanzausstattung 18,64 Milliarden Mark, das sind 2,2 Monatsausgaben. Ende 1979 fiel die Ausstattung auf 12,37 Milliarden Mark, das sind 1,6 Monatsausgaben, um nach Berechnungen des Sozialbeirats Ende dieses Jahres auf ca. 10 Milliarden Mark zu sinken (1,4 Monatsausgaben); ab 1981 wird die Tendenz sich aller Voraussicht nach umkehren, man rechnet Ende 1981 mit 15,7 Milliarden Mark. Hätten die gesetzlich vorgeschriebenen Reserven die Grenze einer Monatsausstattung unterschritten, wäre die nächste Sicherung in Kraft getreten, die sogenannte **Bundesgarantie.**

Bundesgarantie

Der Staat ist verpflichtet, im Falle der Zahlungsunfähigkeit des Versicherungsträgers in die Bresche zu springen, um die Rentenauszahlungen zu gewährleisten.

Im Falle der Arbeitslosenversicherung ist die Bundesgarantie 1975 in Kraft getreten, als die Bundesanstalt für Arbeit ihren Verpflichtungen angesichts von einer Million Arbeitslosen und 800 000 Kurzarbeitern nicht mehr nachkommen konnte. Das der Kelch der Bundesgarantie noch einmal zumindest für die nächsten Jahre an der Regierung vorbeigegangen ist, liegt daran, daß zum 1. Januar 1981 eine 0,5prozentige Beitragserhöhung in Kraft tritt, der Staat also die Sanierung der Rentenfinanzen den Werktätigen aufgebürdet hat.



Hans Marchwitza
Aus den Tagen des Ruhrkampfs

Gegen Kapp und Lüttwitz

Diese Nacht vom 17. auf den 18. März 1920 war qualvoll. Sowohl für die Verhafteten als auch für uns, die fieberhaft auf die Kumpel von Dortmund und Wetter warteten. Einige ungewisse Nachrichten waren uns überbracht worden, daß unsere Rote Armee auf Bochum marschiere. Bochum, schneller, schneller, Genossen! Man schämte sich gleich der Ungeduld, da wir uns der Schwere des Kampfes wieder bewußt wurden. Wir saßen in weniger auffälligen, sogenannten neutralen Wohnungen die zweite Nacht zusammen und warteten. Ein qualvolles, an den Nerven fressendes Warten. Morgens kam eine Nachricht über die Verhafteten, daß sie im Essener Gefängnis sitzen und daß sie vor ein Kriegsgericht gestellt werden sollten.

Dieser 18. März war endlich eine Erlösung. Schon in der Morgenfrühe war eine auffällige Unruhe auf der Straße. Wir hatten Kuriere auf Fahrrädern losgeschickt, die die Lage erkunden sollten, weil die Ungewißheit die Kräfte zu erlahmen drohte.

Da kam endlich einer von einer anderen Ortschaft. Wir hörten nur: «Unsere kämpfen in Gelsenkirchen!», und fort war er mit lachendem Gesicht. Wir standen vor Aufregung zitternd vorm Haus. «Es geht los!»

Noch mehr Boten flogen auf ihren Fahrrädern vorbei. Die Gelsenkirchener Polizei war entwaffnet. Unsere stürmten den Flugplatz. Auf dem Flugplatz war ein Waffenlager — unsere Gewehre, Herr Oberwachtmeister Levenich! Unser Stoppenberg war eine einzige Bewegung. Über Zäune, Hekken, querfeldein, auf dem nächsten Wege zum Flugplatz sprangen und liefen die Kumpel, junge und grauhaarige. Waffen!

Zwei Lastwagen voll Polizei dröhnten auf der Straße nach Essen zu, darunter einige Verwundete. Die Sipo vom Flugplatz war auf der Flucht vor den stürmenden Arbeiterscharen. Die ersten Trümmer der stolzen Sicherheitspolizei. Doch gleich folgte die Ernüchterung: Vier Lastwagen voll Polizeimannschaften mit schußbereiten Maschinengewehren rasen von Essen her zur Entlastung für die Polizeireste, die sich in voller Flucht zurückzogen.

Wir hörten Schüsse, sie fallen schon näher. Der Kampf ist im Gange. Die Essener Sipo schickt weitere Verstärkung. Bleiche Gesichter, Angst und Haß. Die Schüsse fallen immer näher.

In unserem Stoppenberg stießen die Dortmunder und Hagener Arbeiter — es hieß immer Dortmunder und Hagener, obgleich es schon Zehntausende aus dem halben Ruhrgebiet waren — auf heftigen Widerstand der Sipo. Die Konterrevolution hatte sich wohl auf einige Stützpunkte beschränken müssen, die sie, darunter die Stadt Essen, verstärken und verschanzen ließ.

Mit erschreckender Wucht folgten die Angriffe und Gegenstöße der Kämpfenden. Nach mehrmaligen Versuchen erst gelingt es den Arbeitern, den starkbesetzten Kirchberg zu stürmen und die Polizei herunterzutreiben. Die Sipo flüchtet und verschanzt sich in dem Hause des Arztes Kondring. In der Essener Straße hatten andere starke Abteilungen der Uniformierten mehrere Häuser und den Sportplatz besetzt. Am Bahndamm vor der Salkenbergkolonie liegen die Unsrigen, sie haben mehrere Maschinengewehre und Gewehre vom Flugplatz. Unsere Gewehre!

Die Wache ist in unseren Händen. Herr Levenich ist mit seinen Blauen verschwunden. Der Kampf dauert den ganzen Tag. Abends ziehen sich endlich — vielmehr rennend — die Sipo-Abteilungen von der Essener Straße und vom Sportplatz zurück bis zu dem verschanzten Viehhof vor der Stadt. Die in dem Arzthaus eingeschlossene Truppe kann nicht heraus, sie kämpft verzweifelt, und die Explosionen der Handgranaten dröhnen bis in die Nacht hinein.

Schwere Müdigkeit lastet auf den Menschen, aber die Kumpel lösen ohne Widerspruch einander im Wachehalten ab. Es wird bald vorbei sein! Bald. Eisiger Märzwind läßt die mangelhaft bekleideten Leiber erschauern. Mäntel besaßen wenige. Man kann die Revolution nicht in Pelzmänteln und Handschuhen erwarten. Die Kumpel krochen zusammen, um sich so gegenseitig zu wärmen.

Dort saß noch die Sipo in dem Arzthaus.

Es war wohl etwas nach Mitternacht, als sich aus der Richtung des Salkenbergs eine Kette uniformierter Gestalten dem Ort näherte. Unser Posten oben am Kreuzweg hinter dem Ernestinenschacht brach unter einem Kolbenschlag zusammen. Kurze Zeit später krachten Schüsse und die Detonationen von Handgranaten. Die Sipo, die den im Kondringhaus Eingeschlossenen Entlastung bringen wollte, drang in die Schule, wo sie unsere Verwundeten und eine Krankenschwester erschlug. Nach einem rasenden, alles alarmierenden Kampf wurden die feindlichen Abteilungen wieder zurückgeschlagen. «Verflucht, da sieht man's, wenn man nicht immer die Augen offen hat!»

Auch von dem verschanzten Viehhof her waren die Sipos in einer starken Kette wieder vorgedrungen. In den Morgenstunden begann ein neuer heftiger Kampf, die Entscheidung. Erst als die Dunkelheit gewichen war, konnte man die zusammengeströmten Arbeiterscharen mit den vielen Gewehren und Patronenkästen, die sie mitschleppten, überschauen.

Unsere Frauen riefen ängstlich aus dem Fenster: «Paßt auf, laßt euch nicht totschießen. Die ganze Stadt steckt voll.» Schreie und Tränen. «Wenn uns die Teufel endlich mal in Ruhe ließen.»

An diesem Morgen erlebten wir das Unerhörteste, was verzweifelter Mut schaffen kann. Verzweifelter Mut? Arbeitermut! Vom Viehhof knatterten immerfort die Maschinengewehre. Wirklich, alle Teufel und alles Verderben schienen diesmal losgelassen. Doch der Ring der Stürmenden zog sich wie ein paar gewaltige Eisenarme immer enger um die todspeienden Hindernisse. Unsere zaghaften Menschen, ich kannte sie nur in ihrem ewigen Widerspruch, in ihrer quälenden Verwirrtheit, ihrem gegenseitigen Verfluchen. Ratlos, apathisch haben sie sich vor einem Jahr die Gewehre wegnehmen und die alten Ausbeuter und Schinder aufzwingen lassen. Welch ein gewaltiges Leben, welch ein erschütternder Aufruhr lebte jetzt in ihnen.

«Laßt euch um Gottes willen nicht totschießen», jammerten die Frauen, die verarbeiteten Hände an dem zitternden Mund. «Unser Leben, unser schweres Leben. Die verfluchte Not!»

„Ruhrkampf", Radierung von Gisbert Tigges

Wir kämpften noch immer in unserem Nest. Besorgnis wurde laut, daß wir nicht weiterkommen. Warum liegen wir noch hier? Wir sind vielleicht zu schwach. Wo sind diejenigen, die sonst immer die Mäuler nicht weit genug aufreißen konnten? Sie liegen schön warm in ihren Betten!

«Mault nicht soviel, zum Donnerwetter, es hat euch keiner hergezwungen», flucht ein Älterer. «Wenn es euch zuviel ist, dann geht 'rüber zu den Schneidigen, entschuldigt euch vor den Herren, daß ihr euch den Kampf anders vorgestellt habt, mit Kniefall und Nackenhinhalten und so.»

«So war's doch nicht gemeint — zum Teufel. Laß das Geschwätz! Wir wissen doch, warum wir hier sind.»

Es waren nicht alles Genossen. Manche gingen noch sonntags mit ihren Frauen in die Kirche, weil man sich nicht von allem Alten einfach trennen konnte. Der Teufel saß schon häufig genug im Haus. Die Schulden, der Hunger, das vergebliche Hoffen holten den Teufel immer wieder 'rein. Heute hatten sie sich voller Wut vom Flugplatz das Gewehr geholt, um die wirklichen Teufel austreiben zu helfen.

Es war stockdunkle Nacht. Nur noch einzelne Schüsse fielen in der Essener Straße. Dieser Anblick ließ wieder unser aller Mut aufflammen.

Der Sturm auf die Kanonenstadt hatte schon angefangen. Die Kumpel schoben sich in mehreren ausgeschwärmten Ketten vor. Die Gruppen- und Kompanieführer fanden sich wie von selbst; ein älterer Gruppenhäuer oder ein junger in der Kulijacke, mit der roten Tuchkokarde. Ruhig und überlegt gaben sie die Befehle, und die anderen Kumpel folgten ohne Widerspruch.

Immer häufiger wurden Verwundete zurückgetragen, manchmal blieb im Vorwärtsstürmen einer im Kugelhagel liegen.

Die Sipo-Abteilungen, die sich nachts auf dem Sportplatz, im Bahnhofsgebäude und den umliegenden Straßen festgesetzt hatten, konnten dem gewaltigen und sich immerzu wiederholenden Ansturm der von allen Seiten vordringenden Arbeiter nicht lange standhalten, und um die achte Stunde löst sich Gruppe um Gruppe, wie am Abend vorher, in panikartiger Flucht auf. Die Stadt lag im vollen Tageslicht vor uns.

Der Viehhof und der ganze Stadtrand war mit Maschinengewehren gespickt. Die Stürmenden mußten, um heranzukommen, über eine ungeschützte Feldstrecke. Unsere Frauen riefen ängstlich aus dem Fen-

«Vorwärts, Genossen! Auf! Vorwärts!»

Irgendwo ertönte ein Hornsignal. «Völker hört die Signale!» Die Maschinengewehre verstummten, als verschlüge dem Tode der Atem. Die Masse wälzte sich Gewehr an Gewehr über Feld und Straßen gegen die Stadt. «Vorwärts! Vorwärts!»

Rote Fahnen entfalteten sich. «Völker hört die Signale, auf zum letzten Gefecht!»

Hans Marchwitza

1890 als Sohn eines Bergarbeiters geboren; seit seinem 14. Lebensjahr hat er selbst unter Tage gearbeitet. Während der hier beschriebenen Kämpfe war er Zugführer der Roten Armee. Nach dem Ende der Ruhrkämpfe, Übertritt von der USPD zur KPD. Einer der bedeutendsten proletarischen Schriftsteller in Deutschland; er schrieb mit „Sturm auf Essen" (1930) den großen Roman des Ruhrkampfes.

Die hier abgedruckte Erzählung ist gekürzt. Sie ist dem sehr empfehlenswerten Lesebuch „Vorwärts und nicht vergessen. Klassenkämpfe in der Weimarer Republik" (rororo 6805) entnommen.

Zensur bei den Filmfestspielen

Im Programm der 30. Internationalen Filmfestspiele war der Film bereits fest angekündigt, gezeigt wurde er jedoch letztlich nicht: der Dokumentarfilm „Die Leute von der Lichtensteinstraß" von Regine Heuser und Aribert Weiß.

Der Film „Die Leute von der Lichtensteinstraß" beschreibt das Leben in einem Dorf im Braunkohlerevier zwischen Köln und Aachen. Das Dorf muß dem Braunkohle-Tagebau weichen; den Bewohnern wird buchstäblich der Boden unter den Füßen weggezogen. In dem Film berichten die Bewohner des Ortes, mit welchen Methoden der Rhein-Braun-Konzern, der Kohle abbaut, die Menschen dazu bringen will, wegzuziehen.

Der Film, als Auftragsarbeit für das ZDF entstanden, war von der ZDF-Redaktion bereits abgenommen und von dem Berliner Festival angenommen worden.

Da erhob die Rhein-Braunkohle AG Einspruch. Das ZDF gab nun den Film nicht für die Berlinale frei — mit der Begründung, daß die Einsprüche der Rhein-Braunkohle AG „hinsichtlich ihrer rechtlichen Relevanz noch einer Klärung bedürfen" und daß im übrigen der Film bisher noch nicht redaktionell „abgenommen" sei. Welche Macht muß ein Konzern wie die Rhein-Braunkohle AG auf eine Institution wie das Zweite Deutsche Fernsehen haben, daß dieses dem Konzern zuliebe sich auch einer plumpen Lüge nicht zu schade ist!

Soweit bekannt, ist der skandalöse Vorgang um die Absetzung des Films über die „Lichtensteinstraß" der erste Fall einer Fernsehzensur auf einem Filmfestival. Und siehe da, die Unterdrückung des Films blieb nicht allein die Sache des ZDF. Moritz de Hadeln, einer der Direktoren der Filmfestspiele, mischte mit.

Als der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft der Filmjournalisten in einem offenen Brief an das ZDF gegen die Unterdrückung des Films protestierte, suchte Moritz de Hadeln die Verteilung des Protestschreibens — teilweise mit Erfolg — zu verhindern — mit der Begründung: einige der Unterzeichner des offenen Briefes seien auch Mitarbeiter der Berliner Filmfestspiele. Im Klartext ausgedrückt: sie haben zu arbeiten und die Schnauze zu halten.

Aschermittwochsrausschmiß

Am Aschermittwoch, früher in Vilshofen und jetzt in Passau, wenn der Kanzlerkandidat der CDU/CSU seinen großen Auftritt hat, sind kritische Geister nicht gern gesehen. Das mußte auch der Filmemacher Volker Schlöndorf erfahren: Er flog mitsamt seiner Kamera aus dem Saal.

Volker Schlöndorf arbeitet zur Zeit — in Gemeinschaft mit den Filmemachern Alexander Kluge, Stefan Aus und Alexander von Eschwege — an einem Film über Westdeutschland im Winter vor der Wahl im allgemeinen, und Franz Josef Strauß im besonderen. Der Film trägt den bezeichnenden Titel „Der Kandidat".

Bernt Engelmann
„Aufbegehren gegen die Sprache der Mörder!"

(Aus einer Stellungnahme zu den Strauß/Stoiber'schen „Ratten und Schmeißfliegen"-Äußerungen)

Diese abscheuliche menschenverachtende Sprache ist mir nicht neu. Sie machte mich schon 1933 betroffen, erst recht 1938, als man die Wohnungen unserer jüdischen Nachbarn verwüstete, als sich deren Töchter zu uns flüchteten, totenbleich und noch mit der Spucke verhetzter Rowdies im Gesicht. Damals war ich 17. Ich schämte mich, Deutscher zu sein, und nahm mir vor, das Nazitum zu bekämpfen, solange ich lebte. Damals war der sechs Jahre ältere Franz Strauß, Einserabiturient eines humanistischen Elite-Gymnasiums und Student der Altphilologie, bereits „weltanschaulicher Referent" beim Münchner Sturm 23/M 86 jenes NSKK, das die Rollkommandos zum Pogrom-Einsatz gefahren hatte.(…)

Sechs Jahre später, 1944, erfüllte der Oberleutnant Strauß eine andere „ausschließlich politisch-weltanschaulich-nationalsozialistische" Aufgabe, wiederum freiwillig. Diese festzustellen, ist nicht, wie die Unionssprecher Unisono behaupten, „üble Geschichtsfälschung", es handelt sich vielmehr um eine anhand von Dokumenten nachprüfbare Tatsache.(…)

Damit kein Irrtum entsteht: Hätte sich Strauß seitdem überzeugend gewandelt, dann wären für mich seine Jugendsünden ein verzeihlicher Irrtum und längst vergessen. Doch als sich unsere Wege erstmals kreuzten, in den fünfziger Jahren, da entdeckte ich als Berater des nunmehr christdemokratischen Herrn Verteidigungsministers just jenen üblen Judenhetzer Dr. Eberhard Taubert, der eine Blitzkarriere im Goebbelsministerium und beim Volksgerichtshof gemacht hatte, der verantwortlich war für die im Massenmord endende Gleichsetzung von Menschen mit gefährlichem, daher auszurottendem Ungeziefer. Ausgerechnet er beriet Minister Strauß in „psychologischer Kriegsführung", und noch in den siebziger Jahren, bis zu seinem Tode im roten Porsche, wurde „Ratten-Taubert" von Strauß mit Geld versorgt, meist auf Kosten der Steuerzahler, und Taubert machte dafür Strauß-Propaganda.

So hat es mich kaum überrascht, von Herrn Strauß als „Ratte und Schmeißfliege" verunglimpft und damit zur Vernichtung empfohlen zu werden. Betroffen gemacht hat mich, daß mein Name nun auch im jüngsten Verfassungsschutzbericht, „politische Sicherheitslage in Bayern" steht, unter der Rubrik „linksextremistische Aktivitäten" und der Ziffer 1.6 „Kampagne gegen den CDU/CSU-Kanzlerkandidaten" — so als ob ich die Sicherheit Bayerns bedrohte und nicht Strauß die meine. Noch mehr betroffen machte mich die matte Reaktion der anständigen Menschen unter meinen politischen Gegnern auf diese Ungeheuerlichkeiten. Stehen sie schon so sehr im Banne des Rattenfängers, der sich christlich und sozial zu nennen wagt, daß sie gegen die Sprache der Mörder, der einstigen und der künftigen, nicht mehr aufbegehren.

Umweltskandal

Bleiverseuchung im Nordharz

Minister Schnipkoweit vertuscht den Fall

GOSLAR.— Im Blut vieler Kinder aus Goslar-Oker zirkuliert Blei, teilweise in alarmierender Konzentration. Dies ergaben Untersuchungen über Umweltverseuchungen durch Schwermetalle im nördlichen Harz, die jetzt der Öffentlichkeit bekannt wurden.

Hauptverursacher der Vergiftungen mit Blei und Kadmium sind die Blei- und Zinkhütten vornehmlich des Preussag-Konzerns im Raum Goslar. Die gemessenen Schwermetallkonzentrationen in der Luft, im Staubniederschlag, im Boden und an den Pflanzen liegen erheblich über den zulässigen Grenzwerten. So wurden an Pflanzen Bleiwerte festgestellt, die bis zu 76fach über diesen Höchstwerten liegen. Die festgestellte Kadmiumanreicherung im Boden hat stellenweise sogar das Zwanzigtausendfache der Normalwerte erreicht.

Mehrere Organisationen haben den Rücktritt des niedersächsischen Sozialministers Schnipkoweit gefordert, den die politische Verantwortung für den Umweltskandal im Nordharz trifft. Bis zuletzt hatte die niedersächsische Landesregierung versucht, die skandalöse Umweltvergiftung zu beschönigen und zu verschleiern, und somit die Blei- und Zinkkapitalisten zu einer weiteren Vergiftung von Umwelt und Menschheit ermuntert.

Noch im September 1979 hatte das niedersächsische Sozialministerium berichtet, bei lediglich vier von 150 im Frühjahr 1979 untersuchten Kindern sei ein gesundheitsgefährdender Blutbleigehalt festgestellt worden. Nach Erkenntnissen der Umweltschützer liegen jedoch beim überwiegenden Teil von 100 im November 1979 untersuchten Kindern gesundheitlich bedrohliche Bleikonzentrationen vor. Diese Untersuchungsergebnisse werden vom Ministerium seit mehr als zwei Monaten zurückgehalten. Schnipkoweit erklärte: „Es bestehe „keine akute Gefahr einer gesundheitlichen Beeinträchtigung".

Das Verhalten der verantwortlichen Behörden ist um so skandalöser, als schon seit Jahren immer wieder alarmierende Zeichen der Vergiftung des Nordharzes bekannt geworden sind, ohne daß jedoch entscheidend etwas dagegen unternommen worden ist.

1961 alarmierte in Goslar ein Arzt das Gewerbeaufsichtsamt über Schäden an Obst, Gemüse und Bäumen. Die Warnung blieb ungehört.

1977 notierte das niedersächsische Sozialministerium „eine rückläufige Entwicklung der Schwermetallbelastung" in der Luft; im gleichen Jahr jedoch ergaben Proben Überschreitungen der Höchstwerte im Gemüse um das 140fache.

In den vergangenen sechs Jahren verendeten auf den Weiden im Raum Goslar 20 Kühe und Kälber infolge von Schwermetallvergiftungen. Die Behörden unternahmen nichts.

Die verbrecherische Umweltverseuchung durch Schwermetalle — besonders Blei — verursacht beim Menschen furchtbare Krankheiten. Blei ist für den Körper ein heimtückisches Gift. Wie in Depots lagert es sich zunächst in Nieren, Leber und Knochen ab. Bei Infektionen und Streß wird es wieder frei und führt zu Vergiftungen: Es stört den Stoffwechsel, die Blutbildung und das Gefäßnervensystem. Gefäßverkrampfungen haben dann Auswirkungen auf das Zentralnervensystem (Bleienzephalopathie), auf den Verdauungstrakt (Bleikolik) und die Nieren (Bleischrumpfniere).

Bei Kindern führt Blei im Blut zu Überaktivität, zur Verringerung der Reaktionsgeschwindigkeit und zu Schwierigkeiten, Gehörtes intellektuell zu verarbeiten. Kritischer Grenzwert für die neurophysiologischen Symptome sind nach heutigem Wissen dreißig Mikrogramm Blei je hundert Milliliter Blut. Dieser Grenzwert ist bei den Kinder im Raum Goslar teilweise erheblich überschritten.



Hüttenwerk der Preussag AG in Goslar. Die aus den Schloten ausgestoßenen Schwermetalle verpesten die Umwelt.

Eine denkwürdige Straßenbahnfahrt

Der Herr Minister bedankt sich

Ob ihr's glaubt oder nicht: Gestern früh — es geschah gegen 8 Uhr in der Straßenbahn nach Hörde — hat sich Verkehrsminister Gscheidle bei mir bedankt. „Sie fahren Bahn oder Bus", hat er gesagt, „das ist umweltfreundlich, entlastet die Straße und hilft Energie sparen. Vielen Dank dafür!"

Um der Wahrheit die Ehre zu geben, persönlich die Hand geschüttelt hat er mir nicht, doch war der Herr Minister allgegenwärtig durch rechteckige, an den Innenflächen der Fenster angeklebten Poster, genau da, wo sonst immer die frommen Sprüche kleben.

Allerdings muß ich gestehen, daß ich den Dank des Ministers überhaupt nicht wert bin, fahr ich doch gar nicht aus den von Minister erwähnten ehrenvollen Motiven mit Bahn und Bus, sondern schlicht und ergreifend deshalb, weil meine Frau mit dem Wagen zur Arbeit fährt.

Weitere Zweifel kamen mir, als ich einen Blick aus dem Fenster warf und ehrlich gesagt von entlasteten Straßen nicht viel bemerken konnte. „Mensch", hab ich mir gesagt, „da bedankt sich der Herr Minister mit warmen Worten für das Bahn- und Busfahren und die Deppen da draußen scheren sich einen Dreck darum."

Am Ziel angekommen, hörte ich eine etwa 30jährige Frau mit zwei Kindern, die offenbar das erste Mal seit langem wieder Straßenbahn fuhr, ärgerlich vor sich hinsprechend: „Die Preise sind ja der reinste Skandal; das nächste Mal fahr ich wieder mit dem Auto!" Das hat mich nachdenklich gemacht. Vielleicht sollte der Herr Minister sich um mehr staatliche Zuschüsse beim öffentlichen Nahverkehr kümmern, anstatt sich bei mir zu bedanken.

-jvt-

Gegen den Streß beim Töten

„Dem Beamten soll in seinem Schock, in seiner Streßsituation, nachdem er einen Menschen verletzt oder getötet hat, Gelegenheit gegeben werden, sein Verhalten und den Geschehensablauf in Ruhe zu überdenken, ehe er sich strafprozessual verantwortlich äußert." — Dieser Satz stammt nicht aus einer Kabarettnummer über Polizeiterror und gezielte Todesschüsse; es ist der Kommentar des Münchner Polizeivizepräsidenten Wolf zu einer internen Dienstanweisung des Polizeipräsidiums München, die da lautet: „Wurde bei einem Schußwaffengebrauch eine Person verletzt oder getötet, so ist dem Beamten Gelegenheit zu geben, von dem Vorfall Abstand zu gewinnen. Dabei ist er von seinem Dienstvorgesetzten, dessen Vertreter oder einem anderen Beamten des gehobenen oder höheren Dienstes zu betreuen."

Klarer Fall von Präparation — könnte man denken: Der Todes- oder Beinahe-Todesschütze wird vor der Vernehmung durch den Staatsanwalt so instruiert, daß für das nachfolgende Verfahren zur Überprüfung des Schußwaffengebrauchs alles bestens in die Wege geleitet erscheint. — Jedoch der gesunde Menschenverstand irrt hier. Verantwortliche Stellen belehren uns, daß die Betreuung durch den Vorgesetzten rein menschlich-fürsorgerischen Zwecken dient. Oder wie es der Sprecher des bayerischen Innenministeriums einfühlsam ausdrückt: Es handelt sich um einen „Akt der Fürsorge für den Beamten in einer seelischen Ausnahmesituation".

Wenn dem aber so ist, dann doch bitte gleich ordentlich! Es geht immerhin um die getroffene Seele eines Polizisten, dem die Schreie der Tot- oder Waidwundgeschossenen noch in den Ohren klingen: Die bloße Anwesenheit eines Vorgesetzten in einer solchen Situation — was ist das schon? Läppisch!

Man hat doch da ganz andere Mittel zur Hand, um den geschockten Schützen zu entspannen und zu zerstreuen — warum werden die vollen Register nicht gezogen? Wie wäre es da zum Beispiel mit einer handfesten Party, schnell und knackig arrangiert, einem „Tröster", wie er im Buche steht, mit Jubel, Trubel, Tanz, Heiterkeit und netten einfühlsamen Damen. — Oder ein festliches Essen, mit Stoffservietten, Kerzenlicht und stimmungsvoller Musik, eine wahrhafte Henkersmahlzeit, bei der der Beamte, dieses indirekte Opfer seiner eigenen tödlichen Schüsse, sich von der ausgestandenen „Streßsituation" erholen und „Abstand gewinnen" kann. So behandelt, wird der Beamte den Schock schon vergessen haben, noch ehe er recht wirksam geworden ist. Relaxed kann er wieder auf die Straße treten, die Pistole gehalftert, bereit zu neuen Taten.

Und wenn wir schon bei den menschlichen Erleichterungen sind: Warum den Mann denn eigentlich noch mit der Staatsgewalt, mit Vernehmungen, Untersuchungen und Verfahren behelligen? Man könnte das Verfahren doch auch ganz ohne den Schützen durchführen oder am besten gleich ganz darauf verzichten.

Es kommt sowieso immer das gleiche dabei heraus — nämlich nichts. Oder ist dir, verehrter Leser, ein Fall aus dem polizeischußfreudigen München bekannt, in dem einer der uniformierten Pistoleros zur Rechenschaft gezogen worden ist? Mir nicht.

Tips

Sonntag, 9. März, 21.20 Uhr, ZDF
Molière. Letzter Teil: „Der letzte Auftritt". In ausdrucksvollen Bildern zeigt der fünfteilige Film von Ariane Mnouchkine entscheidende Stationen in der Entwicklung des Stückeschreibers Molière seinen 10. Lebensjahr bis zu seinem Tod 1673.

•

Sonntag, 9. März, 22.40 Uhr, ARD
Ludwig van Beethoven: Sinfonie Nr. 6 F-Dur op 68 „Pastorale". Es spielen die Wiener Philharmoniker. Leitung: Leonhard Bernstein.

•

Montag, 10. März, 22.20 Uhr, ZDF
Die versunkenen Welten... von Roman Vishniac und Isaac B. Singer. Bericht von Erwin Leiser. — Die versunkenen Welten: Das ist das Leben der Juden in den osteuropäischen Ghettos in den 30er Jahren vor der großen Vernichtung. Der heute 80jährige Meisterfotograf Vishniac hat die Menschen, Häuser und Straßen der Ghettos in ausdrucksstarken Bildern festgehalten. Isaac B. Singer, Nobelpreisträger für Literatur, hat diese Ghettos in seinem Werk beschrieben.

•

Mittwoch, 12. März, 20.15 Uhr, ARD
Die Gesetzesfalle. Fernsehspiel aus der DDR von Anne Dessau über das Schicksal einer jüdischen Frau im Dritten Reich.

Mittwoch, 12. März, 23.00 Uhr, ZDF
Cella oder die Überwinder. Fernsehfilm von Gerd Angermann nach dem gleichnamigen Roman von Franz Werfel. Der Fragment gebliebene Roman Werfels zählt zu den besten literarischen Zeugnissen der bürgerlich-antifaschistischen Literatur.

•

Donnerstag, 13. März, 21.20 Uhr, ZDF
Frontstaat Pakistan. Der Bericht von Wolfgang Büsgen dürfte angesichts der Krise um Afghanistan interessantes Hintergrundmaterial liefern.

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML' REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 **BOCHUM,** Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37, geöffnet: Do 16-18.30 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 **DARMSTADT,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 1, Parteibüro der KPD/ML, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel. 0231/83 23 28, geöffnet: Mo-Fr 17-19 Uhr, Sa 10-13 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeiten zur Partei: „Bücherstube", Alleestr. 49, Tel.: 0203/55 06 23, geöffnet: Sa 9-13 Uhr.

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/77 12 00, geöffent: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

7800 **FREIBURG,** Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Di und Do 17-19, Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen" Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

3000 **HANNOVER,** Parteibüro der KPD/ML, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 **HEILBRONN,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

7500 **KARLSRUHE** 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve", Goethestraße 25 b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18.30, Sa 10-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37a, Tel.: 0221/55 49 56, geöffnet: Di, Do und Fr 17-18.30 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Buchhandlung „Neue Zeit", Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 5, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstr. 13, Tel.: 089/260 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

8500 **NÜRNBERG,** Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi-Fr. 16-18, Sa 11-13 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Sa 10-13 Uhr.